

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans Bräker

Sinkiang im sowjetisch-
chinesischen Spannungsfeld

Erwin Erasmus Koch

Der sowjetisch-chinesische
Konflikt

Zur Vorgeschichte der Konfron-
tation im ostsibirischen Raum
und in Zentralasien

B 10/70

7. März 1970

Hans Bräker, Dr. phil., Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Entwicklungsländer, der Entwicklungshilfe, der Wirtschaftspolitik der osteuropäischen Länder und über religionswissenschaftliche Probleme. Zuletzt u. a.: Multilaterale Hilfeleistung für Entwicklungsländer, Köln-Opladen 1968; Die religionsphilosophische Diskussion in der Sowjetunion. Zur heutigen Auseinandersetzung des Marxismus-Leninismus mit dem Christentum, in: Marxismusstudien, Sechste Folge, Tübingen 1969; Die Integration in West- und Osteuropa und die Europapolitik der Sowjetunion, in: Moderne Welt, Heft 2/1969; Kommunismus und Weltreligion Asiens. Zur Religions- und Asienpolitik der Sowjetunion, Band I, 1: Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion, Tübingen 1969; Band I, 2: Kommunismus und Islam. Islam und sowjetische Südostasien-Politik, Tübingen 1970.

Erwin Erasmus Koch, geb. 1905, Studium der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft in Wien. Seit 1937 Auslandskorrespondent für den Fernen, Mittleren und Nahen Osten. — Veröffentlichungen: Auf dem Dach der Welt — Tibet, Frankfurt 1960; Gelbe Götter, goldene Kaiser, rote Sterne — 10 000 Jahre Asien, Frankfurt 1962; Rotchina ist anders, Freiburg 1964.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 341251, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sinkiang im sowjetisch-chinesischen Spannungsfeld

Vorbemerkung

Mit der folgenden Analyse soll die Entwicklung Sinkiangs im politischen Spannungsfeld zwischen der Sowjetunion und China verdeutlicht werden. Durch die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern an der Grenze Sinkiangs hat diese Problematik aktuelle Bedeutung bekommen.

Die Untersuchung geht von den ethnisch-religiösen, wirtschaftlichen und politischen Problemen Sinkiangs selbst aus und versucht, vor diesem Hintergrund die verschiedenen Interessen Aspekte und unterschiedlichen Praktiken der sowjetischen und chinesischen Zentralasien-Politik aufzuzeigen. Sie ist also von vornherein nicht darauf angelegt, die Politik beider Länder in diesem Rahmen in allen ihren Aspekten zu behandeln. Dies ist schon wegen der noch immer unzureichenden Quellenbasis unmöglich. Sofern Grenzfragen zwischen beiden Ländern in Zentralasien Gegenstand des Konfliktes sind, kann im übrigen auf einige vorliegende Spezialuntersuchungen hingewiesen werden, wie vor allem H. Pommerening:

Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt. Das Ende der ungleichen Verträge, Olten und Freiburg 1968.

Die hier untersuchten Probleme werden ausführlicher und in wesentlich größerem Rahmen behandelt in dem Buch des Verfassers: Kommunismus und Islam; Islam und sowjetische Südostasien-Politik, das im Herbst dieses

INHALT	
Erwin Erasmus Koch:	
Der sowjetisch-chinesische Konflikt. Zur Vorgeschichte der Konfrontation im ostsibirischen Raum und in Zentralasien	S. 39

Jahres erscheint. Der erste Band dieser Untersuchung ist unter dem Titel „Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion“ im Herbst 1969 erschienen.

I. Der Islam in Sinkiang als politisches Problem für die Sowjetunion und China

1. Ethnische und politische Einordnung Sinkiangs

Zentralasien liegt so unmittelbar im politischen Interessensbereich der Sowjetunion, daß die Frage berechtigt ist, ob ihrer Politik in diesem Raum überhaupt der Charakter einer außenpolitischen Aktivität zuzuschreiben ist. Mit dem Begriff „Zentralasien“ wird hier derjenige Raum umschrieben, der seit jeher unter der geographisch-historischen Bezeichnung „Ostturkestan“, seit 1884 unter dem chinesi-

schen Namen „Sinkiang“ (= neue Provinz) und schließlich seit 1949 unter dem Namen „Uigurisches Autonomes Gebiet Sinkiang“ bekannt ist. Seit dem frühen 19. Jahrhundert hat dieser Raum in den sowjetisch-chinesischen Bezie-

Da die beiden Autoren dieses Heftes unterschiedliche Transkriptionsweisen für die russischen, chinesischen, mongolischen usw. Eigennamen gewählt haben, finden sich häufiger von einander abweichende Schreibungen.

hungen immer eine herausragende Rolle gespielt.

Der chinesische Teil Zentralasiens gliedert sich in zwei Teile: Der nördliche Teil — die Dsungarei — grenzt im Westen an das russische Siebenstromland und im Osten an die Mongolei. Die wichtigsten Städte dieses Raumes sind Kuldscha am Ili-Fluß und Urumtschi. Ethnisch gesehen wird dieser nördliche Teil durch die islamischen Kasachen, die das an die Sowjetunion grenzende Gebiet bewohnen, und die sich überwiegend zum Islam, teilweise aber auch zum Buddhismus bekennenden Mongolen und Kalmücken geprägt. Der südliche Teil — Kaschgarien — grenzt im Norden und Westen an die Sowjetunion und im Süden an Pakistan, Indien sowie Tibet. Kaschgar ist die bedeutendste Stadt dieses Gebietes. Ethnisch wird es weitgehend durch die sich ausschließlich zum Islam bekennenden Stämme türkisch-mongolischen Ursprungs bestimmt — die Kirgisen, Usbeken, Tataren und die Uiguren. Von allen in Ostturkestan lebenden Völkern sind die rund 500 000 Kasachen fraglos das dynamischste Element.

Insgesamt erstreckt sich Ostturkestan über ein Gebiet von rund 1 750 000 Quadratkilometer, in dem nicht sehr viel mehr als fünf Millionen Menschen wohnen. Mit der Sowjetunion hat es eine mehr als 1 600 km lange gemeinsame Grenze. Etwa 85 bis 90 Prozent der Bevölkerung gehören zu den Völkern türkischen Ursprungs (75 Prozent Uiguren, 10 Prozent Kasachen, Kirgisen und Usbeken); nur 5 Prozent sind Chinesen¹⁾.

Beide Gebiete, die Dsungarei und Kaschgarien, bilden zusammen mit Westturkestan — dem heutigen sowjetischen Zentralasien — ethnisch und religiös eine Einheit. Sie haben darüber hinaus ein gemeinsames politisches Schicksal insofern, als sie im Verlaufe ihrer Geschichte immer wieder dem kolonialen Zugriff von West (Rußland: Westturkestan) und Ost (China: Ostturkestan) ausgesetzt waren. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat die „koloniale Konkurrenz“ dieser beiden Großmächte ihre Ursache nicht zuletzt in der ökonomisch-strategischen Bedeutung Sinkiangs, das heißt im

wirtschaftlichen Reichtum dieses Gebietes²⁾. Die „Jade-Berge“ des Kuen-Lun-Gebirges (Tsung ling) sind seit Jahrtausenden ebenso bekannt wie die im Süden des Tarim-Beckens, vor allem in den „Goldbergen“ des Altyn Tagh gelegenen Goldminen. Sie wurden früher durch Einsatz von Strafarbeitern aus den Distrikten von Khotan und Keriya in primitivster Weise abgebaut. Die wichtigsten Quellen befinden sich im Norden des Tarim-Beckens im T'ien-schan-Gebirge. Sie wurden ursprünglich auf einfachste Weise ausgeschöpft, wie man auch die Kupferminen des T'ien-schan nur „abkratzte“. Sinkiang ist aber nicht nur reich an Gold, Silber, Eisen, Kupfer, Blei, Zink und Kohle, sondern auch an Wolframerzen (Tungsten). Neuerdings wurden bekanntlich auch Uranium-Vorkommen entdeckt. Die wichtigsten liegen in Tusova in der Nähe der Grenze zur Äußeren Mongolei.

Auch verkehrspolitisch hat Sinkiang größte strategische Bedeutung für beide Länder: Die Hauptstadt Urumtschi (chines.: Tihwa) ist durch Autostraßen mit der Sowjetunion und mit Kaschgar sowie von hier aus wiederum mit der Kirgisischen und mit der Tadschikischen SSR als auch mit Indien und mit Zentralchina verbunden. Karawanenstraßen führen von Urumtschi nach Tibet, Pakistan, Indien und Afghanistan. Für Motorfahrzeuge benutzbare Naturstraßen verbinden Urumtschi außerdem mit der Mongolischen Volksrepublik und der chinesischen Provinz Tsinghai. Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch die Eisenbahnlinie zwischen Urumtschi und Lanshow erwähnt werden, die aufgrund eines 1954 zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion geschlossenen Vertrages bis zur sowjetischen Grenze ausgebaut werden und dort mit der von Alma Ata kommenden zusammentreffen sollte.

Ein gewichtiges Kriterium für die Beurteilung des Verhältnisses der Bevölkerung zu China einerseits und Rußland bzw. der Sowjetunion andererseits ist darin zu sehen, daß die Chinesen in Ostturkestan seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts häufig als die Eroberer, die Russen hingegen seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Rolle eines Beschützers oder

¹⁾ Diese Prozentzahlen nannte Hsinhua am 25. Oktober 1962. Zur Problematik der statistischen Erfassung der religiösen Minderheiten in der Sowjetunion und in China s. Hans Bräker, Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion, Tübingen 1969, S. 44 ff.

²⁾ Die folgenden Angaben nach: Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija, 2. Aufl., Band XXXIX, Moskva 1956, S. 132, und nach B. C. Olschak, Die Mongolenfrage als außenpolitisches Problem, in: Ost-Probleme, 17. Jahrg. 1965, S. 17—27, hier S. 27 (die Autorin stützt sich auf Angaben in: The China Year-Book 1926).

sogar Befreiers der islamischen Bevölkerung auftraten. Auf historische Einzelheiten der Auseinandersetzung um diesen und in diesem Raum kann und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Eines muß aber in diesem Zusammenhang festgestellt werden: Wie in russisch bzw. sowjetisch Zentralasien ist auch in Ostturkestan das nationale Bewußtsein der Bevölkerung immer identisch gewesen mit dem Bekenntnis zum Islam. Bei der Behauptung der islamischen Bevölkerung Ostturkestans im Spannungsfeld der „kolonialen Konkurrenz“ beider Großmächte hat deshalb auch das Moment der Verteidigung der Religion immer eine zentrale Rolle gespielt. Daran hat sich auch bis in die Gegenwart hinein nichts geändert.

2. Religiöse Probleme

Die Verbindung zwischen nationalem Bewußtsein und Religion macht deutlich, daß die Politik der chinesischen Zentralregierung immer vor besonders heiklen Aufgaben in Sinkiang gestanden hat. Zur Problematik, die gerade der Islam von jeher und bis in die unmittelbare Vergangenheit hinein jeder chinesischen Regierung aufgegeben hat³⁾, ist Ähnliches wie für das Verhältnis der in Rußland bzw. in der Sowjetunion lebenden islamischen Minderheiten zur Regierung in Petersburg bzw. Moskau festzustellen: Wie hier waren auch die Muslime in China von den übrigen ethnischen Bevölkerungsgruppen selbst da sehr weitgehend separiert, wo sie nicht in geschlossenen ethnischen und religiösen Minderheiten, sondern in kleinsten Gruppen oder sogar nur in Familien und als einzelne lebten.

³⁾ Zur Geschichte der Türken und des Islams in Zentralasien s. vor allem folgende Darstellungen von W. Barthold (V. V. Bartol'd), Zwölf Vorlesungen über die Geschichte der Türken Mittelasiens, Darmstadt 1962² (unveränderter photomech. Nachdruck der Ausgabe Berlin 1935); Histoire des Turcs d'Asie central, Paris 1945; Turkestan down to the Mongol Invasion, London 1928². Die Werke von Bartol'd sind jetzt wieder leichter zugänglich, weil sie seit 1963 in Moskau vom Institut der Völker Asiens bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR neu herausgegeben werden. Bisher sind erschienen: Sočinenija, T. I, 1963; T. II (1), 1963; T. II (2), 1964; T. III, 1965; T. IV, 1966; T. V, 1968; T. VI, 1968. Insgesamt sollen wahrscheinlich 12 Bände erscheinen. Einen knappen Überblick über die chinesische Nationalitätenpolitik vermittelt S. Chandra Sarker, China's Policy towards Minorities, in: The World Today, Nr. 10/1959, S. 408—416.

INHALT

Vorbemerkung

I. Der Islam in Sinkiang als politisches Problem für die Sowjetunion und China

1. Ethnische und politische Einordnung Singkiangs
2. Religiöse Probleme

II. Sinkiang im Spannungsfeld der politischen Interessen Rußlands und Chinas

1. Ostturkestan zwischen China und Rußland
2. Gefährdung des Status Sinkiangs innerhalb Chinas seit Beginn des 19. Jahrhunderts
 - a) Der „Traum“ von einem Islam-Staat in Zentralasien
 - b) Die Politik der Autonomie und des Ausgleichs zwischen Ost und West: 1912—1928

III. Das sowjetische Vorgehen in Singkiang

1. Doppelgleisigkeit der Politik in Zentralasien
2. Widerstand der islamischen Bevölkerung
3. Politische Bindung mit wirtschaftlichen Mitteln
 - a) Wirtschaftliche Durchdringung Singkiangs
 - b) Der Vertrag vom 26. November 1940
 - c) Der erzwungene Rückzug
4. Muslimische Aufstände und erneute sowjetische Intervention

IV. Singkiang und der sowjetisch-chinesische Konflikt

1. Die Periode des Übergangs bis 1955
 - a) Das sowjetisch-chinesische Vertragssystem von 1950
 - b) Die chinesische Islam-Politik der „ersten Stunde“
2. Rückzug der Sowjetunion und Isolierung Singkiangs
 - a) Neubelebung des organisierten Widerstandes
 - b) Zuspitzung der Spannungen zwischen der Sowjetunion und China
3. Kulturrevolution und Religionsverfolgung
 - a) „Assimilierung“ der muslimischen Nationalitäten
 - b) Die Sowjetunion als Anwalt der Religionsfreiheit in Singkiang
 - c) Die chinesische Polemik gegen „die Wiedergeburt der Religion“ in der Sowjetunion
4. Das Religionsproblem und der sowjetisch-chinesische Konflikt

Dies ist vor allem auf die strenge Einhaltung und Erfüllung aller jener Verpflichtungen zurückzuführen, die der Islam seinen Gläubigen auferlegt: die Durchführung des fünfmaligen täglichen Gebetes gen Mekka, die strikte Einhaltung des Fastengebots im Monat Ramadan, die Benutzung des Arabischen bei allen religiösen Zeremonien, die Leistung der vom Koran auferlegten Almosenpflicht und die Abführung des sogenannten „Zehnten“. Mit der strikten Einhaltung dieser religiösen Pflichten wurde und wird auch äußerlich dokumentiert, daß das Glaubens- und Autoritätszentrum der islamischen Bevölkerung — Mekka — gewissermaßen in einem fernen und fremden Land liegt und daß man nicht gewillt war und ist, sich in dieser Hinsicht Peking unterzuordnen. Deshalb haben sich die Muslime Zentralasiens auch selbst lange Zeit Peking gegenüber nur als Tributpflichtige betrachtet und nur als solche eine lockere imperiale und politische Kontrolle der chinesischen Herrscher anerkannt. Diese Anerkennung war aber niemals mit einer Bereitschaft zur Sinisierung verbunden.

Die Unabhängigkeit von den Chinesen kommt aber auch in der strikten Beibehaltung der kulturellen und sozialen Bräuche durch die Muslime Chinas zum Ausdruck, so z. B. bei der Heirats- und Bestattungszeremonie: Die Trauscheine werden in arabischer Sprache ausgestellt, Braut und Bräutigam erweisen Him-

mel und Erde keine Ehrerbietung wie die Han-Chinesen; die Bestattung findet auf besonderen Friedhöfen statt. Dies gilt aber auch für alle anderen Bräuche: So leben auch die arabischen und persischen Redewendungen fort; das Turban-Tragen ist noch immer üblich; die muslimischen Speisegebote werden weiterhin beachtet; die Kinder erhalten bisher noch immer koranische Namen; die Söhne werden im Alter von sieben Jahren beschnitten und mit 15 Jahren verheiratet; sie dürfen wohl chinesische Frauen heiraten, aber Töchtern ist die Ehe mit „Ungläubigen“ strikt verboten. Diese Beispiele mögen hier genügen, um zu zeigen, in welchem großem Maße sich die islamische Bevölkerung noch immer bewußt zum Islam bekennt und sich dadurch von der chinesischen Bevölkerung des Landes abhebt.

Ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung nach sind die Muslime im allgemeinen sehr arm. Soweit sie in den Städten wohnen, sind sie in der Regel kleine Händler; in ländlichen Gegenden betreiben sie Ackerbau und Viehzucht. In einigen Gebieten von Szetschuan beherrschen sie den tibetanischen Teehandel. In vielen Teilen Chinas verfügen sie auch über ein gewisses Monopol im Fleisch- und Fellhandel, in der Lederverarbeitung, im Geldwechsel, in der Metallverarbeitung und im Handel mit Jade sowie anderen „Raritäten“.

II. Sinkiang im Spannungsfeld der politischen Interessen Rußlands und Chinas

So begrenzt auch die Informationsmöglichkeiten und so lückenhaft infolgedessen heute die Kenntnisse über die Situation des Islams in China und die Islam-Politik von Partei und Regierung der Volksrepublik China sind, so gewiß kann doch schon aus dem vorliegenden Quellenmaterial darauf geschlossen werden, daß es ihnen bis in die jüngste Vergangenheit hinein nicht gelungen ist, den Einfluß des Islams völlig auszuschalten und die westlichen Grenzregionen im Sinne ihrer Politik zu integrieren und zu befrieden. Der Grund dafür muß nicht zuletzt darin gesucht werden, daß sich spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts die politischen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands und Chinas in keinem Bereich so stark überschneiden haben wie eben im zentralasiatischen Raum. Bevor sich die Untersuchung aber dieser Problematik zuwendet, muß zunächst der Blick auf wenigstens einige

wichtige Merkmale der historischen Entwicklung Ostturkestans gerichtet werden, weil die Interessenskonflikte zwischen beiden Ländern nur auf dieser Grundlage verdeutlicht werden können.

1. Ostturkestan zwischen China und Rußland

Das Bewußtsein der Unabhängigkeit der Bevölkerung dieses Raumes hat weit zurückreichende historische Wurzeln. Bereits zur Zeit der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) besaß China zwar die nominelle Oberherrschaft über dieses Gebiet; Mitte des ersten Jahrhunderts wurde sogar das Tarim-Becken unter chinesische Militärverwaltung gebracht und damit die Vorherrschaft und der Anspruch Pekings in Zentralasien endgültig begründet. Aber schon nach wenigen Jahrhunderten er-

losch die „fremde“ (chinesische) Kontrolle über das Land. Sie war ohnehin immer schwach gewesen, da die Position der Chinesen nur durch ein sehr weitmaschiges Netz von Garnisonen gesichert wurde. Die unter der nationalen Oberherrschaft Chinas häufig wechselnden Königreiche oder Khanate waren z. T. beachtlich wohlhabend und politisch einflußreich⁴⁾.

Ein anderer Aspekt der Ausdehnung des chinesischen Einflusses auf Zentralasien war, daß damit nicht nur dem chinesischen „Imperialismus“ der Weg nach Westen gewiesen, sondern auch der Weg für Kultureinflüsse und -güter vor allem aus dem iranischen und — auf diesem Umweg — aus dem indischen Raum nach China geöffnet wurde: Auf den Routen der sogenannten Seidenstraße erreichten z. B. seit dem ersten Jahrhundert der Buddhismus, später der Islam China und mit beiden Religionen eine Fülle von neuen, die chinesische Zivilisation bereichernden Elementen.

Sie begründeten eine Periode nahezu völliger Unabhängigkeit Zentralasiens, die bis in das 18. Jahrhundert hineinreichte und deren wesentliches und durchgehendes Merkmal — ganz gleich, ob dieser Raum nun von den Chinesen oder den Mongolen beherrscht wurde — die Toleranz gegenüber den vorderasiatischen Weltreligionen war. So genossen beispielsweise die islamischen Mullahs und die christlichen Religionsdiener genauso Steuerfreiheit wie die taoistischen und buddhistischen Mönche. Der Einfluß der ethnischen und religiösen Minderheiten hat zu einem ausgeprägten Kosmopolitismus geführt, der bis in das 20. Jahrhundert hinein einer der wichtigsten innenpolitischen Faktoren blieb. Diese Toleranz bewirkte aber andererseits auch, daß die Anhänger dieser Religionen, bei denen es sich überwiegend um eingewanderte Ausländer und nur in ganz geringem Maße um konvertierte Chinesen handelte, außerhalb der chinesischen Kultur blieben; nur eine Minderheit von ihnen bemühte sich darum, Zugang zur chinesischen Sprache, Schrift und Literatur zu finden.

⁴⁾ S. hierzu u. a. W. M. McGovern, *The early empires of Central Asia*, Chapel Hill 1939; R. Giraud, *L'empire des Turcs célestes: les règnes d'Elterich, Qapghan et Bilgä*, (S. 680—734), Paris 1960; W. Samolin, *East Turkestan to the Twelfth Century*, Den Haag 1964; H. A. Gibb, *The Arab conquest of Central Asia*, London 1923; J. R. Hamilton, *Les Ouighours à l'époque des cinq dynasties (907 à 960)*, Paris 1955; Lui Mau Tsat, *Die chinesischen Nachrichten zur Geschichte der Osttürken (T'u-küe)*, 2 Bände, Wiesbaden 1958.

Die relative Unabhängigkeit Zentralasiens zwischen China, Rußland und Indien ging erst zwischen dem 17. und dem Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge des erneuten Vordringens der Armeen des chinesisch-mandschurischen Reiches verloren. Diese „Westbewegung“ Chinas verdient schon insofern besondere Aufmerksamkeit, als sie sich fast gleichzeitig mit dem Vordringen der Engländer (Ostindische Compagnie) nach Asien und mit der Erschließung Sibiriens durch die Russen vollzog. In allen drei Fällen handelte es sich um eine Ausdehnung des Herrschaftsbereiches, der unterschiedliche Motive und Zielsetzungen zugrunde lagen: Während die Russen in Sibirien ein fast menschenleeres, jungfräuliches Territorium vorfanden und die Engländer sich bei ihrem Vordringen nach Indien vor allem von wirtschaftlichen Interessen leiten ließen, hing der erneute Vorstoß Chinas ursächlich mit den Versuchen der Westmongolen im 17. Jahrhundert zusammen, ein neues unabhängiges mongolisches Großreich zu schaffen⁵⁾, wodurch notwendigerweise der Herrschaftsanspruch Chinas über Ostturkestan in Frage gestellt werden mußte.

Unter dem Dsungaren-Khan Batur Huntscheidi schlossen sich im 17. Jahrhundert die erst Ende des 16. Jahrhunderts zum Buddhismus bekehrten Stämme der Choschoten, Torguten, Ölöten und Dorbeten zum sogenannten „Oiratenbund“ zusammen. Sein Sohn Galdan Khan (1632[?]—1697), der in seiner Jugend Lama in einem tibetanischen Kloster gewesen war, begründete den Staat der Dsungarei. Er eroberte 1678/79 mit dem Tarim-Becken ganz Ostturkestan und schloß hier — wohl zum ersten Mal überhaupt — die islamische Kleinherrschaft unter einer einheitlichen Führung zusammen. Er unterwarf sich auch das mongolische Kerngebiet am Orchon, im Herzen der Mongolei also. Stammesfehden verhinderten jedoch eine neue Einheit aller Mongolen. Als Galdan Khan

⁵⁾ Zur Entwicklung in Zentralasien im 17. Jahrhundert s. vor allem M. Courant, *L'Asie centrale aux XVIIe et XVIIIe siècles. Empire Kalmouk ou Empire Mantchou?*, Lyon-Paris 1912 (vor allem unter Auswertung der chinesischen Quellen); ferner auch: P. Pelliot, *Notes Critiques d'Histoire Kalmouke*, 2 Bände, Paris 1960; F. Michael, *The Origin of Manchu Rule in China*, Baltimore 1942. Zum Vordringen Englands in Indien: P. E. Roberts, *History of British India under the Company and the Crown*, London 1952²; C. H. Philips, *The East India Company 1784—1834*, Manchester 1940; M. W. Fischer, *England, India, Nepal, Tibet, China: 1765—1958*, Berkeley/Cal. 1959; A. Lamb, *Britain and Chinese Central Asia*, London 1960.

auch in die „Innere Mongolei“ und die „Äußere Mongolei“ einzurücken begann, schlossen sich die Ostmongolen 1691 den Mandschus in Vasallentreue an. Galdan Khan wurde 1696 südlich Urga (Ulan Bator) von den Chinesen geschlagen. Sein Neffe versuchte 1709 noch einmal — vergeblich — einen Aufstand.

China besiegte ^{5a)} schließlich 1720 den Olöten-Khan Tsewang Rabdan und 1759 auch den letzten Dsungaren-Khan Amursana, der sich zunächst zwar den Chinesen angeschlossen und für sie das Ili-Gebiet von seinem Rivalen erobert hatte, dann aber erneut die völlige Unabhängigkeit von Peking anstrebte; er floh schließlich zu den Kasachen. Die ganze Dsungarei wurde von den Chinesen in Besitz genommen; sie wurde sogar als geographischer Begriff von den Landkarten getilgt. Während des kurzen Aufstiegs der Westmongolen stießen die Hoschuten in das Koko-Nor-Gebiet (Kansu) vor. Die Torguten zogen vor den siegreichen Chinesen nach Westen in die Gebiete zwischen Ural und Wolga, wo sie von den Russen unterworfen wurden. 400 000 flohen wieder in ihre alte Heimat zurück, die sie — schwer dezimiert — 1771 erreichten; nur ein geringer Rest blieb an der Wolga, wo sie als „Kalmücken“ („die Zurückgebliebenen“) weiter lebten und noch leben.

Nach der endgültigen Niederwerfung der Dsungarei eroberten die Chinesen 1758/1759 noch Kaschgar im Westen des Tarim-Beckens. Sie setzten eine Militärregierung ein, die Ostturkestan durch in Kuldscha (Ili), Urumtschi und Jarkand residierende Gouverneure verwalten ließ. Damit hofften die Chinesen, ihre Herrschaft über Zentralasien endgültig wiederhergestellt zu haben.

Die Befriedung Ostturkestans glaubten sie aber vor allem durch Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle der Muslime erreichen zu können: Die örtliche Verwaltung blieb zum großen Teil in den Händen der islamischen Führungsschicht. Ihr oblag es, im Auftrage der Mandschus die Steuern einzuziehen und Recht zu sprechen. Unter dieser maßvollen Politik konnte sich Ostturkestan zwar friedlich und fruchtbar entwickeln, in ihr lag aber auch der Keim für die Herausbildung eines im gemeinsamen Glauben, dem Islam, begründeten „Nationalbewußtseins“, das schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit politi-

^{5a)} Siehe hierzu und zum Folgenden: E. Kraft, Zum Dsungarenkrieg im 18. Jahrhundert, Leipzig 1953.

ischem Inhalt gefüllt wurde, als nämlich — bedingt durch innere Schwierigkeiten (Opium-Krieg, Taiping- und Nien-Aufstand) — die chinesische Herrschaft in Ostturkestan erneut zu verfallen begann.

2. Gefährdung des Status Sinkiangs innerhalb Chinas seit Beginn des 19. Jahrhunderts

Ein für die hier behandelten Probleme weiteres wichtiges Element der Entwicklung in dieser Periode war zweifellos das Vordringen Rußlands nach Zentralasien, wobei es sich nicht zuletzt auch die Unabhängigkeitsbestrebungen der ostturkestanischen Muslime und ihren Widerstand gegen die chinesische Herrschaft zunutze machte: In Kansu war 1862 unter den muslimischen Dunganen ein größerer Aufstand gegen die Mandschus ausgebrochen, der auf die ganze Dsungarei übergriff. 1864 hatten die Chinesen praktisch auch die Kontrolle über den größten Teil von Kaschgarien verloren. Diese für China äußerst schwierige Situation nutzte der 1820 im Gebiet von Kokand geborene Yakub Bek, um die letzten von den Truppen der chinesischen Zentralregierung in Kaschgarien noch gehaltenen Stützpunkte zu beseitigen und sich selbst 1867 zum Khan von Kaschgar auszurufen ⁶⁾. Bis 1873 konnte Yakub Bek sich zum nahezu unumschränkten Herrscher über das gesamte Gebiet südlich des T'ien-schan-Gebirges machen.

a) Der „Traum“ von einem Islam-Staat in Zentralasien

Das erklärte Ziel der Herrschaft Yakub Beks war die Zusammenfassung aller islamischen Völker Zentralasiens zu einem Islam-Staat, der sowohl von Rußland als auch von China und von England, das damals von Indien aus in Zentralasien wirtschaftliche Interessen verfolgte, unabhängig sein sollte. Da diese Zielsetzung nicht nur die nominelle Herrschaft Chinas über Ostturkestan, sondern auch die neugewonnene Herrschaft Rußlands über

⁶⁾ S. hierzu und zum Folgenden: T. Yuan, Jakub Bek (1820—1877) and the Moslem Rebellion in Chinese Turkestan, in: Central Asiatic Journal, Nr. 6/1961, S. 134—167; J. C. Y. Hsü, British Mediation of Chinas War with Yakub Bek, 1877, in: Central Asiatic Journal, Nr. 2/1964; zur allgemeinen Entwicklung: V. G. Kiernan, Kashgar and the politics of Central Asia, 1868—1888, in: Cambridge Historical Journal, 1953—55.

Westturkestan gefährden mußte, lag es auf der Hand, daß die Regierungen beider Länder diese Entwicklung mit allergrößtem Mißtrauen verfolgten. Der russische General Kaufmann nutzte die Rebellion der Muslime unter Yakub Bek gegen die chinesische Zentralregierung und besetzte bereits 1871 das Ili-Becken⁷⁾. Mit dem am 20. Mai 1872 von Baron Kaulbars mit Yakub Bek geschlossenen Handelsvertrag sollte schließlich der Anfang einer „friedlichen Durchdringung“ Ostturkestans gemacht werden. Yakub Bek glaubte, damit zwar eine gewisse Absicherung seiner Herrschaft und eine Sanktionierung seiner Zielsetzungen erreicht zu haben, von der chinesischen Zentralregierung mußte dieser Akt aber als eine Verletzung ihrer Souveränität gewertet werden. Die Russen waren sich der Problematik ihres Vorgehens in Ostturkestan durchaus bewußt. Sie rechtfertigten die Besetzung des Ili-Beckens mit der Begründung, den Frieden an ihren Grenzen sichern zu müssen, und sie erklärten darüber hinaus, daß sie sich zurückziehen würden, sobald die Chinesen die Herrschaft über Ostturkestan wieder erlangt hätten.

Daß Yakub Bek unter diesen Umständen eine Unterstützung und Anerkennung seines Herrschaftsanspruches durch Rußland kaum erwartet hat, ist daraus zu schließen, daß er schon sehr frühzeitig die diplomatischen Beziehungen zum osmanischen Reich, dem damaligen politischen Zentrum der islamischen Welt, aufnahm. Anfang 1874 unterzeichnete er schließlich auch einen Handelsvertrag mit dem Engländer Douglas Forsyth, der sich damals im Auftrag der indischen Regierung auf einer Mission in Kaschgarien befand, um Möglichkeiten für den Handel mit Zentralasien zu erkunden.

Für Yakub Bek verband sich mit den zum Ausland hergestellten Beziehungen die Hoffnung auf eine Anerkennung seiner Herrschaft in Ostturkestan, weil sie auch den ökonomischen Wünschen und Interessen dieser Länder entgegenkam. Zumindest glaubte er aber, auf diese Weise vor allem England und Rußland von Versuchen abhalten zu können, sich in den Besitz Ostturkestans zu bringen, zumal dies auch unausweichlich zu einer unmittelbaren Konfrontation beider Länder mit China führen mußte, an der sie zu dieser Zeit und in diesem Raum nicht interessiert waren. Schließlich glaubte er aber, auch auf die Neutralität der

beiden Großmächte, wenn nicht sogar auf ihre Hilfe für den Fall rechnen zu können, daß China den Versuch unternehmen sollte, Kaschgarien zurückzuerobern.

Für die Zentralregierung Chinas mußte sich hingegen aus den vertraglichen Verbindungen Yakub Beks zum osmanischen Reich, zu Rußland und (wenn auch indirekt über Indien) zu England notwendigerweise eine zusätzliche internationale Bedrohung ihrer Souveränität in Zentralasien ergeben. Sie beauftragte deshalb den 1866 zum Generalgouverneur von Schensi und Kansu ernannten Tso Tsung-t'ang mit der Rückeroberung Ostturkestans⁸⁾. Bereits 1873 hatte dieser Schensi und Kansu befriedet, diejenigen Provinzen also, in denen 1862 der Muslim-Aufstand begonnen hatte. 1876 war der größte Teil der Dsungarei nördlich des T'ien-schan-Gebirges wieder in der Gewalt der Zentralregierung — mit Ausnahme des Ili-Beckens, das sich weiterhin in russischer Hand befand. Im Frühjahr 1877 besiegte Tso die Armee Yakub Beks, im Dezember konnten die Truppen von Tso Kaschgar einnehmen und Anfang 1878 war schließlich das Reich Yakub Beks endgültig vernichtet. Ostturkestan war damit wieder fest in den Händen der chinesischen Zentralregierung.

Obwohl damit alle Voraussetzungen geschaffen waren, das Ili-Becken jetzt wieder an China zurückzugeben, erwies sich sehr schnell, daß den von Rußland bei der Besetzung dieses Gebietes (1871) abgegebenen Erklärungen nicht mehr als nur deklamatorischer Wert beizumessen war⁹⁾: Bei den 1879 von dem mandschurischen Diplomaten Tsch'ung Hou in Petersburg geführten Verhandlungen erklärte sich Rußland zwar grundsätzlich mit der Rückgabe des Ili-Beckens einverstanden, forderte als Gegenleistung von China aber nicht nur den Ersatz aller entstandenen „Besatzungs“-kosten, sondern auch die Überlassung eines fruchtbaren Landstriches im Ili-Becken (oberes Tekkes-Tal) und die Einräumung besonderer

⁸⁾ S. hierzu und zum Folgenden vor allem: W. L. Bales, *Tso Tsung-t'ang: Solidier and statesman of old China*, Shanghai 1937; W. J. Chu, *Tso Tsung-t'ang's role in the recovery of Sinkiang*, in: *Tsing Hua Journal of Chinese Studies* (Taipei), Jahrg. 1958; J. A. Dabbs, *History of the discovery and exploration of Chinese Turkestan*, Den Haag 1963.

⁹⁾ Die sogenannte „Ili-Krise“ ist eingehend analysiert worden von J. C. Hsü, *The Ili Crisis. A Study of Sino-Russian Diplomacy, 1878 to 1881*, Oxford 1965; allgemein hierzu: Roger Levy, *Les confrontations territoriales Sino-Russes: particulièrement dans la région de l'Ili, au Singkiang*, in: *Politique Etrangère*, Nr. 2/1966, S. 157 ff.

⁷⁾ Vgl. hierzu Otto Hoetzsch, *Rußland in Asien. Geschichte einer Expansion*, Stuttgart 1966 (hrsg. von K. Mehnert), S. 72 f. und 89 f.

kommerzieller Konzessionen in ganz Zentralasien. Der Vertrag war von Tsch'ung Hou zwar unterschrieben worden, wurde nach dessen Rückkehr von der Regierung in Peking aber sofort gekündigt. Die Spannungen zwischen beiden Ländern wuchsen in der Folgezeit so stark, daß nicht nur eine Einigung in der Ili-Frage ausgeschlossen schien, sondern sogar der Eindruck entstand, daß China es eher auf einen Krieg ankommen lassen wollte und daß sich auch die russischen Militärs auf einen Krieg vorbereiteten und im Begriff waren, wiederum die Muslime gegen die chinesische Zentralregierung zu mobilisieren. Schließlich kam es aber noch zu einem Vertrag zwischen den Ländern¹⁰⁾: Er wurde am 12. Februar 1881 in Petersburg geschlossen und legte fest, daß Rußland das gesamte Ili-Gebiet an China zurückgibt und China an Rußland eine Entschädigung für seine Besatzungskosten in Höhe von 9 Millionen Unzen Silber zahlt.

Diese Vorgänge haben offenbar der chinesischen Regierung unmißverständlich klargemacht, daß die russische Politik in Zentralasien ausschließlich von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt wurde und daß auch der mit Rußland 1881 geschlossene Vertrag keine dauerhafte Garantie für die Respektierung der chinesischen Souveränität in Ostturkestan zu bieten vermochte. Der 1880 nach Peking zurückberufene und seitdem als Berater der Regierung in turkestanischen Angelegenheiten tätige Tso Tsung-t'ang drang deshalb darauf, Ostturkestan nicht mehr nur unter indirekter mandschurischer Verwaltung zu belassen, sondern in eine „neue Provinz“ Chinas („Sinkiang“) umzuwandeln und es auf diese Weise wirksamer gegen die russischen Interessen und Forderungen abzusichern. Dieser Vorschlag Tso's wurde noch kurz vor dessen Tod (1885) durch ein kaiserliches Dekret vom 11. November 1884 formell realisiert: Zum ersten Generalgouverneur wurde Liu Tschin-t'ang, einer von Tso's Generalen, ernannt; zur Hauptstadt Sinkiangs wurde Urumtschi erklärt.

Das ganze Land wurde in vier Bezirke aufgeteilt, die wiederum in mehr als 40 Verwaltungsdistrikte untergliedert waren. Die chinesische Herrschaft über Sinkiang wurde aber im Grunde nur durch die Stationierung von 800 Soldaten in ständigen Garnisonen reprä-

sentiert. Denn: Während bis zur Ebene der Verwaltungsdistrikte herab die Verwaltung zwar ausschließlich von chinesisch-mandschurischen Beamten ausgeübt wurde, die überdies auch abseits von der einheimischen Bevölkerung lebten, lag sie auf der untersten Ebene allein in den Händen der muslimischen Stammesfürsten. Sie hatten — wie immer zuvor — die Steuern einzuziehen und Recht zu sprechen. Durch Toleranz gegenüber den einheimischen Sitten und Gebräuchen konnten die Chinesen die Unterstützung der muslimischen Führungsschichten gewinnen und auf diese Weise eine innenpolitische Befriedung der „Neuen Provinz“ herbeiführen, durch die eine ruhige Entwicklung bis zum Jahre 1912, dem Jahre der Amtsübernahme durch Yang Tseng-him, zu gewährleisten war.

Obwohl 1884 die Grenze zwischen Rußland und der Dsungarei in einem Abkommen festgelegt wurde¹¹⁾, war damit — wie sich sehr bald zeigen sollte — die Gefahr eines erneuten russischen Vordringens in das Ili-Gebiet keineswegs beseitigt worden: Bereits in den frühen neunziger Jahren drang Rußland in den Pamir vor, in ein Gebiet also, das von den Chinesen immer als unter ihrer Souveränität stehend angesehen wurde. Ohne Rücksichtnahme auf die Ansprüche Chinas wurde im März 1895 zwischen Großbritannien und Rußland ein Abkommen geschlossen, in dem der russische Besitzstand hier bestätigt wurde. Die russisch-chinesische Grenze wurde hingegen in diesem Gebiet vertraglich nicht festgelegt.

Allerdings wagte Rußland vorerst kein neues Eindringen in Sinkiang. Der Grund für diese Zurückhaltung war aber weniger in dem Respekt vor dem mit China geschlossenen Vertrag des Jahres 1881 von Petersburg zu suchen, als vielmehr in der Furcht vor dem möglichen Widerstand Großbritanniens gegen ein solches Unternehmen: Der im August 1907 zwischen Rußland und Großbritannien geschlossene Vertrag erwähnt Sinkiang zwar mit

¹⁰⁾ Vgl. Otto Hoetzsch, a. a. O., S. 89.

¹¹⁾ Zur Frage der Grenze zwischen China und Rußland bzw. der Sowjetunion und Zentralasien: H. Pommerening, Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt. Das Ende der ungleichen Verträge, Olten und Freiburg 1968; D. Frenzke, Der Begriff der ungleichen Verträge im sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikt, in: Osteuropa-Recht, Heft 2/1965, S. 869 ff.; ders., Die Gebietsforderungen der Volksrepublik China gegenüber der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, Folge 21/1965, S. 812 ff.

keinem Wort, in ihm verzichten beide Länder aber ausdrücklich auf jede provokative Politik „in der Nähe der indischen Grenze“.

Auf diese Periode des russisch-chinesischen Verhältnisses in Zentralasien wurde hier deshalb ausführlicher eingegangen, weil in ihr bereits alle Probleme sichtbar werden, die in der Folgezeit, insbesondere aber in der für die hier behandelten Fragen so wichtigen Zeit nach 1928, die russisch-chinesischen Beziehungen in Zentralasien prägen sollten: In der Gestalt Yakub Beks und seinen Zielsetzungen verkörpert sich das Selbstverständnis der islamischen Bevölkerung Chinas, insbesondere aber Sinkiangs. Sie hat sich immer in erster Linie als ein Teil der islamischen Welt, zumindest aber als ein Teil der islamischen Turkbevölkerung des gesamten zentralasiatischen Raumes verstanden. Solange die ethnische, kulturelle und religiöse Sonderstellung der islamischen Bevölkerung in Sinkiang von der chinesischen Zentralregierung respektiert und ihr die — wenn auch nur begrenzte — Selbstverwaltung gewährt wurde, ist die Souveränität Chinas in diesem Raum immer nur als eine nominelle empfunden worden. Sie brauchte deshalb unter diesen Voraussetzungen auch nur selten in Frage gestellt zu werden, zumal da unklare Grenzverhältnisse auch in dieser Zeit noch die Verbindungen zwischen der islamischen Bevölkerung in den zentralasiatischen Provinzen Rußlands und Chinas kaum wesentlich behindert haben.

Seit der Inbesitznahme Turkestans im 19. Jahrhundert durch die zaristischen Truppen hat die russische Zentralasienpolitik ihren Ansatzpunkt immer wieder vor allem in dieser komplexen Problematik gesucht. Für sie konnte jede Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den islamischen Bevölkerungsgruppen Sinkiangs und der chinesischen Zentralregierung nur Vorteile bringen. Deshalb hat sie auch jede Möglichkeit genutzt, um solche Spannungsverhältnisse in Sinkiang zu fördern oder sogar überhaupt erst zu schaffen. Das erfahrungsgemäß wirksamste Mittel dazu war die Unterstützung aller Separationsbestrebungen der islamischen Bevölkerungsgruppen in Sinkiang. Sie fand allerdings immer da ihre Grenze, wo solche Bestrebungen in panislamistischen Ideen wurzelten und die Schaffung eines größeren islamischen Staates in Zentralasien zum Ziele hatten, die notwendigerweise nicht nur die chinesische, sondern auch die russische Herrschaft in Zentralasien in Frage stellen mußte.

b) Die Politik der Autonomie und des Ausgleichs zwischen Ost und West: 1912—1928

Es bedurfte eines großen Maßes an Flexibilität und diplomatischem Geschick, um den Status und eine ruhige, durch den Zugriff Rußlands nicht gefährdete Entwicklung Sinkiangs zu sichern. Dies sollte sich bereits unmittelbar nach der chinesischen Revolution von 1911 erweisen, durch die China in eine Republik umgewandelt wurde. Die Einheit Sinkiangs war in Gefahr: Ili drohte, eine eigene Regierung einzusetzen, in Hami erhob sich die islamische Bevölkerung gegen die Mandschus, in vielen Provinzteilen waren die chinesischen Truppen im Begriff, sich der Kontrolle Urumtschis zu entziehen; in Sinkiang lebende Russen wurden angegriffen.

Diese Ereignisse waren in hohem Maße dazu geeignet, ein erneutes Eingreifen Rußlands zu provozieren: So wurden unter dem Vorwand, die russischen Konsulate in Kaschgar und Kuldscha wären gezwungen, die Sicherheit der eigenen Untertanen zu gewährleisten, die Konsulatstruppen wesentlich vergrößert; bis Mitte 1912 wurde ihre Gesamtzahl auf insgesamt 1 000 Kosaken erhöht. Zeitweilig bestand sogar die Gefahr für Sinkiang, entweder ganz von Rußland annektiert zu werden oder die Schutzherrschaft aufgezwungen zu bekommen bzw. ein Protektorat zu akzeptieren, wie es Rußland zu dieser Zeit auch über die Äußere Mongolei ausübte.

Es war im wesentlichen das Verdienst des zum Generalgouverneur von Sinkiang aufgerückten Leiters der Regionalverwaltung von Urumtschi, Yang Tseng-hsin, daß die Gefahr abgewendet werden konnte. Für seine Aufgabe war er deshalb in besonderem Maße prädestiniert, weil die muslimischen Truppen ihm bedingungslos ergeben waren und weil seine nicht gerade sehr republikfreundliche Haltung auf weite Zustimmung in Sinkiang stieß¹²⁾. Die Stabilisierung der Situation in Sinkiang gelang Yang Tseng-hsin bereits kurz nach der Übernahme seines Amtes und auf völlig friedlichem Wege: Er konnte eine Einigung mit den Ili-Rebellen herbeiführen und mit diplomatischer Unterstützung Rußlands den Rückzug der mongolischen Truppen und damit auch die Sicherung der Grenze zwischen Sinkiang und der Äußeren Mongolei erreichen.

¹²⁾ Soweit nicht besonders zitiert, wird im Folgenden zurückgegriffen auf R. Yang, Sinkiang under the administration of General Yang Tseng-hsin 1911—1928, in: Central Asiatic Journal, Nr. 1/1961.

Diese Stabilisierungspolitik ist nicht zuletzt auch dadurch ermöglicht worden, daß Yang Tseng-hsin Sinkiang wie ein mehr oder weniger autonomes Gebiet behandelte und auf diese Weise nicht nur eine Abschirmung gegen ausländische Einflüsse, sondern auch eine Isolierung von den innenpolitischen Unruhen im Anschluß an die revolutionären Ereignisse von 1911 erreichen konnte. Außenpolitisch sah Yang Tseng-hsin seine Hauptaufgabe darin, Rußland nicht zu provozieren und überhaupt dem westlichen Nachbarland keinen Anlaß zum Eingreifen zu geben. Das große diplomatische Geschick, mit dem er sich gerade dieser Aufgabe entledigte, läßt sich an folgenden Beispielen erkennen:

— 1916 flohen rund 300 000 Kasachen nach Sinkiang, um sich der Einberufung zum Militär zu entziehen. Noch bevor russischerseits eingegriffen wurde, erreichte Yang Tseng-hsin durch Verhandlungen eine Amnestie und — auf dieser Grundlage — die Repatriierung der meisten Kasachen nach Rußland.

— Ähnliches wiederholte sich 1918, als besiegte weißrussische Truppen unter dem Kommando von General Anenkov in Stärke von ungefähr 7 000 Mann nach Singkiang geflohen waren. Auch hier konnte Yang — nachdem er die Truppen entwaffnet und interniert hatte — in zähen Verhandlungen mit den Bolschewisten eine Amnestie und den Abschluß eines Abkommens erreichen, durch das die meisten von ihnen in die Sowjetunion zurückkehren konnten¹³⁾.

— Als sich jedoch Schwierigkeiten mit anderen Teilen der geflohenen Weißgardisten (ca. 3 000) ergaben — sie standen unter dem Kommando der Generale Bašič und Novikov, waren vor allem in das Altai-Gebiet geflohen und hatten sich hier festgesetzt —, schuf er die vertragliche Basis für den Einmarsch der Roten Armee zu ihrer gemeinsamen Vertrei-

¹³⁾ Grundlage für die Rückführung in die Sowjetunion war das am 27. und 28. Mai 1920 in Kuldscha zwischen beiden Ländern geschlossene Grenzverkehrs- und Repatriierungsabkommen. Text: *Sovetsko-kitajskie otnošenija 1917—1957 gg. Sbornik dokumentov*, Moskva 1959, S. 47; engl. auch: J. Degras, *Soviet documents on foreign policy*, Bd. I—III, London 1951—1953, hier: Bd. I, S. 483, und L. Shapiro, *Soviet treaties series. A collection of bilateral treaties, agreements and conventions, concluded between the Soviet Union and foreign powers*, Bd. I 1917—1928; Bd. II 1929—1939, Washington, D. C. 1950—1955, hier: Bd. I S. 47.

bung über die Grenze der Äußeren Mongolei¹⁴⁾.

— Vieles in dieser diplomatischen Taktik der Politik Yang Tseng-hsins erklärt sich auch daraus, daß Singkiang wirtschaftlich weitgehend auf den Warenverkehr mit seinem westlichen Nachbarn angewiesen war: 1920 wurde deshalb auch ein Handelsabkommen über den Warenverkehr mit der Sowjetunion abgeschlossen¹⁵⁾, und 1924 wurde zwischen beiden Regierungen die Eröffnung von fünf konsularischen Vertretungen der Sowjetunion in Urumtschi, Tarbagatai, Ili (Kuldscha), Altai und Kaschgar sowie von fünf chinesischen Konsulaten in Taškent, Andijan, Alma Āta, Zaisan und Semipalatinsk vereinbart¹⁶⁾. Die sowjetischen Konsulate in Singkiang konnten ihre Tätigkeit auch nach dem faktischen Bruch Chiang Kai-sheks mit der Sowjetunion 1927 — offiziell wurden die Beziehungen erst 1929 abgebrochen¹⁷⁾ — ohne Einschränkung fortsetzen.

Die mit dieser „Außenpolitik“ herbeigeführte weitgehende Abschirmung gegen alle Einflüsse von außen ermöglichte Yang Tseng-hsin eine Innenpolitik, die nicht nur darauf angelegt war, die Provinz auch wirtschaftlich so weit wie möglich unabhängig zu machen, sondern durch längst fällige soziale und wirtschaftliche Reformen eine dauerhafte Stabilisierung des Landes auf der Basis der Selbst-

¹⁴⁾ Diese Zusammenarbeit mit der Roten Armee erfolgte auf der Grundlage eines am 17. Mai 1921 unterzeichneten „Abkommens mit dem Oberkommando der sowjetischen Truppen in Turkestan über die vorübergehende Grenzüberschreitung sowjetischer Truppen zur Bekämpfung von Weißgardisten auf dem Gebiet der chinesischen Provinz Singkiang“ (*Sovetsko-kitajskie otnošenija*, a. a. O., S. 434) und eines weiteren, am 26. September 1921 unterzeichneten „Abkommens über den Grenzübertritt sowjetischer Truppen nach Sinkiang zur Bekämpfung weißgardistischer Streitkräfte im Altai-Gebiet“ (*Ebenda*, S. 59; vgl. hierzu auch: *Voprosy Istorii*, Nr. 3/1957, S. 147).

¹⁵⁾ Dieses Handelsabkommen wird lediglich von R. Yang in seinem zitierten Aufsatz (Anm. 12) erwähnt. In den hier konsultierten — meist unvollständigen — Dokumentationen wird es hingegen nicht genannt.

¹⁶⁾ Sie wurden durch einen Notenwechsel im Oktober 1924 mit der Provinzialregierung von Singkiang ermöglicht. S. hierzu: Cheng Tien-fong, *A history of Soviet-Chinese relations*, Washington 1957, S. 168, und auch W. Whiting, *Sheng Shih-ts'ai, Sinkiang: pawn or pivot*, East Lansing, Mich. 1958, S. 9. Die russischen Konsulate in Kaschgar und Kuldscha waren 1918 geschlossen worden.

¹⁷⁾ Vgl. hierzu: *Izvestija* vom 18. Juli 1929: *Sovetsko-Kitajskij Konflikt 1929g. Sbornik dokumentov*, Moskva 1930, S. 31.

verwaltung der islamischen Bevölkerung zu ermöglichen: So wurden beispielsweise die Handelsmonopole abgeschafft, ein Verbot der bis dahin obligatorischen Stellung von Beförderungsmitteln für Beamte durch die Bevölkerung ausgesprochen und dem Zinswucher durch Festsetzung von Zins-Höchstgrenzen für Geldverleiher ein Ende bereitet.

Alle diese Maßnahmen Yang Tseng-hsins spiegeln eine äußerst kluge und umsichtige Politik wider. Sie bot einerseits der islamischen Bevölkerung keinen Grund zur Kritik an der chinesischen Provinzverwaltung oder sogar für eine offene Rebellion gegen sie, die sich erfahrungsgemäß leicht mit panislamischen Zielsetzungen verbinden konnte und sich damit nicht nur gegen die chinesische Herrschaft in Sinkiang, sondern gleichzeitig auch gegen die russische in Turkestan richtete, sie schuf aber andererseits auch Voraussetzungen, die Rußland keinerlei Handhaben für Übergriffe lieferten. Solche Übergriffe waren — wie die vorstehende Darstellung gezeigt hat — in der Regel immer dann erfolgt, wenn die chinesische Politik in Sinkiang in Gegensatz zu den Interessen der islamischen Bevölkerung der Provinz geraten war.

Dennoch wäre es verfehlt, die Zurückhaltung der russischen bzw. sowjetischen Zentralasienpolitik bis 1928 allein auf die umsichtige Politik Yang Tseng-hsins zurückzuführen. Die Gründe dafür müssen auch darin gesucht werden, daß Zentralasien für die Außenpolitik der zaristischen Regierung bis 1918 wegen der Notwendigkeit der Konzentration aller Kräfte auf den Krieg in Europa ein Problem von untergeordneter Bedeutung war und daß auch für die sowjetischen Staats- und Parteiführer nach der Oktober-Revolution zunächst andere Schwierigkeiten zu bewältigen waren: In der

Periode bis 1928 wurde die vordringlichste Aufgabe in der inneren Konsolidierung des Sowjetsystems gesehen. Darin liegt auch die Erklärung dafür, daß die Sowjetregierung in dieser Zeit an allen „Fronten“ der Außenpolitik gewissermaßen „kurz getreten“ hat.

Für die Beurteilung der zurückhaltenden Zentralasienpolitik ist ferner nicht unwesentlich, daß eine Begleiterscheinung der inneren Konsolidierung des Sowjetsystems die Politik der relativen Duldung des Islams war, die ihren Abschluß praktisch erst mit dem Inkrafttreten des an anderer Stelle analysierten Beschlusses „Über die religiösen Vereinigungen“ vom 8. April 1929¹⁸⁾ bzw. — politisch-ökonomisch gesehen — mit der Verkündung des ersten Fünfjahresplanes gefunden hat. Da die Zentralasienpolitik immer in hohem Maße auch Religionspolitik sein mußte, ist diesem Gesichtspunkt fraglos nicht nur periphere Bedeutung für die Beurteilung der sowjetischen Zentralasienpolitik dieser Zeit zuzumessen.

Im übrigen ließ aber auch der unmittelbar nach der Oktober-Revolution veröffentlichte, von Lenin und Stalin gemeinsam unterzeichnete Aufruf „An alle Muslime Rußlands und des Ostens“ erkennen, daß sich die sowjetische Außenpolitik eindeutig von den Zielsetzungen und von der Praxis der zaristischen absetzen wollte. Mit ihrer Zurückhaltung gegenüber der Entwicklung in Sinkiang bis 1928, dem Jahr der Ermordung Yangs, ist es der Sowjetregierung zweifellos gelungen, die Glaubwürdigkeit dieser Absicht zu vergrößern. Schließlich darf aber auch ein letztes Kriterium nicht außer acht gelassen werden, nämlich die Tatsache, daß die enge Zusammenarbeit der Sowjetregierung mit Chiang Kai-shek bis 1927 mit einer gleichzeitigen expansiven Politik in Sinkiang kaum vereinbar gewesen wäre.

III. Das sowjetische Vorgehen in Sinkiang

Nach 1928 entstand jedoch eine grundlegend neue Situation. Der Nachfolger Yang Tseng-hsins im Amte des Generalgouverneurs, Tsin Schu-jen, der unter Yang Chef der Politischen Abteilung der Verwaltung von Sinkiang war und sich nach dessen Ermordung selbst zum Generalgouverneur erklärte, war zwar wie Yang auch ein Beamter alter Schule, er erwies sich aber für ein so schwieriges Regierungsamt als nicht sehr geeignet. Korruption und Vetternwirtschaft, die vor 1912 in Sinkiang an

der Tagesordnung waren, hatten bereits nach kurzer Regierungstätigkeit das unter schwierigen Voraussetzungen durchgeführte Aufbauwerk Yang Tseng-hsins nahezu vollständig zerstört.

¹⁸⁾ Text mit Kommentar bei N. Orleanskij, *Zakon o religionznych ob'edinenijach RSFSR* (Gesetz über die religiösen Vereinigungen der RSFSR), Moskva 1930; deutsch bei R. Stupperich (Hrg.), *Kirche und Staat in der Sowjetunion. Gesetze und Verordnungen*, Witten 1962, S. 13—28.

1. Doppelgleisigkeit der Politik in Zentralasien

Die Gewaltherrschaft und Mißwirtschaft Tsin Schu-jens mußte zwangsläufig in erster Linie auf Kosten der muslimischen Bevölkerung gehen. Sie forderte deren Widerstand geradezu heraus und trieb sie schließlich in den Aufstand: Er brach unter den muslimischen Uiguren in Hami aus, griff sehr schnell auf Kaschgarien über und ließ auch die Kasachen, Turkmenen und Kirgisen Sinkiangs zu den Waffen gegen die chinesische Herrschaft greifen. Von entscheidender Bedeutung nicht nur für den Verlauf dieser Aufstandsbewegung, sondern für die weitere Entwicklung Sinkiangs überhaupt aber war, daß die islamischen Dunganen von Kansu unter Führung des zu dieser Zeit erst 23jährigen Generals Ma Tsch'ung-ying ihren Glaubensgenossen in Sinkiang zu Hilfe eilten¹⁹⁾. Erst durch dieses Eingreifen, das die Armee Ma Tsch'ung-yings sehr schnell bis vor die Tore der Hauptstadt Urumtschi führte, entwickelte sich der Aufstand der Uiguren von Hami in kürzester Frist zu einer breiten Volksbewegung, welche die chinesische Herrschaft in Sinkiang überhaupt in Frage stellte.

Bei Ma Tsch'ung-ying handelte es sich um einen hochbegabten jungen Offizier. Aus religiösen und nationalen Gründen war er ein unversöhnlicher Gegner der Sowjetunion. Er hatte sich vor allem mit turkmenischen Beratern umgeben und wurde von seinen Krie-

¹⁹⁾ Die ausführlichste Schilderung der muslimischen Aufstandsbewegung unter Ma Tsch'ung-ying gegen die chinesische Provinzial- und Zentralregierung ist dem Buch von Sven Hedin, *Die Flucht des großen Pferdes* (Leipzig 1935), zu verdanken (eine etwas gekürzte Neuauflage erschien in Wiesbaden 1964; nach ihr wird im Folgenden zitiert). Sven Hedin führte im Auftrage der chinesischen Regierung eine Expedition nach Sinkiang durch, um die Durchführbarkeit seines Planes, „Ostturkestan und die Dsungarei durch zwei große Autostraßen an das Reich der Mitte anzuschließen“ (S. 10), zu überprüfen. Was Sven Hedin zum Inhalt seiner Denkschrift selbst feststellt, ist in dem hier behandelten Zusammenhang besonders interessant: „Ich beschränke mich ... auf die Fragen des Handels und der Verkehrswege. Der russische Handel hatte den chinesischen unterbunden und war dabei, den englischen aus Indien zu verdrängen. Die Russen unterhielten vortreffliche, ständig verbesserte Wege bis zur Grenze von Singkiang und arbeiteten sich bei Kaschgar, Kuldscha, Tschugutschak und im Altai vor. Der chinesische Handel benutzte von altersher vorwiegend Kamelkarawanen durch die Gobi nach Hami und Urumtschi. Die Karawanen waren drei Monate unterwegs. Setzte man nun Kraftwagen dafür ein, so würde sich bei gutem Weg die Zeit auf zehn bis zwölf Tage verkürzen lassen, und man könnte den Wettbewerb mit Erfolg aufnehmen“ (S. 9 f.).

gern mit großer Hingabe, von vielen von ihnen sogar als der erwartete Mahdi verehrt. Dies hing vor allem damit zusammen, daß die Zielsetzung seines Eingreifens in Sinkiang weit über die Hilfeleistung für die Glaubensbrüder hinausging und — ganz ähnlich wie bei Yakub Bek im 19. Jahrhundert, nur mit viel mehr Nachdruck und unter günstigeren Voraussetzungen — auf die Schaffung eines islamischen Staates hinauslief, der ganz Zentralasien, also nicht nur Sinkiang umfassen sollte. Damit wurde die muslimische Aufstandsbewegung nicht nur zu einer Gefahr für die chinesische Herrschaft in Zentralasien, sondern stellte auch die Außenpolitik der Sowjetunion vor eine neue, höchst verwirrende und gefährliche Situation.

Für die Regierung in Moskau ergaben sich daraus folgende Möglichkeiten: Sie konnte entweder zugunsten der muslimischen Aufstandsbewegung in Sinkiang eingreifen, also gewissermaßen die Stärke der „Partei der Unterdrückten“ ausnutzen. Dies hätte die Möglichkeit eröffnet, sie zu kontrollieren, zu neutralisieren und dadurch gleichzeitig für die Verfolgung der eigenen Interessen zu nutzen. Wegen der „Anfälligkeit“ der Muslime auch des sowjetischen Teils von Zentralasien für die von Ma Tsch'ung-ying verkündeten Ideen eines ganz Zentralasien umfassenden islamischen Staates wäre eine solche Politik aber von vornherein mit sehr großen Risiken beladen gewesen. Oder aber sie konnte die Schwäche der Zentralregierung ausnutzen, um jetzt diejenigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Konzessionen zu erlangen, die ihr bis dahin nicht nur von Yang Tseng-hsin, sondern auch von der chinesischen Zentralregierung direkt oder indirekt verweigert worden waren.

Angesichts dieser Möglichkeiten war die Politik der Sowjets höchst aufschlußreich: Sie lieferten Waffen und anderes Kriegsmaterial an Tsin Schu-jen und unterstützten ihn dadurch direkt gegen die Rebellionen der Muslime; darauf ist es vor allem zurückzuführen, daß der Vormarsch Ma Tsch'ung-yings vor Urumtschi aufgehalten werden konnte. Tsin Schu-jen wurde gleichzeitig — am 1. Oktober 1931 — zur Unterzeichnung eines Geheimabkommens und von vier Zusatzabkommen gezwungen²⁰⁾, mit dem der Sowjetunion weitgehende

²⁰⁾ S. hierzu vor allem: *Recueil des traités* (Société des Nations); *Treaty series* (League of Nations), Band 1—205, Genf 1920—1946, hier: Band 122, S. 439; J. Degras, a. a. O., (Anm. 13), Bd. II, S. 507; L. Shapiro, a. a. O. (Anm. 13), Bd. II, S. 36.

wirtschaftliche Konzessionen und Privilegien eingeräumt wurden, nämlich ²¹⁾

— das Recht, Handelsbüros in Urumtschi, Tschugutschak, Ili (Kuldscha) und Kaschgar zu eröffnen;

— das Recht unbeschränkter Freizügigkeit für die Angestellten der Handelsbüros und andere Sowjetbürger im Gesamtgebiet von Sinkiang zur Erleichterung des Handelsverkehrs;

— Zollvergünstigungen für alle Waren sowjetischen Ursprungs;

— die Herstellung einer Kabelverbindung zwischen Tschugutschak und Bachtı sowie Genehmigung des Funkverkehrs zwischen Funkstellen in Sinkiang und in der Sowjetunion;

— Tsin Schu-jen mußte sich ferner mit einer umfangreichen technischen Hilfeleistung der Sowjetunion, nämlich Maschinenlieferungen und mit der Entsendung sowjetischer Experten zur wirtschaftlichen Erschließung der Provinz, einverstanden erklären.

Schon dieser Vertrag stellte an sich einen ungeheuerlichen Vorgang dar, weil er unter offener Verletzung der Souveränität Chinas mit einer Provinzregierung zu einer Zeit abgeschlossen wurde, in der auch keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China bestanden ²²⁾. Doch scheute die Sowjetunion darüber hinaus auch das offene Eingreifen in Sinkiang nicht: Unter dem Vorwand, die Position der Zentralregierungen zu stärken, in Wirklichkeit aber zum „Schutz“ der durch den Vertrag von 1931 neu gewonnenen Konzessionen, wurden 10 000 Soldaten der nordmandschurischen Armee, die 1932 von den Japanern über die sowjetische Grenze abgedrängt und in der Sowjetunion interniert worden waren, nach Sinkiang „repatriert“.

Parallel zur Unterstützung der Regierung in Urumtschi versorgte gleichzeitig aber auch der sowjetische Konsul in Kaschgar den Zivilgouverneur von Kaschgar, Ma Schao-wu, mit Waffen und Munition aus der Sowjetunion und stärkte damit auch den muslimischen Auf-

ständischen den Rücken gegen die chinesische Zentralregierung — und damit natürlich auch gegen deren Repräsentanten Tsin in Sinkiang ²³⁾. Die Doppelgleisigkeit der sowjetischen Zentralasienpolitik konnte sinnfälliger keinen Ausdruck finden.

Die Folgen der Politik Tsin Schu-jens entsprachen in jeder Hinsicht den offensichtlichen Erwartungen der sowjetischen Politik. Sie hatte die lange erstrebten Wirtschaftskonzessionen auf breiter Ebene erzwungen und damit praktisch auch die ganze „Neue Provinz“ politisch „in den Griff“ bekommen. Der Vertrag mit der Sowjetunion rettete dennoch für Tsin Schu-jen die Situation keineswegs; im Gegenteil. Am 12. April 1933 wurde er durch seinen eigenen Stabschef Scheng Schih-ts'ai gestürzt. Der Bürgerkrieg im Lande wurde nicht nur nicht beendet, sondern durch das doppelseitige sowjetische Engagement verstärkt.

2. Widerstand der islamischen Bevölkerung

Ob die Sowjetunion in diesen verwirrenden Zuständen eine Möglichkeit erblickt hat, Sinkiang endgültig an sich zu binden, mag hier unerörtert bleiben, ist vielleicht auch kaum noch zu klären. Auf jeden Fall zieht aber die Person des Scheng Schih-ts'ai in Zusammenhang mit der Politik der Sowjetunion das Interesse in besonderem Maße auf sich: Scheng hatte seine Ausbildung in Japan erhalten und dabei große Sympathien für den Kommunismus entwickelt. Bei seinem Regierungsantritt 1933 nach dem Sturz des unfähigen und korrupten Tsin Schu-jens hatte Scheng die Ziele seiner Regierung vor allem darin gesehen, die Provinz von „japanischen Agenten“ freizuhalten ²⁴⁾ — zu ihnen rechnete er übrigens auch Ma Tsch'ung-ying und seine Anhänger — und die Lebensverhältnisse der nichtchinesischen Bevölkerung zu verbessern ²⁵⁾. Vor allem zur Realisierung des zweiten Ziels hatte er ein Programm aufgestellt, in dem der Be-

²¹⁾ Hier zitiert nach der ausführlichen Zusammenfassung des Textes bei Aitchen K. Wu, *China and the Soviet Union. A Study of Sino-Soviet Relations*, London/New York 1950, S. 376 ff.

²²⁾ Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden erst durch einen am 12. Dezember 1932 in Genf vollzogenen Notenwechsel wiederaufgenommen. Text der Noten: *Izvestija* vom 13. September 1932; *Sovetsko-kitajskie otnošenija* (Anm. 13), S. 156; L. Shapiro, a. a. O. (Anm. 13), Bd. II, S. 62.

²³⁾ Nach dem Bericht von Dr. Cherbakoff, *In Kashgar, December 1921—October 1931*, in: *Royal Central Asian Journal*, Oct. 1933, S. 532 ff.

²⁴⁾ Eine kurze Schilderung der Einflußnahme Japans auf die Entwicklung der Inneren Mongolei und die damit verbundene Gefahr des Übergriffs auch auf Sinkiang findet sich bei B. C. Olschak, a. a. O. (Anm. 2), S. 24 f.

²⁵⁾ Die ausführlichste Darstellung dieser Periode findet sich bei: W. Whitson, *Sheng Shih-ts'ai, Sinkiang: pawn or pivot*, East Lansing, Mich. 1958.

völkerung Sinkiangs die Gleichheit der Nationalitäten, Religionsfreiheit, Agrarreformen, eine umfassende Finanzreform, der systematische Aufbau eines Erziehungswesens, die Reform der Verwaltung und der Justiz und schließlich erneut das unabdingbare Recht der Selbstverwaltung zugesichert wurden.

Die Deklaration dieser sehr weit gesteckten Zielsetzungen sollte der Bevölkerung zeigen, daß hier ein Versuch der Rückkehr zur Politik vor 1928 unternommen werden sollte. Sie konnte aber ganz offensichtlich nicht überzeugen, denn die Wirren innerhalb des Landes wurden durch die Politik Schengs nicht beendet, im Gegenteil; die Muslim-Aufstände flammten jetzt erneut und sogar wesentlich heftiger als je zuvor auf: Ma Tsch'ung-ying brachte jetzt große Teile der gesamten Provinz — bis etwa 200 km ostwärts von Urumtschi — unter seine Kontrolle. Die Dunganen im Norden waren bereit, mit Ma gemeinsam auf Urumtschi zu marschieren. Und auch die übrigen muslimischen Führer Sinkiangs bekannten sich entweder offen zu Ma oder unterhielten Geheimverbindungen zu ihm. Für Scheng verschärfte sich die Situation noch wesentlich dadurch, daß auch der Kommandant der Garnison Ili, Schang Pei-yuan, revoltierte und gegen Urumtschi marschierte, nachdem er bezeichnenderweise von den Sowjets ausgerüstet worden war.

Scheng sah sich somit — von drei Seiten bedroht — in einer Lage, die ihm als einzigen Ausweg nur noch das Ersuchen um Hilfe an die Sowjetunion ließ. Damit war aber die Situation entstanden, auf welche die Sowjets ganz offensichtlich systematisch hingearbeitet hatten, um an das von ihnen erstrebte Ziel zu gelangen: die faktische politische und wirtschaftliche Integration Sinkiangs. Der Ablauf der weiteren Entwicklung vollzog sich nun gewissermaßen planmäßig: Im Dezember 1933 fanden zunächst umfangreiche Geheimverhandlungen statt, bei denen die Sowjetunion durch General Pogodin vertreten wurde²⁶⁾. Bis heute ist nicht bekanntgeworden, ob die Ergebnisse dieser Verhandlungen jemals schriftlich fixiert worden sind und ob es überhaupt eine schriftliche Vereinbarung gegeben hat. Der Ablauf der diesen Verhandlungen folgenden Entwicklung zeigte aber, daß ein um-

fassendes Übereinkommen erzielt worden sein muß, in dem sich die Sowjets bereit erklärten, die Provinz zunächst militärisch zu „befrieden“ und Tscheng sich — gewissermaßen als Gegenleistung — verpflichtete, der Sowjetunion wirtschaftliche Rechte in ganz Sinkiang einzuräumen, die weit über die früheren Konzessionen hinausgingen.

Unmittelbar im Anschluß an diese Geheimverhandlungen begann die Rote Armee mit der Liquidierung des Aufstandes: Anfang 1934 wurden etwa 7 000 Mann, mit Panzern und Artillerie ausgerüstet²⁷⁾, zur Bekämpfung von Ma Tsch'ung-ying nach Sinkiang eingeschleust. Dabei wurden auch sowjetische Kampfflugzeuge eingesetzt, die durch Verwendung von Gasbomben die Truppen Mas offenbar weitgehend demoralisiert haben²⁸⁾. Ma zog sich zunächst nach Kaschgar zurück und leistete noch einige Zeit Widerstand. Dann verschwand er auch von hier, und es ist wahrscheinlich, daß er mit Hilfe der sowjetischen Handelsagentur in Kaschgar in die Sowjetunion emigriert ist²⁹⁾.

Sven Hedin hat in seinem Buch „Die Flucht des großen Pferdes“ aus dem unmittelbaren Erleben heraus anschaulich über die Legendenbildung berichtet, welche die Person dieses muslimischen Führers zu einer dem „verborgenen Mahdi“ ähnlichen Figur erhob³⁰⁾.

3. Politische Bindung mit wirtschaftlichen Mitteln

Nach der Niederschlagung der von Ma Tsch'ung-ying geführten Aufstandsbewegung nahm General Pogodin die „Befriedung“ des Landes in Angriff. Er stellte zu diesem Zweck

²⁷⁾ Li Chang (Anm. 26), der die Entsendung der sowjetischen Truppen erwähnt, behauptet, sie wären für ihren Einsatz in chinesische Uniformen gesteckt worden.

²⁸⁾ Eine sehr farbige und anschauliche Schilderung eines solchen Angriffs auf die Truppen Ma's in Korla gibt: Sven Hedin, a. a. O. (Anm. 19), S. 101 bis 119.

²⁹⁾ Nach: Royal Central Asian Journal, Jan. 1935, S. 102. Hier heißt es wörtlich: „Als die chinesische Nordarmee Kaschgar erreichte, riet der dortige sowjetrussische Generalkonsul dem Dunganengeneral Ma Tsch'ung-ying, nach Rußland zu reisen. Der General wurde vom Sekretär und einigen anderen Mitgliedern der Handelsagentur des sowjetischen Konsulats an die Grenze geleitet. Man berichtet, daß er bei seiner Ankunft in Moskau gestorben sei.“

³⁰⁾ Sven Hedin, a. a. O. (Anm. 19), S. 115 ff.

²⁶⁾ Die Geheimverhandlungen werden nur erwähnt von Li Chang, *The Soviet Grip on Sinkiang*, in: *Foreign Affairs*, April 1954, S. 491 ff. In den sowjetischen Quellen sind Angaben darüber, soweit ich feststellen konnte, nicht zu finden.

ein „Befriedungskorps“ auf, das eine großangelegte „Säuberung“ durchführte; ihr fiel im übrigen auch das weißrussische Korps in Urumtschi zum Opfer. Mit der Besetzung des 560 km ostwärts von Urumtschi gelegene Hami durch das Korps der sogenannten „Altai-Freiwilligen“ — dabei handelte es sich praktisch um eine Panzereinheit der Roten Armee in Stärke von 3 000 Mann, die in chinesische Uniformen gesteckt worden waren — konnte der Zugang nach Sinkiang von der Provinz Kansu aus unter Kontrolle gebracht werden. Als Begründung für die Besetzung von Hami wurde zwar angegeben, daß Sinkiang gegen eventuelle japanische Vorstöße aus der Inneren Mongolei abgeschirmt werden sollte. In Wirklichkeit sollte dadurch aber gewährleistet werden, daß sich die völlige und systematische Sowjetisierung Sinkiangs ohne ernsthafte Störungen von außen vollziehen konnte.

a) Wirtschaftliche Durchdringung Sinkiangs

Die Durchdringung und faktische Einbeziehung Sinkiangs in den sowjetischen Herrschaftsbereich wurde vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln realisiert. Für sie war — wie gezeigt — bereits in der Periode Tsin Schu-jens die Grundlage gelegt worden. Bereits 1930 war die turkmenisch-sibirische Eisenbahn, welche die sowjetisch-chinesische Grenze flankiert, weitgehend fertiggestellt und damit die wichtigste Verbindung zur chinesischen Grenze geschaffen worden. Durch den Vertrag vom 1. Oktober 1931 waren der Sowjetunion Abbaukonzessionen für Erdöl, Gold und andere Mineralien eingeräumt worden. Auf dieser Grundlage begannen die sowjetischen Experten 1935 ohne nochmalige Erlaubnis der Provinzialregierung in Urumtschi bei Tu-Schantse (in der Nähe von Wusu, etwa 380 km westlich von Urumtschi) mit der Erdölsuche. Aufgrund der von sowjetischen Fachleuten vorgenommenen Erschließungsarbeiten wurden 1937 die Gesamtölvorkommen in Sinkiang auf 120 Millionen Tonnen geschätzt. 1939 wurde in diesem Gebiet eine Raffinerie gebaut; 1942 waren 35 Bohrtürme mit einer Tagesproduktion von 67,3 Tonnen in Betrieb ³¹⁾.

Die wirtschaftliche Nutzung Sinkiangs war von einer umfangreichen „antiimperialistischen“ Kampagne begleitet, durch die die indischen und britischen Händler zunächst unter

ständigem Druck gehalten und dann 1939 sogar dazu gezwungen wurden, unter Zurücklassung all ihrer Warenbestände das Land zu verlassen. Dieser Aktion schloß sich ein Boykottfeldzug gegen das britische Generalkonsulat in Kaschgar an ³²⁾.

Typisch für die sowjetische Politik in Sinkiang in der ersten Phase der Regierung Scheng Schi-ts'ais waren ferner die 1933/34 geführten Verhandlungen, die zur Vergabe eines sowjetischen Kredits in Höhe von insgesamt 5 Millionen Goldrubel führten; die Rückzahlung sollte durch Viehlieferungen erfolgen ³³⁾. Mit diesem Kredit wurde die Finanzierung der sowjetischen Entwicklungsvorhaben der Provinzialregierung aufgebürdet, denn mit ihm sollte die Verbesserung des Nachrichtenwesens, der Bau von Fabriken, insbesondere aber der Bau einer Raffinerie in der Nähe von Urumtschi zur Ausbeutung der Ölvorkommen von Karamai ermöglicht werden — von Vorhaben also, aus denen in erster Linie die Sowjetunion Vorteile zog. Darüber hinaus sollte der Kredit aber auch zur Stabilisierung der Währung des Landes dienen.

Bis Ende 1937 scheinen die Sowjets eine nahezu vollständige wirtschaftliche Bindung Sinkiangs an die Sowjetunion erreicht zu haben. Dafür sprechen zumindest alle Maßnahmen, die jetzt von der Provinzialregierung ergriffen wurden: Scheng verkündete in diesem Jahr den für den Zeitraum 1938 bis 1940 angesetzten ersten Dreijahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung nach dem sowjetischen Planvorbild, und er definierte bereits 1936 die acht Punkte seines Regierungsprogramms von 1933 ganz im Sinne dieser Bindung. Als dessen Grundlage bezeichnete er den „Antiimperialismus“, worunter er den Kampf gegen die Japaner und die Engländer verstand, und die „Freundschaft zum sowjetischen Brudervolk“, also die politische und wirtschaftliche Orientierung auf die Sowjetunion, nicht aber auf die chinesische Zentralregierung.

³²⁾ Nach: The Times vom 25. März 1939.

³³⁾ S. hierzu: Vnešnjaja torgovlja SSSR s socialističeskimi stranami, Moskva 1957, S. 31 (Handels- und Anleihe-Abkommen zwischen der sowjetischen Außenhandelsorganisation „Sovin'torg“ und der Handelsorganisation von Sinkiang „Tučangunsy“); das Abkommen wurde erst am 16. Mai 1935 unterzeichnet, weil die Zentralregierung in Nanking mehrfach Protest eingelegt hatte. Von sowjetischer Seite wurde der Vertrag im übrigen vom damaligen Leiter der sowjetischen Außenhandels-Bank, Svanidse, dem Schwager Stalins, unterschrieben.

³¹⁾ Diese Zahlen nennt: Li Chang, a. a. O. (Anm. 27).

In den Jahren zwischen 1940 und 1943 konnten die Sowjets ihre, wie sich jetzt zeigen sollte, noch sehr viel weiter gehenden Pläne auf der bis 1937 bereits geschaffenen Grundlage offen und ohne besondere Rücksichtnahme auf die Zentralregierung verfolgen. Die Voraussetzungen dafür ergaben sich vor allem aus dem Überfall Japans am 7. Juli 1937 auf China. Durch ihn in eine hart bedrängte Lage gebracht, sah sich die chinesische Zentralregierung bereits am 21. August 1937 zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion gezwungen³⁴⁾. Ihm folgte der Abschluß von drei Kreditabkommen, durch die China bis Mitte 1939 von der Sowjetunion insgesamt 250 Millionen Dollar zur Intensivierung seiner Kriegsanstrengungen gegen Japan erhielt³⁵⁾. Schließlich wurde am 16. Juni 1939 auch noch ein Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und China geschlossen³⁶⁾. Die kritische Lage, in die China durch den Angriff Japans geraten war, läßt sich wohl an nichts deutlicher erkennen als an der Eile, mit der sich die chinesische Regierung zu einer völligen Neugestaltung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion gezwungen sah. Tatsächlich soll die Sowjetunion China in diesen Jahren materiell erheblich stärker unterstützt haben als die USA und Großbritannien zusammen.

Auch für die Sowjetunion ergab sich daraus eine völlig neue Situation, und es ist durchaus vorstellbar, daß ihr zumindest hinsichtlich der Pläne für Sinkiang der Überfall Japans auf China nicht ungelegen kam. Der entscheidende „Vorstoß“ nach Sinkiang konnte außerdem unter einer anderen günstigen Voraussetzung insofern geplant werden, als nämlich der im August 1939 mit dem Deutschen Reich abgeschlossene Pakt ihr den Rücken in Europa politisch, wirtschaftlich und auch militärisch freihielt. In diesem Zusammenhang muß schließlich auch die Tatsache festgehalten werden, daß Scheng Shi-ts'ai im Jahre 1938 bei

einem Besuch in der Sowjetunion und im Anschluß an ein persönliches Gespräch mit Stalin der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beigetreten ist³⁷⁾.

b) Der Vertrag vom 26. November 1940

Für die weitere Entwicklung in Sinkiang sollte dieser Akt zentrale Bedeutung bekommen. Ohne diese Voraussetzungen wäre jedenfalls der Abschluß des am 26. November 1940 unterzeichneten „Abkommens“ zwischen Scheng Shi-ts'ai als „Vertreter der Regierung von Sinkiang“ sowie Karpov und Bakulin als „Vertreter der Regierung der UdSSR“ kaum vorstellbar gewesen. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages — der Text ist bezeichnenderweise erst 1950 bekanntgeworden³⁸⁾ — lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß es sich dabei um nichts anderes handelte als die Legitimierung einseitiger Rechte der Sowjetunion und der Pflichten Sinkiangs, unter rigoroser Ausnutzung des Kampfes Chinas gegen Japan: „Artikel 1: Die Regierung von Sinkiang erklärt sich bereit, der Regierung der UdSSR Exklusivrechte für die Feststellung, Erforschung und Ausbeutung von Zinnvorkommen und zugehörigen Nebenvorkommen an anderen Mineralien innerhalb des Territoriums von Sinkiang einzuräumen.“³⁹⁾ Die weiteren Artikel dieses für einen Zeitraum von 50 Jahren geschlossenen Vertrages enthalten Bestimmungen über die wirtschaftliche Vorrangstellung des in der UdSSR für die Zinn-Ausbeutung gegründeten Trusts „Sin-Zinn“.

³⁷⁾ Einem späteren Brief Schengs an Chiang Kai-shek (Quelle: Anm. 38) zufolge ist der Beitritt wahrscheinlich im September 1938 erfolgt. Wörtlich heißt es in einem Brief dazu: „Im September 1938, als ich die Sowjetunion bereiste und Stalin einen Besuch abstattete, brachte ich erneut die Frage meines Beitritts zur KPCh zur Sprache. Man legte mir jedoch nahe, zunächst Mitglied der KPdSU zu werden und mich dann an die KPCh überweisen zu lassen... Da mein Überweisungsantrag aber auch noch lange danach unbearbeitet blieb, wurde ich zwangsläufig mißtrauisch...“

³⁸⁾ S. hierzu: Sowjetische Wirtschaftsaggression in Sinkiang (chin.), Taipeh 1950 (herausgegeben vom national-chinesischen Außenministerium in Taipeh). In den hier ausgewerteten einschlägigen sowjetischen oder westlichen Quellenwerken wird dieser Vertrag nicht erwähnt, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß er von chinesischer Seite schon lange vor Bekanntwerden wieder gekündigt worden ist. Das hier zitierte Werk konnte ich in Hong Kong dank der Unterstützung durch das Union-Research Institute, Kowloon, auswerten.

³⁹⁾ Übersetzt und zitiert nach der Photokopie des russischen Originals, in: Sowjetische Wirtschaftsaggression in Sinkiang (Anm. 38), S. 45 ff.

³⁴⁾ Text des Abkommens in: Izvestija vom 30. August 1937; Vedomosti Verhovnogo Soveta SSSR, Moskva, 15. Juni 1938, Nr. 7; engl. auch: L. Shapiro, a. a. O. (Anm. 13), Band II, S. 185.

³⁵⁾ Dabei handelt es sich nach: Sovetsko-Kitajskie otnosenija 1917—1957 gg (Anm. 13) um folgende Kreditabkommen: 1. März 1938 — 50 Millionen Dollar (S. 167); 1. Juli 1938 — 50 Millionen Dollar (S. 172); 13. Juni 1939 — 150 Millionen Dollar (S. 176).

³⁶⁾ Text des „Handelsvertrages mit Anhang über die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretung in China“: Vedomosti Verhovnogo Soveta SSSR, Moskva, 15. Juni 1940, Nr. 16; engl. auch: J. Degras, a. a. O. (Anm. 13), Band III, S. 341, und L. Shapiro, a. a. O. (Anm. 13), Band II, S. 203.

Über die „Verhandlungen“, die dem Vertragsabschluß vorausgingen, hat Scheng Schi-ts'ai in einem späteren Brief an Chiang Kai-shek ausführlich berichtet. Der Wortlaut verdient hier wenigstens auszugsweise zitiert zu werden, weil er die Methoden erkennen läßt, mit denen Scheng zur bedingungslosen Annahme der sowjetischen Forderungen gezwungen wurde ⁴⁰⁾:

„Ganz unerwartet schickte die Sowjetunion im November 1940 einen Sendboten mit einem an mich gerichteten, streng vertraulichen Schreiben nach Sinkiang. Dieses Dokument betraf die Verpachtung der Zinnvorkommen von Sinkiang zu höchst lächerlichen und unbilligen Bedingungen und war dazu noch in überaus aggressivem Ton gehalten. Damals bestand ich auf Revision der Bedingungen und Verkürzung der Pachtfrist. Der Sendbote erklärte mir jedoch, kein einziges Wort des Textes könne geändert werden, und außerdem sollte ich mich als Mitglied der KPdSU an die Weisungen der Partei halten und mich etwas energischer und kämpferischer für die Interessen der Sowjetunion einsetzen . . .“

Wie schon der Artikel 1 des zitierten Textes zeigt, räumte der Vertrag der Sowjetunion praktisch jede Möglichkeit zur Ausbeutung aller Bodenvorkommen in Sinkiang ein. Über das volle Ausmaß der Inanspruchnahme dieser Rechte ist bisher nur wenig bekanntgeworden. Nach Feststellungen der chinesischen Zentralregierung haben sich die Untersuchungen der sowjetischen Experten auch auf die großen Wolfram-Lager im südlichen Altai-Vorland konzentriert. Unter dem Einsatz von 60 Ingenieuren und Technikern sowie 3 000 zwangsverpflichteten Arbeitern sollen von hier ohne Wissen und Erlaubnis der chinesischen Regierung allein in der Zeit von April 1941 bis April 1943 mehr als 150 Tonnen Wolfram abtransportiert worden sein ⁴¹⁾.

Der Höhepunkt des sowjetischen Drucks auf die Provinzialregierung war mit dem Vertrag vom 26. November 1940 aber noch keineswegs erreicht. Im Juli 1942 legte der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Dekanossov, bei einem Besuch in Urumtschi dem Gouverneur Scheng vielmehr eine Reihe von weiteren Forderungen vor, die sich vor allem auf die Erteilung einer umfassenden Erdöl-

konzession bezogen. Der von sowjetischer Seite gefertigte Entwurf umfaßte insgesamt 18 Artikel. Er enthielt im wesentlichen Bestimmungen darüber, daß die Ölfelder einer gemischten Gesellschaft — der „Sinkiang-Sowjetischen Ölgesellschaft“ — als Eigentum übergeben werden sollten, sowie Regelungen über die Finanzierungs- und Verwaltungsfragen ⁴²⁾.

c) Der erzwungene Rückzug

Diese Forderungen Dekanossovs lösten bei Scheng allergrößte Vorsicht und sogar Skepsis aus, zumal da eine Verschwörung gegen ihn und seine Provinzialregierung festgestellt wurde. In seinem bereits zitierten Brief an Chiang Kai-shek tritt die Ernüchterung bezüglich der Absichten der Sowjets in Sinkiang besonders deutlich hervor, wenn er feststellt ⁴³⁾: „Die Aufrichtigkeit meiner Absichten blieb nicht nur unbelohnt, sondern ganz im Gegenteil wurde meine enge Anlehnung an die Sowjets bei jeder Gelegenheit benutzt, um Sinkiang Schaden zuzufügen. In diesem Zusammenhang sind z. B. die vielen sporadischen, sämtlich fehlgeschlagenen Putschversuche zu erwähnen. . . . Es war geplant, die amtierende Verwaltung zu stürzen und ein von den Sowjets im Verein mit den chinesischen Kommunisten beherrschtes, von der chinesischen Regierung unabhängiges Sowjetregime zu errichten . . .“

Bestärkt durch die sich zunehmend verschlechternde Situation der Sowjetunion in Europa infolge der ungünstigen Entwicklung des Krieges gegen Deutschland entzog sich Scheng Schi-ts'ai der Kontrolle der Sowjets. Mit dem schon mehrfach zitierten Brief vom 7. Juli 1942 an Chiang Kai-shek suchte er bei der chinesischen Zentralregierung in Tschungking Rückhalt. Bereits zehn Tage später teilte er dem damaligen Außenkommissar in einem Brief mit ⁴⁴⁾, daß Sinkiang eine Provinz Chinas sei und es deshalb erforderlich wäre, daß die Sowjetunion wegen der von Dekanossov geforderten Ölkonzession in Sinkiang direkt mit Tschungking verhandele. In seiner Ant-

⁴⁰⁾ Text des Briefes von Scheng Schi-ts'ai an Chiang Kai-shek vom 7. Juli 1942, ebenda, S. 64 ff.

⁴¹⁾ Nach Angaben von Li Chang, a. a. O. (Anm. 26).

⁴²⁾ Nach der Photokopie des Originals des russischen Entwurfs in: Sowjetische Wirtschaftsaggression in Sinkiang (Anm. 38), S. 82 ff.

⁴³⁾ Text des Briefes Shengs an Chiang Kai-shek, a. a. O. (Anm. 40), S. 61 f.

⁴⁴⁾ Der Briefwechsel zwischen Sheng und Molotov wird erwähnt bei Li Chang, a. a. O. (Anm. 26).

wort an Scheng vom 20. August 1942 erklärte sich Molotov notgedrungen damit einverstanden. Daraufhin fanden in der Zeit vom Oktober 1942 bis März 1943 ausgedehnte Verhandlungen des sowjetischen Botschafters in China, Panjuškin, mit den zuständigen chinesischen Stellen in Tschungking statt; sie führten jedoch zu keinem greifbaren Ergebnis.

Scheng ging noch einen erheblichen Schritt weiter: Er kündigte das Abkommen vom 26. November 1940 und verlangte den sofortigen Abzug der sowjetischen Techniker aus Sinkiang. Außerdem ließ er eine ganze Reihe von kommunistischen und linksorientierten Beamten seines eigenen Verwaltungsapparates verhaften. Diese Ereignisse ließen der Sowjetunion kaum eine andere Wahl, als den Rückzug aus Sinkiang anzutreten. Am 10. April 1943 teilte der sowjetische Generalkonsul in Urumtschi Scheng mit, daß die Arbeiten an den Zinngruben eingestellt, das technische Personal abgezogen und die installierten Maschinen demontiert werden sollten. Gleichzeitig brach Panjuškin die Verhandlungen in Tschungking über die Erteilung von Erdölkonzessionen ab und kündigte den Abbau aller Installationen in Tu-Schantse an — einschließlich der Bohrtürme und der Raffinerieanlagen. Er teilte ferner mit, daß die Handelsgesellschaft „Sovsintorg“ ihre Tätigkeit einstellen, die sowjetischen Berater abziehen und auch das in Hami stationierte sowjetische Regiment in die Äußere Mongolei verlegt werden würde.

In der letzten Phase des sowjetischen Rückzuges aus Sinkiang⁴⁵⁾ boten die Sowjets am 2. November 1943 der Zentralregierung den Verkauf der nicht abtransportierten Bohranlagen für insgesamt zwei Millionen Dollar und der Gebäude für 490 000 Dollar an. Der Gesamtkaufpreis für Anlagen und Gebäude wurde schließlich auf den Betrag von 1,7 Millionen Dollar reduziert, den die chinesische Zentralregierung auf das Konto der sowjetischen Staatsbank bei der Chase National Bank in New York einzahlte. Damit war gewissermaßen der „Schlußpunkt“ hinter dieses Kapitel der sowjetischen Sinkiang-Politik gesetzt: Sinkiang stand praktisch zum ersten Mal wieder seit 1912 — also seit Yang Tsen-hsins Amtsantritt — unter der vollen und unmittelbaren Kontrolle der chinesischen Zentralregierung.

⁴⁵⁾ Die folgenden Angaben gleichfalls bei Li Chang, a. a. O. (Anm. 26).

4. Muslimische Aufstände und erneute sowjetische Intervention

Wie wenig aber das grundsätzliche Interesse der Sowjetregierung an Sinkiang durch diesen „Rückzug“ beeinträchtigt wurde, sollte sich bereits erweisen, nachdem der Sieg über Deutschland im Zweiten Weltkrieg praktisch feststand, die Sowjetunion also gewissermaßen auch innerhalb der Koalition mit den übrigen Kriegsgegnern Deutschlands vor dem Höhepunkt ihrer Macht stand. Mit dieser Entwicklung war, daran muß auch in diesem Rahmen noch einmal erinnert werden, die an anderer Stelle^{45a)} ausführlicher behandelte bedingte Liberalisierung in der Religionspolitik im allgemeinen und in der Islampolitik im besonderen unmittelbar verbunden.

Ob die erneute Aktivierung der sowjetischen Sinkiang-Politik auch mit diesen Vorgängen innerhalb der Sowjetunion in Beziehung zu bringen ist, läßt sich heute nicht mehr oder vielleicht erst dann klären, wenn entsprechendes Archivmaterial ausgewertet werden kann. Die Möglichkeit eines solchen Zusammenhangs darf jedoch nicht ausgeschlossen werden: Bereits im Februar 1944 begann mit der Rebellion der Kasachen-Stämme unter ihrem Führer Usman Batur die letzte große Aufstandsbewegung der Muslime in Sinkiang vor der Machtergreifung Mao Tse-tungs (1. Oktober 1949). Sie war durch die gleichen Merkmale geprägt, die bis dahin immer Ausgangspunkt und Kern der Muslimaufstände in Zentralasien gewesen waren, nämlich durch das Streben nach einer möglichst weitgehenden Autonomie zwischen den beiden Großmächten in West und Ost. Aufstandsbewegungen in Sinkiang haben sich — wie gezeigt wurde — immer dann geradezu von selbst entzündet, wenn entweder die chinesische Zentralregierung ihre Souveränität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln praktiziert hat oder aber wenn durch die politischen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands bzw. der Sowjetunion eine zu starke Bindung an die Politik Moskaus befürchtet werden mußte. Insofern befand sich Sinkiang eigentlich permanent in der Gefahr, Spielball im Konflikt der Machtinteressen beider Länder zu sein.

Auch in der Aufstandsbewegung Anfang 1944 spiegelt sich dieses Spannungsverhältnis deutlich wider. Sie wurde ausgelöst durch die Un-

^{45a)} Hans Bräker, Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion, S. 121 ff.

zufriedenheit der muslimischen Bevölkerung mit der Politik der chinesischen Zentralregierung und bot damit indirekt auch der Sowjetunion einen Ansatzpunkt zur erneuten Beeinflussung der weiteren Entwicklung Sinkiangs. Die rebellierenden Kasachen-Stämme unter Usman Batur waren mit Waffen und Munition ausgerüstet, die von der Sowjetunion geliefert worden waren. Sie wurden unterstützt von mongolischen Truppen unter Führung von sowjetischen Offizieren und durch die sowjetische Luftwaffe, die von der Äußeren Mongolei aus mehrere schwere Bombenangriffe gegen die chinesischen Regierungstruppen flogen. Ohne diese Hilfeleistung wäre die völlige Vernichtung von drei chinesischen Regimentern durch Usman Batur und seine kasachischen Truppen kaum denkbar gewesen.

Die Sowjetunion hat aus ihrem Eingreifen zugunsten Usman Batur auch keinen Hehl gemacht. Sie rechtfertigte es, indem sie die in Sinkiang stationierten chinesischen Truppen beschuldigte, die territoriale Integrität der Äußeren Mongolei verletzt zu haben⁴⁶⁾. In einer TASS-Verlautbarung zu diesen Ereignissen wurden sogar weitere „Gegenmaßnahmen“ angedroht⁴⁷⁾. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die angeblichen Übergriffe chinesischer Truppen wurde darin wörtlich festgestellt: „... deshalb wird sich die Sowjetregierung gezwungen sehen, der Regierung der Mongolischen Volksrepublik jede notwendige Hilfe und Unterstützung zu gewähren“.

Der Zeitpunkt der erneuten Intervention in Sinkiang war von der Sowjetregierung außerordentlich geschickt gewählt worden: In den USA hatte die „Russophilie“ in dieser Zeit ihren Höhepunkt erreicht. Für Roosevelt und seine Regierung hatte der Krieg in Europa und die zu seiner Beendigung unabdingbare

Kooperation mit der Sowjetunion absoluten Vorrang. Deshalb unternahm er auch jeden Versuch, den Ausbruch von Konflikten unter seinen Verbündeten — in diesem Fall zwischen China und der Sowjetunion — mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Diesem Zweck diente auch die Reise, welche in seinem Auftrag der amerikanische Vizepräsident, Henry A. Wallace, vom 20. Mai bis 10. Juli 1944 unternahm; sie führte ihn zunächst in die Äußere Mongolei, dann nach sowjetisch Zentralasien, von hier auch nach Urumtschi, wo er mit Scheng Schi-ts'ai konferierte⁴⁸⁾, und schließlich nach Nanking zu ausführlichen Gesprächen mit Chiang Kai-shek. Den Zweck dieser Reise in die chinesisch-sowjetischen Grenzgebiete und nach China präziserte Wallace in einer ausführlichen Darstellung ihres Verlaufs. Roosevelt „wollte sich auf diesem Wege“, so schreibt er wörtlich⁴⁹⁾, „eine Meinung darüber bilden, inwieweit etwaige künftige Grenzkonflikte zwischen China und Rußland sich auf ein Minimum reduzieren lassen“.

Daß die Abberufung Scheng Schi-ts'ais im Juli 1944 nach Tschungking, wo er ein Ministerium übernahm, weitgehend auf den Einfluß von Wallace zurückzuführen ist, dürfte kaum zweifelhaft sein. Weder der Bericht von Wallace noch die ausführliche Darstellung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses von Chiang Kai-shek⁵⁰⁾ geben allerdings darüber Auskunft, ob dieser Akt eine direkte Folge der Reise von Wallace war. Dieser Schluß läßt sich jedoch indirekt aus den (von John Carter Vincent verfertigten) Protokollen über die zwischen Wallace und Chiang Kai-shek geführten Gespräche ziehen. Sie zeigen deutlich, wie sehr Wallace den chinesischen Staatspräsidenten von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte, durch Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion den Frieden vor allem in den zentralasiatischen Grenzgebieten zu sichern. Die Protokolle zeigen auch in sehr eindrucksvoller Weise, daß damals Chiang Kai-sheks nachdrückliche Warnung vor einem zu großen Vertrauen in die Sowjetunion und in die chi-

⁴⁶⁾ Grundlage für das sowjetische Eingreifen war das am 12. März 1936 in Ulan Bator zwischen der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik unterzeichnete „Protokoll über den gegenseitigen Beistand“ (Text bei J. Degras, a. a. O., Bd. III, S. 168, und L. Shapiro, a. a. O., Bd. II, S. 162), gegen das China im übrigen am 7. April 1936 scharfen Protest erhob (Izvestija vom 9. April 1936), sowie die im Rahmen des am 13. April 1941 in Moskau unterzeichneten sowjetisch-japanischen „Neutralitätspaktes“ abgegebene „Gemeinsame Erklärung über die territoriale Integrität von Mandschukuo und der Mongolischen Volksrepublik“ (Text: J. Degras, a. a. O., Bd. III, S. 486).

⁴⁷⁾ TASS vom 3. April 1944; zitiert nach Li Chang, a. a. O. (Anm. 26).

⁴⁸⁾ In seinem Buch: Sondermission in Sowjet-Asien und China, Zürich 1947, (Übers. aus dem Engl.: Soviet Asia Mission) berichtet Wallace darüber allerdings mit keinem Wort.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 15.

⁵⁰⁾ Tschiang Kai-shek, Sowjetrußland in China, Bonn 1959 (Übers. aus dem Englischen: Soviet Russia in China).

nesischen Kommunisten beim amerikanischen Vizepräsidenten auf Unwillen stieß⁵¹⁾.

Die Abberufung Schengs führte jedoch nicht zu der offensichtlich von den Amerikanern erwarteten Beruhigung in Sinkiang, sondern schuf vielmehr die Voraussetzungen für eine noch unbehinderte Entfaltung der sowjetischen Aktivität in Zentralasien. Bereits am 7. November 1944 brach eine neue Rebellion unter der muslimischen Bevölkerung in Kuldscha, also dicht an der sowjetischen Grenze, aus. Sie entwickelte sich wiederum sehr schnell zu einer Aufstandsbewegung, der sich auch die muslimischen Uiguren anschlossen und die starken Zuzug von jenseits der Grenze aus der Sowjetunion erhielt. Die Soldaten der chinesischen Garnison wurden zum Rückzug gezwungen; die Truppen der muslimischen Aufständischen konnten erst rund 100 km vor Urumtschi aufgehalten werden. Damit war die Kontrolle der Sowjetunion über die mit reichen Bodenschätzen ausgestatteten Gebiete Ili, Tatischen und Altai wiederhergestellt. In Urumtschi wurde unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der nichtchinesischen Bevölkerung die „Republik von Ostturkestan“ proklamiert. An der Spitze ihrer Regierung stand mit Achmed Dschan — sein russischer Name war Kassymov —, ein sowjetischer Staatsbürger⁵²⁾.

Die Versicherung der sowjetischen Regierung in dem mit China am 14. August 1945 geschlossenen Freundschafts- und Bündnisvertrag⁵³⁾,

⁵¹⁾ S. hierzu: o. V., *United States Relations with China. With Special Reference to the Period 1944 to 1949*, Washington, D. C. 1949; Beschreibung der Mission, S. 55 ff.; vollständige Texte der Gesprächsprotokolle S. 549—560; aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Kommentar von Wallace zur Abberufung von Scheng durch Chiang Kai-shek in seinem Buch (S. 135): Der Grund für die Versetzung, so schreibt er hier, sei die „Blödheit“ gewesen, mit der er in seiner Provinz eine „Antisowjetstimmung“ entfachte. Den Rückzug der Russen 1943 aus Sinkiang kommentierte er im übrigen mit folgenden Worten: „... angesichts der Antisowjet-Intrigen in Sinkiang zogen sich die Russen, um einen offenen Bruch mit Tschung King zu vermeiden, zurück.“

⁵²⁾ Vgl. zu diesen Vorgängen D. Dallin, *Soviet Russia and the Far East*, New Haven 1948, insbes. S. 366 ff.

⁵³⁾ Text des Freundschafts- und Bündnis-Vertrages in: *Sovetsko-Kitajskie otnošenija 1917—1957 gg.* (Anm. 13), S. 196. S. hierzu auch: G. F. Hudson, *The Sino-Soviet Alliance, Treaty of 1945*, St. Antony's Papers, Nr. 2, London 1957, S. 13 ff. Im Rahmen dieses Vertrages fand am gleichen Tage auch ein „Notenwechsel über sowjetische Hilfeleistungen, über die Mandschurei und Sinkiang“ statt (Text: Ebenda, S. 205). Der Vertrag wurde von der Regierung (National-)Chinas erst am 25. Februar 1953 für nichtig erklärt.

sie habe „im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge in Sinkiang nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen“, war angesichts der auf diese Weise vorgenommenen Absicherungen des sowjetischen Einflusses belanglos. Sie war eher von der durchaus richtigen Überzeugung getragen, daß die Kuomintang zu dieser Zeit schon nicht mehr in der Lage war, ihrem staatsrechtlich legitimen Souveränitätsanspruch in Sinkiang Geltung zu verschaffen. Eine höchst aufschlußreiche Darstellung der sowjetischen Politik dieser Zeit in Ostturkestan hat der Kasachenfürer Usman Batur gegeben⁵⁴⁾, der zunächst mit den Ili-Rebellen zusammengearbeitet, dann aber im April 1946 mit ihnen gebrochen und sich wieder auf die Seite der chinesischen Zentralregierung gestellt hatte:

„Am 6. September 1945“, so stellt er in seinem Bericht fest⁵⁵⁾, „trafen 6 000 Mann der Ili-Truppen in Tschenghua, der Hauptstadt des Altai-Gebietes, ein. Sie trugen russische Uniformen und sprachen auch Russisch ... Sie holten mich zu einer Konferenz nach Ili und verlangten von mir, ich solle meine sämtlichen Kasachen-Verbände nach Ili verlegen, während sie selbst die Garnisonen des Altai-Gebietes besetzen wollten. Dies lehnte ich ab. ... Die Ili-Leute beschlagnahmten auch im Büro der Aschan-Goldgruben 28 600 Unzen Gold, die von Rechts wegen der Regierung gehören. Jetzt haben die Russen die Ausbeutung der Gold- und Wolframgruben des Altai übernommen und steigern von Tag zu Tag die Förderleistung.“

Die unmittelbare Folge des Bruchs von Usman Batur und seiner Kasachen mit der sowjetisch gesteuerten Politik war die sogenannte „Peitachan-Affäre“, die hier wenigstens erwähnt werden muß: Als Usman Batur sich zum Rückzug nach Peitachan (Baitik Bogda) gezwungen sah, wurden Truppen der Äußeren Mongolei zu seiner Verfolgung eingesetzt. Ihre Unterstützung übernahmen Formationen der mongolischen Luftwaffe, die am 5. Juni 1947 die chinesischen Positionen in Peitachan mit Bomben belegten. Ein Protest des chinesischen Außenministeriums gegen diese „Peitachan-Affäre“ wurde von der Sowjetunion scharf als nicht den Tatsachen entsprechend und als „eine provokatorische Entstellung“ zurückgewiesen. Wenn dennoch, trotz dieses Dementis, die Kämpfe

⁵⁴⁾ S. hierzu und zum Folgenden: Jan Morrison, *Some Notes on the Kasakhs of Sinkiang*, in: *Royal Central Asian Journal*, January 1949.

⁵⁵⁾ Ebenda, S. 70.

fortgesetzt wurden, so dürfte dafür die Erklärung vor allem darin zu suchen sein, daß dieses rund 200 km von der Grenze der Äußeren Mongolei entfernt liegende Gebiet reiche Uranium-Vorkommen aufwies.

Schließlich sind hier noch eine Anzahl überraschender Luftangriffe auf chinesische Sicherheitsposten und Dörfer im chinesischen Pamirgebiet und der Südwestgrenze von Sinkiang entlang zu erwähnen. Sie wurden von Flugzeugen ausgeführt, die von dem sowjetischen Militärflugplatz Qizil Rabat in Tadschikistan starteten⁵⁶⁾. Auch in diesem Falle hatten sich die Sowjets Aufstände muslimischer Tadschiken in Sinkiang zunutze gemacht, die Kaschgar bedrohten, Kaghilik (Jehtscheng) besetzten und Jarkand (Satsche) zu erobern versuchten. Einem Bericht des britischen Generalkonsuls von Kaschgar zufolge⁵⁷⁾ waren die Aufständischen nicht nur mit Waffen und Munition aus der Sowjetunion ausgerüstet, sondern auch durch Truppenverbände verstärkt, die vor allem aus muslimischen Tadschiken der Sowjetunion gebildet worden waren. Ob diese Aufstandsbewegungen von der Sowjetunion inspiriert oder noch zusätzlich „angeheizt“ wurden, läßt sich nur schwer nachweisen. Daß sie aber den ökonomischen Interessen der Sowjetunion in Sinkiang weit entgegenkamen, ist daran zu erkennen, daß in den Gebieten, die sich der Kontrolle der Provinzialregierung in Urumtschi und der chinesischen Zentralregierung entzogen, die Ausbeutung der Ölfelder und der Wolframgruben sofort wieder aufgenommen wurde⁵⁸⁾.

Nach dem Kriege war die chinesische Zentralregierung offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Entwicklung in Sinkiang ernsthaft zu beeinflussen. Die ganz auf sich gestellte Provinzialregierung sah sich deshalb auch gezwun-

⁵⁶⁾ Nach N. L. D. McLean, *The New Dominion*, in: *Royal Central Asian Journal*, April 1948, S. 133.

⁵⁷⁾ Eric Shipton, *Mountains of Tataria*, London 1950, S. 52 f.; ferner auch Diana Shipton, *Antique Land*, London 1950, S. 129.

⁵⁸⁾ Nach Li Chang, a. a. O., der sich allerdings auf nicht weiter belegte „Berichte, die dem chinesischen Verteidigungsministerium im Jahre 1948 zugingen“, beruft, entwickelte sich die Situation in den Wolframgruben der Bezirke Wentschuan und Polo folgendermaßen: 1945 förderten 3000 Arbeiter 150 t; 1946 10 000 Arbeiter 450 t; 1946 20 000 Arbeiter 1000 t. In den Bezirken Fujun und Tschenghua an der mongolischen Grenze waren über 1000 sowjetische Techniker, 3000 Arbeiter und 120 bewaffnete Wachmannschaften eingesetzt. Außer den Zinn- und Wolframlagern wurden Diamanten-, Gold-, Wismut-Beryll-, Talkum-, Asbest-, Gips- und Quecksilbervorkommen gefunden.

gen, Verhandlungen mit der in Kuldscha gebildeten Regierung der „Republik von Ostturkestan“ aufzunehmen. Sie führten im Sommer 1946 dazu, daß die Führer der Kuldscha-Gruppe, nachdem sie liberale Verwaltungsreformen durchsetzen konnten, in die Provinzialregierung von Urumtschi eintraten, deren Vorsitz zunächst der chinesische General Tschang Tschu-tschung übernahm. Er wurde später durch den Uiguren Masud Sabri, den ersten Nichtchinesen seit Yakub Bek, und dann schließlich im Dezember 1948 durch Burchan, einen weiteren Nichtchinesen, ersetzt, blieb aber dennoch Mitglied der Provinzialregierung von Urumtschi.

Wie ohnmächtig die chinesische Zentralregierung dieser Entwicklung gegenüberstand, zeigt, daß die der sowjetischen Regierung am 4. November 1946 unterbreiteten Vorschläge für eine Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sinkiang und der Sowjetunion bis zum Ende Januar 1949 überhaupt nicht beantwortet wurden. Auch der am 24. Januar 1949 vom sowjetischen Generalkonsul in Kaschgar der Provinzialregierung in Urumtschi unter Mißachtung der Zuständigkeit der Zentralregierung vorgelegte Entwurf für ein dreijähriges Handelsabkommen charakterisiert das damals immer stärkere Schwinden der Macht der Kuomintang. Darin verlangte die Sowjetunion das Vorrecht des unbeschränkten Ex- und Imports von und nach Sinkiang ohne entsprechende Gegenleistungen. In ihm wurde ferner der Abschluß eines neuen, auf fünfzig Jahre befristeten Vertrages über die Bildung gemischter chinesisch-sowjetischer Gesellschaften zur Erforschung und Ausbeutung der Mineral- und Erdölvorkommen Sinkiangs ange-regt. Die Sowjetunion verlangte die Beteiligung an der Ausbeutung nicht nur der bekannten, sondern auch der damals noch unbekannt-ten Rohstoffvorkommen. Schließlich sah der Vertragsentwurf noch vor, daß die Generaldirektoren sämtlicher zu bildenden gemischten Gesellschaften von der sowjetischen Regierung benannt werden sollten⁵⁹⁾.

Wie schon die Tatsache zeigt, daß die chinesische Zentralregierung der Sowjetunion am 4. November 1946 Wirtschaftsverhandlungen angeboten hatte, war zwar auch China durch-

⁵⁹⁾ Nach Li Chang, a. a. O. (Anm. 26), der sich auf ein ausführliches „Telegramm des Außenkommis-sariats von Urumtschi an das chinesische Außenministerium“ beruft, für das er allerdings keinen weiteren Beleg angibt.

aus an der Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sinkiang und dem westlichen Nachbarn ernsthaft interessiert, wollte diese Ausweitung aber nicht mit der Abtretung der Hälfte aller Erdöl- und Mineralvorkommen von Sinkiang „bezahlen“. Die Verhandlungen über den sowjetischen Entwurf in den Monaten März bis August 1949 verliefen deshalb auch sehr zähflüssig. Sie wurden dann schließlich beendet, nachdem im Septem-

ber 1949 Tschang Tschu-tschung und Vertreter der Kuldsha-Gruppe an der von der Kommunistischen Partei Chinas nach Peking einberufenen Versammlung des politischen Volksrates teilgenommen hatten und am 25. und 26. September 1949 zunächst die militärische und dann auch die politische Führung Sinkiangs die Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung abbrach und formell in das kommunistische Lager übertrat.

IV. Sinkiang und der sowjetisch-chinesische Konflikt

1. Die Periode des Übergangs bis 1955

Am 17. Dezember 1949 wurde in Urumtschi eine provisorische Volksvertretung eingesetzt. Für die Konfrontation der Sowjetunion und Chinas in Zentralasien hatte die Machtübernahme Mao Tse-tungs in China weitreichende Konsequenzen, deren volle Bedeutung jedoch erst in der jüngsten Vergangenheit hervortraten.

a) Das sowjetisch-chinesische Vertragssystem von 1950

Zunächst mußte der Eindruck entstehen, daß der Sowjetunion ohne große Schwierigkeiten von der Kommunistischen Partei Chinas zugestimmt wurde, was sie der Nationalregierung in den zähen Verhandlungen seit Ende Januar 1949 nicht abringen konnte. Nach dem zweimonatigen Aufenthalt von Mao Tse-tung in Moskau wurde zwischen beiden Ländern ein Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspakt abgeschlossen⁶⁰⁾. Zu den vorausgegangenen Verhandlungen war am 30. Januar 1950 auch eine Delegation aus Sinkiang unter Leitung von Saif ad-Din (Saifuddin), dem stellvertretenden Vorsitzenden der neuen Provinzialverwaltung in Urumtschi, hinzugezogen worden.

Am 27. März 1950 wurde in Moskau ein Abkommen mit dreißigjähriger Laufzeit über die Bildung von zwei gemischten sowjetisch-chinesischen Gesellschaften für die Erdölgewinnung

⁶⁰⁾ Text des von Višinskij und Tschu En-lai unterzeichneten „Vertrages über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand“ in: Sovetsko-Kitajskie otnošenija 1917—1957 gg. (Anm. 13), S. 219. Mit dem Vertrag verbunden waren eine Reihe von Zusatzabkommen und Notenwechsel, so z. B. über die Nichtigkeitserklärung des Freundschafts- und Bündnisvertrages vom 14. August 1945 (Wortlaut: Izvestija vom 15. Februar 1950).

und den Abbau von Edel- und Buntmetallen abgeschlossen⁶¹⁾. In diesem Abkommen wurde der Sowjetunion die Hälfte der Mineral- und Erdölförderung Sinkiangs zugesprochen. Praktisch kam das einem Verzicht Chinas auf die volle Souveränität in Sinkiang gleich — ein Ziel, das die Sowjetunion bereits mit dem Vertragsentwurf vom 24. Januar 1949 angestrebt hatte.

Das ganze Ausmaß der Verpflichtungen und Bindungen, zu denen China in diesen Verhandlungen in bezug auf Sinkiang gezwungen wurde, ist bis heute nicht bekanntgeworden. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß es weit über das am 27. März 1950 geschlossene Abkommen hinausgegangen ist. So soll etwa — einer indischen Quelle zufolge⁶²⁾ — die Sowjetunion ein Geheimabkommen mit der Volksrepublik China erzwungen haben, durch das sie sich die Kontrolle über alle Uran-Vorkommen in Sinkiang sicherte. Die betreffenden Fördergebiete sollen nach dieser Quelle sogar zu „Sperrzonen“ erklärt worden sein, zu denen nur sowjetische Wissenschaftler, Techniker und Facharbeiter Zutritt hatten. Die gewonnenen Uranerze sollen einer entsprechenden Verarbeitungsstätte im sowjetischen Teil Zentralasiens zugeführt worden sein.

Die Erklärung für dieses, einem weitgehenden Souveränitätsverzicht in Sinkiang gleichkommenden „Entgegenkommen“ Chinas, das im übrigen auch eine umfangreiche Säuberung Sinkiangs von führenden Repräsentanten der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen er-

⁶¹⁾ S. hierzu: Sovetsko-Kitajskie otnošenija 1917 bis 1957 gg (Anm. 13), S. 227, in: Izvestija vom 29. März 1950.

⁶²⁾ Amar Lahiri, Communist New Deal in Sinkiang, in: United Asia, Nr. 2/1950, S. 141 ff.

mögliche⁶³⁾, läßt sich nur darin finden, daß für die Kommunistische Partei Chinas unmittelbar nach Übernahme der Regierungsgewalt die Stabilisierung ihrer Macht absoluten Vorrang hatte. Insofern dürfe die neue kommunistische Regierung in der „Sowjetisierung“ Sinkiangs angesichts der vor ihr liegenden Aufgaben zunächst wohl das kleinere Übel gesehen haben. Daß für die Regierung in Peking damit kein endgültiger Souveränitätsverzicht im chinesischen Teil Zentralasiens verbunden war, haben nicht erst die wortstarken Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern in der jüngsten Vergangenheit, sondern schon die Maßnahmen zur Beruhigung und Stabilisierung der politischen Situation gezeigt, die sie — ungeachtet der sowjetischen ökonomischen Durchdringung Sinkiangs — schon in dieser Zeit durchgeführt hat: Bereits unmittelbar nach dem 1. Oktober 1949 wurde der nationale Sonderstatus Sinkiangs innerhalb Chinas anerkannt⁶⁴⁾. Für diejenigen Gebiete, die nur eine einzige nationale Mehrheit besitzen oder die zwei oder mehrere nationale Minderheiten haben, wurde ein „autonomes Recht“ gefordert. Diese Forderung führte bis Ende 1954 zur Bildung eines dunganischen,

eines kirgisischen, eines uigurischen und eines kasachischen Autonomen Distriktes (Tschou) innerhalb Sinkiangs⁶⁵⁾.

Diese Aufgliederung entsprach den ethnischen Gegebenheiten des Landes. Sie trug — beabsichtigt oder unbeabsichtigt — auch den Unterschieden und der Differenzierung der sich jeweils entweder gegen Rußland oder China richtenden Autonomiebestrebungen der muslimischen Bevölkerung Sinkiangs Rechnung. Diese Maßnahme, die insgesamt gesehen die sowjetische Politik vor größere und schwierigere Aufgaben stellte, schuf die Voraussetzungen für eine erneute — und nun endgültige — Sinisierung, das heißt für die Wiederherstellung bzw. Stärkung der Autorität der chinesischen Zentralregierung in Sinkiang. Diese Politik führte am 1. Oktober 1955 schließlich zur Zusammenfassung des chinesischen Zentralasiens mit der Bezeichnung „Uigurisches Autonomes Gebiet Sinkiang“; zum Gouverneur wurde der stellvertretende Gouverneur Saif ad-Din (Saifuddin) ernannt.

b) Die chinesische Islam-Politik der „ersten Stunde“

Ein weiteres Mittel zur festen Bindung Sinkiangs an China und damit zur Begegnung der Sowjetisierung Ostturkestans ist in der relativ milden Islam-Politik der Jahre bis Mitte 1955 zu erkennen⁶⁶⁾. Die kommunistische Partei- und Staatsführung Chinas hatte sich bei ihrer Islam-Politik zunächst von der Erkenntnis leiten lassen, daß jeder Versuch, die Bräuche des täglichen Lebens der islamischen Bevölkerung zu ändern, von dieser als Versuch hätte ausge-

⁶³⁾ Das Ausmaß der Säuberungsmaßnahmen läßt sich z. B. an folgenden Meldungen ermes sen: (zitiert nach B. Hayit, Das Vorgehen der Sowjets im Orient, Beilage B XXVII/55 zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 6. Juli 1955): Am 24. August 1951 gab Radio Urumschi bekannt, daß in Anwesenheit von 90 000 Menschen in Urumschi Usman Batur und 25 seiner führenden Mitkämpfer demonstrativ gehängt wurden. Am 28. April 1951 erklärte der Sekretär der Kommunistischen Partei Ostturkestans, Scho Li-hin, es seien 13 569 Anhänger Usman Batur, 889 Angehörige der Einheiten von Muhammed Niyaz (einer der Führer des Kampfes) und 300 Anhänger von Masus Sabri, der noch 1949 von den Kommunisten zunächst zum Gouverneur ernannt, am 8. April 1951 dann aber wegen Unterstützung der Nationalisten verhaftet worden war, vernichtet worden. Nach Scho Li-hin waren seit der Machtübernahme der Kommunisten in China 30 nationale Organisationen in Sinkiang aufgedeckt worden. In einer Radioansprache erklärte der ehemalige Gouverneur von Sinkiang, Burchan, wörtlich: „Im Laufe von drei Jahren wurde die Antirevolutionsbewegung unterdrückt. Die Säuberung unserer öffentlichen Einrichtungen von aufständischen Banditen, nationalistischen Feinden und Anhängern der Imperialisten wurde mit Erfolg durchgeführt. Es ist uns gelungen, von diesen Volksfeinden 120 000 zu vernichten.“ Nach Angaben der Zeitschrift „Milli Türkistan“ (Nr. 75/1951, S. 8 f.) haben in dieser Zeit zwischen den Aufständischen und kommunistischen Truppen 66 Kampfhandlungen stattgefunden.

⁶⁴⁾ Nach B. Hayit, a. a. O. (Anm. 63) gingen die Kommunisten davon aus, daß in Ostturkestan insgesamt 14 „Nationen“ leben.

⁶⁵⁾ Sovetskaja Kirgizija teilte am 18. November 1954 mit, daß in Ostturkestan ein dunganisches und kirgisches autonomes Gebiet entstanden sei und die Bildung eines uigurischen und kasachischen autonomen Gebietes bevorstehe. Nach Hsinhua vom 1. Dezember 1954 wurde das kasachische autonome Gebiet bereits am 28. November 1954 gebildet. Es umfaßte Kuldscha, Tarbagatai und Altai.

⁶⁶⁾ Über die chinesische Religions- und insbesondere die Islam-Politik gibt es bis heute keine größeren Untersuchungen. Einige Anhaltspunkte bieten der bereits erwähnte Aufsatz von S. Chandra Särker (Anm. 3) und Chan Wing-tsit, Religious Trends in Modern China, New York 1953. Die folgende Darstellung der chinesischen Islam-Politik der „ersten Stunde“ basiert vor allem auf drei kleineren Arbeiten: Yang I-fan, Islam in China, Hong Kong 1957; ders., Unruhe unter den Muslimen in der Chinesischen Volksrepublik, in: R. Italiaander (Hrg.), Die Herausforderung des Islams, Göttingen—Berlin—Frankfurt 1965; O. V., Moslem Unrest in China, Hong Kong 1958.

legt werden können, den Glauben anzugreifen und ihn auszurotten. Daraus hätten sich schwerwiegende Folgen ergeben: Eine Unterdrückung der islamischen Minderheiten im eigenen Land hätte notwendigerweise die Beziehungen zu den islamischen Ländern des Vorderen und Mittleren Ostens sowie Südostasiens erheblich verschlechtern müssen.

Wie in der Sowjetunion wurden zunächst auch in China Funktionäre der Kommunistischen Partei in die Minderheitsgebiete geschickt, um die Muslime für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Durch Überredung und mit psychologischen Mitteln sollten sie geschult und gewissermaßen „transformiert“ werden.

Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde die Islam-Politik auch in China durch die Umsiedlung von Han-Chinesen in die durch muslimische Nomaden nur sehr spärlich besiedelten Gebiete Sinkiangs unterstützt. Den Vorwand für dieses Vorgehen lieferte die Tatsache, daß die reichen Rohstoffvorkommen Sinkiangs zwar bekannt waren, aber nur von chinesischen Experten erschlossen werden konnten. Parallelitäten zur sowjetischen Religionspolitik der „ersten Stunde“ in Zentralasien lassen sich in China auch im Zusammenhang mit der Landreform feststellen. Durch sie wurden die Religionsgemeinschaften unmittelbar getroffen, da sie mehr oder weniger große Ländereien besaßen. Bei der Enteignung des Landbesitzes wurden jedoch die Muslime im Unterschied zu den anderen Religionsgemeinschaften insofern bevorzugt, als ihnen das den Moscheen gehörende Land im allgemeinen zur Bewirtschaftung überlassen blieb.

Dafür daß solche Maßnahmen mit religiöser Toleranz nur wenig zu tun hatten, lassen sich eine ganze Reihe von Beispielen anführen: Bereits Anfang 1952 wurde in Shanghai eine neue chinesische Koranübersetzung unter dem Titel „Umriß und besondere Kennzeichen des Korans“ herausgegeben, in der nur diejenigen Suren und Verse Berücksichtigung fanden, die geeignet waren, die Richtigkeit der kommunistischen Lehre zu beweisen. Mit dieser Übersetzung wurde gewissermaßen der Versuch unternommen, die Lehre des Islams dem Schema des marxistisch-leninistischen Dogmas anzupassen. Diese Maßnahme wurde ferner durch die Einrichtung besonderer islamischer Lehrinstitute unterstützt. In ihnen wurden sowohl die Geistlichen wie auch die Kinder auf

der Grundlage der neuen Koran-Übersetzung ausgebildet und unterrichtet, einer Islam-Version also, die den Zielsetzungen und Bedürfnissen des kommunistischen Staates angepaßt war.

Schließlich muß hier auch noch die Gründung zweier zentraler islamischer Organisationen erwähnt werden, der „Chinesischen Islamischen Gesellschaft“ und des „Hui-Kulturvereins“ — ein Unternehmen, durch das es der chinesischen Partei- und Staatsführung möglich war, das religiöse, soziale, ökonomische und politische Leben der islamischen Minderheiten Chinas im Sinne ihrer innenpolitischen Zielsetzungen zu beeinflussen, zumindest aber unter ständiger Kontrolle zu halten. Darüber hinaus wurden diese Organisationen vor allem zur Herstellung und Pflege der Verbindungen mit den islamischen Ländern eingesetzt, ein außerordentlich wirksamer Schachzug, auf den nicht zuletzt die Erfolge der chinesischen Außenpolitik im Vorderen Orient, in Afrika und in Südostasien bis 1963/64 zurückgeführt werden müssen.

Die relativ entgegenkommende chinesische Islam-Politik stand keineswegs im Widerspruch zur offiziellen Religionsauffassung der marxistisch-leninistischen Doktrin, deren letztes Ziel natürlich die Vernichtung der Religion und des religiösen Bewußtseins bei der Bevölkerung war und ist. Aber in ihr wird dennoch eine — wenn auch zeitlich begrenzte — wesentlich mildere Behandlung des Islams etwa dem Christentum gegenüber erkennbar; dies gilt im übrigen nicht nur für den Islam, sondern auch für den Buddhismus.

2. Rückzug der Sowjetunion und Isolierung Sinkiangs

Alle diese Maßnahmen der neuen chinesischen Regierung bis 1955 waren durchaus dazu angehtan, die Sowjetisierung des Landes in der Zeit der unvermeidbaren Prädominanz der Sowjetunion in Sinkiang einzuschränken, wenn nicht ihr sogar entgegenzuwirken. Sie waren aber keineswegs das Zeichen für ein prinzipiell tolerantes Verhältnis zur Religion und insbesondere zum Islam oder sogar für die Bereitschaft, der muslimischen Bevölkerung eine echte Autonomie innerhalb der Volksrepublik China zu gewähren. Dies zeigte sich bereits deutlich 1955 nach dem Rückzug der Sowjets

aus Sinkiang⁶⁷⁾. Denn die daraus resultierende Festigung der kommunistisch-chinesischen Herrschaft war mit einer spürbaren Verschärfung der Politik der Pekingener Zentralregierung verbunden. Aus der Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses ergab sich nun eindeutig, daß die gegen die islamischen Nationalitäten gerichteten Maßnahmen von jetzt an ausschließlich von der Kommunistischen Partei Chinas ausgingen.

a) Neubelebung

des organisierten Widerstandes

Die Beobachtung der inneren Entwicklung Sinkiangs durch Außenstehende wurde dadurch wesentlich erschwert, als von nun an der Informationsfluß durch Regierung und Partei der Volksrepublik China ganz nach Ermessen gestaltet werden konnte. Über die Vorgänge in Sinkiang läßt sich deshalb für die Periode von 1955 bis etwa 1963 nur ein höchst lückenhaftes Bild gewinnen.

Aus den spärlichen Nachrichten, die in dieser Zeit nach außen gedrungen sind, kann jedoch geschlossen werden, daß der chinesischen Politik seit 1955 nicht nur wachsender Widerstand entgegengesetzt, sondern daß dieser auch in zunehmendem Maße organisiert geleistet wurde. So stellte z. B. Saif ad-Din am 26. Juli 1955 in einer Rede vor dem Nationalen Volkskongreß fest⁶⁸⁾, daß es notwendig sei, die wachsende konterrevolutionäre Aktivität in Sinkiang zu bekämpfen. Er wies bei dieser Gelegenheit auch auf den Versuch einer Revolte hin, der gegen Ende des Jahres 1954 in Khotan (Hotien), einer Stadt etwa 400 km ostwärts von Kaschgar, unternommen worden war. Diese „Revolte“ scheint ein nicht unbedeutendes Ausmaß gehabt zu haben: Noch im September 1959 wurde in einer in Urumtschi erscheinenden Tageszeitung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Aufstände in Khotan im März und im Dezember 1954 darüber

⁶⁷⁾ Grundlage für den Rückzug der Sowjetunion waren: das „Gemeinsame Kommuniqué über die Überführung der sowjetischen Anteile an den gemischten sowjetisch-chinesischen Aktiengesellschaften ‚Sovkitneft‘, ‚Sovkitmetall‘, ‚Skoga‘ [Zivilluftfahrt] und ‚Sovkitsudostroj‘ [Schiffsbau und Schiffsreparatur] in das Eigentum der VRCh“ vom 12. Oktober 1954 (Sovetsko-Kitajskie otnošenija 1917 bis 1957 gg, S. 303) und die „Protokolle über den Abschluß der Überführung sowjetischer Anteile an den gemischten sowjetisch-chinesischen Aktiengesellschaften in das Eigentum der VRCh“ vom 30. und 31. Dezember 1954 (Izvestija vom 31. Dezember 1954 und 1. Januar 1955).

⁶⁸⁾ Nach Süleyman Tekiner, Sinkiang and the Sino-Soviet-Conflict, in: Bulletin. Institute for the Study of the USSR, Vol. XIV, No. 8 August 1967, S. 10.

berichtet⁶⁹⁾, daß konterrevolutionäre Elemente in diesem Raum eine erneute Agitation unter der Bevölkerung entfaltet hätten, die sich in erster Linie religiöser und nationaler Parolen bediente. Mehr als ein Jahr später kündigte dieselbe Zeitung an⁷⁰⁾, daß eine umfassende Operation zur Liquidierung der restlichen Elemente dieses Aufstandes für den „nächsten Winter und Frühling“ geplant sei. Besonders turbulent scheint die Entwicklung im Jahre 1958 gewesen zu sein. Wang En-mao, ein lokaler Parteiführer und höherer Offizier, kennzeichnete die Atmosphäre in Sinkiang mit der Feststellung⁷¹⁾, alles deute darauf hin, „daß die lokalen Nationalisten auf irgend etwas im Sinne der Ereignisse in Ungarn hoffen, um die demokratische Volksdiktatur beseitigen zu können“. Die Ereignisse dieses Jahres, welche Wang En-mao zu dieser Äußerung veranlassen, sind nur höchst lückenhaft zu rekonstruieren. Die Ursache scheint in einer Instruktion der Pekingener Regierung für die höheren Lehranstalten Sinkiangs gelegen zu haben, mit der die Sprachen der nationalen Gruppen als Unterrichtssprache durch die chinesische Sprache abgelöst werden sollten. Parallel dazu sollten zwangsläufig nach und nach auch die örtlichen Lehrer durch chinesische ersetzt werden. Diese Maßnahmen führten zu Unruhen unter den Schülern und Studenten, zu Streikversuchen und Protestversammlungen. Die Reaktion der chinesischen Behörden war zuerst der Entzug der Lebensmittelkarten und später — als diese Maßnahme ohne Wirkung geblieben war — der Verweis vieler Lehrer und Studenten von den Hochschulen und ihre Verhaftung.

Auch über das Ausmaß der Unruhe in Sinkiang gibt es nur wenige Angaben. Nach dem Bericht eines uigurischen Flüchtlings aus Hong Kong⁷²⁾ waren an den Unruhen des Jahres 1958 in Ostturkestan rund 60 000 Muslime beteiligt. In einem Bericht der nationalchinesischen Nachrichten-Agentur in Taipeh wurde sogar festgestellt⁷³⁾, daß Mitglieder einer Untergrund-Befreiungsbewegung Mitte 1958 eine Regierung der „Uigurischen Republik“ ausgerufen hätten. Bei allen diesen Berichten und Meldungen handelt es sich nur um höchst unvollständige Angaben. Eines scheint danach

⁶⁹⁾ Hsin Chiang Jih Pao vom 23. September 1956 (zitiert nach Süleyman Tekiner, a. a. O.)

⁷⁰⁾ Hsin Chiang Jih Pao vom 16. Oktober 1956 (zitiert nach Süleyman Tekiner, a. a. O., S. 11).

⁷¹⁾ In: Jen Min Jih Pao vom 27. Juni 1958.

⁷²⁾ Er wird erwähnt bei Süleyman Tekiner, a. a. O., S. 11.

⁷³⁾ Central News Agency vom 13. Juli 1958.

aber ziemlich sicher zu sein, daß nämlich das Zentrum der Aufstandsbewegung wiederum Khotan war, wo Militärdepots in Brand gesetzt und Nachrichtenverbindungen gestört wurden. Nach dem zitierten Bericht des nach Hong Kong entkommenen uigurischen Flüchtlings haben sich die Sowjets nach den Jahren der Zurückhaltung die Unruhen des Jahres 1958 in Sinkiang offenbar zum ersten Mal wieder zunutze gemacht. Darin wird festgestellt, daß von den 60 000 am Aufstand 1958 in Ostturkestan Beteiligten etwa die Hälfte von sowjetischen Instruktoren ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet waren. Ferner wird in diesem Bericht davon gesprochen, daß es den Rebellen gelungen war, sich für mehr als zwei Monate in den an Kasachstan angrenzenden Bergen festzusetzen und daß die Chinesen ihren Widerstand nur unter großen militärischen Anstrengungen brechen konnten. Der in einer französischen Tageszeitung veröffentlichte Erfahrungsbericht eines anderen, nach Pakistan geflohenen Uiguren⁷⁴⁾ spricht gleichfalls davon, daß 1958/59 der Aufstand im Raum von Khotan erneut in erheblichem Umfang aufgeflammt ist. In Khotan selbst sollen danach die Rebellen das Gefängnis in Besitz genommen, etwa 600 Gefangene befreit und dabei rund 50 Chinesen getötet haben.

Auch in den folgenden Jahren konnte die Rebellion in den an die Sowjetunion angrenzenden Gebieten Sinkiangs von den Chinesen nicht niedergeschlagen werden. Sie hat im Gegenteil sogar an Intensität dadurch wesentlich zugenommen, daß sich die aufständischen Muslime immer offener um die direkte Unterstützung der Sowjetunion bei der Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Pekinger Regierung bemühten. Dies trat vor allem im Jahre 1962 deutlich hervor, das ein Höhepunkt der Aufstandsbewegung gewesen zu sein scheint. Im Juli dieses Jahres, so wird berichtet⁷⁵⁾, hatte eine schwere Nahrungsmittelversorgungskrise, die vor allem durch die Umleitung großer Mengen von Nahrungsmitteln in andere Gebiete Chinas entstanden war, in den Grenzstädten Kuldscha und Chuguchak (Tahcheng) zu schweren Zusammenstößen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den chinesischen Verwaltungsorganen (einschließlich des Militärs) geführt. Dabei hat es zahlreiche Verwundete und Tote gegeben, unter ihnen auch zahlreiche uigurische Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas, die versucht haben, die Aufständischen zu beruhigen. Der

Aufstand konnte jedoch nicht unterdrückt werden; die kasachischen Demonstranten versammelten sich sogar vor dem sowjetischen Konsulat in Kuldscha und baten um bewaffnete Unterstützung mit dem Ziel, die Chinesen zum Verlassen Sinkiangs zu veranlassen und die Unabhängigkeit des Landes wiederherzustellen. Der sowjetische Konsul lehnte jegliche Interventionen ab und überredete die Demonstranten, sich zu zerstreuen. Daraufhin flohen viele Familien in die Sowjetunion, wo sie als „lebende Beispiele der chinesischen Brutalität“ aufgenommen wurden. Obwohl sich das sowjetische Konsulat in aller Form von diesen Vorkommnissen distanziert und jegliche Verantwortung dafür abgelehnt hatte, wurde nicht nur die sowjetisch-chinesische Grenze, sondern auch die Konsulate in Kuldscha und in Chuguchak sowie das sowjetische Generalkonsulat in Urumtschi von den Chinesen geschlossen.

Die Ordnung in Kuldscha konnte zwar im September 1962 durch geringfügige Erhöhung der Lebensmittelrationen zunächst wiederhergestellt werden. Dadurch war aber nicht zu verhindern, daß die Unruhe sich weiter ausbreitete: Auch in der Folgezeit berichtete vor allem die indische Presse⁷⁶⁾ immer wieder von Ausbrüchen blutiger Rebellionen, als deren „Drahtzieher“ von den Chinesen vor allem die Kasachen, aber auch die Uiguren, Kirgisen, Usbeken und Tataren bezeichnet wurden. Dieser Widerstand gegen die chinesische Autorität hat sich offenbar keineswegs nur auf die an die Sowjetunion grenzenden Gebiete erstreckt, sondern mehr oder weniger ganz Sinkiang erfaßt: So scheinen 1962 die Arbeiter auf den Ölfeldern von Tu-schan-tsu gestreikt und viele sogar ihre Arbeitsplätze verlassen zu haben. Im Oktober 1962 soll hier infolgedessen die Zahl der Arbeitskräfte auf 10 000 gegenüber 15 000 im Jahre 1959 und die Ölproduktion auf 75 Prozent des Standes von 1960 gesunken sein. Anhaltende Aufstände wurden auch aus der Altai-Region, also aus dem Grenzgebiet zur Äußeren Mongolei, gemeldet, wo die Verkehrsverbindungen der Chinesen unterbrochen, große Brücken gesprengt und zahlreiche Angriffe durchgeführt wurden. Immer wieder wird in diesen Berichten auch davon gesprochen, daß die Sowjetunion die Tätigkeit der Rebellengruppen durch geheime Waffenlieferungen unterstützt hat.

⁷⁴⁾ Der Aufsatz von Süleyman Tekiner, dem diese Angaben entnommen wurden (S. 12), beruft sich vor allem auf die Berichterstattung der indischen Tageszeitung Indian Express.

⁷⁵⁾ Bericht darüber in: Le Monde vom 2. Juli 1959.

⁷⁶⁾ Nach Süleyman Tekiner, a. a. O., S. 11 f.

b) *Zuspitzung der Spannungen
zwischen der Sowjetunion und China*

Alle diese Angaben lassen sich durch offizielle sowjetische und chinesische Stellungnahmen dieser Zeit weder bestätigen noch widerlegen. Das muß aber nicht gegen die zitierten Berichte sprechen, denn beide Seiten haben sich publizistisch bis Ende 1962 trotz der sich immer mehr zuspitzenden sowjetisch-chinesischen Spannungen noch immer relativ große Zurückhaltung auferlegt⁷⁷⁾. Über Einzelheiten der Vorgänge in Sinkiang wurde überhaupt nicht berichtet. Von normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern konnte allerdings auch schon in dieser Zeit kaum noch die Rede sein⁷⁸⁾.

Die Dokumente des Jahres 1963, die zugleich den offenen Ausbruch des Konfliktes und den schon zu dieser Zeit nahezu unüberbrückbaren Abgrund zwischen Moskau und Peking bezeugen, unterstreichen jedoch die Glaubwürdigkeit der den hier zitierten Berichten entnommen Einzelangaben weitgehend: In einem redaktionellen Artikel, den die chinesischen Zeitungen Hung ch'i und Jen Min Jih Pao am 6. September 1963⁷⁹⁾ in Zusammenhang mit der Antwort des ZK der KPCh vom 14. Juni 1963⁸⁰⁾ auf den Brief des ZK der KPdSU vom 30. März 1963⁸¹⁾ veröffentlichte, wurden auch die Ereignisse des Jahres 1962 in Sinkiang

⁷⁷⁾ Die gegenseitige Kritik bediente sich in dieser Zeit in der Regel noch immer vergleichbarer Ansatzpunkte und Entwicklungstendenzen in anderen „Bruderländern“, so vor allem in Jugoslawien und Albanien. S. hierzu und zur Vorgeschichte des chinesisch-sowjetischen Konflikts: Harry Hamm, Joseph Kun, Das rote Schisma, Köln 1963 (mit 22 Dokumenten), insbes. die einleitende Analyse „Ursachen und Motive des Schismas“, S. 8—45.

⁷⁸⁾ Die Literatur über den sowjetisch-chinesischen Konflikt ist inzwischen so angeschwollen, daß hier darauf verzichtet werden soll, Einzeltitel zu nennen. Zur laufenden Berichterstattung und Dokumentation wird auf die Zeitschriften „Ost-Probleme“, „Osteuropäische Rundschau“ (früher „Hinter dem Eisernen Vorhang“), „Europa-Archiv“ und „Osteuropa“ verwiesen.

⁷⁹⁾ Hier zitiert nach der englischsprachigen Version dieses Artikels: The Origin and Development of the Differences Between the Leadership of the C.P.S.U. and Ourselves. Comment on the Open Letter of the Central Committee of the C.P.S.U., in: Peking Review, Nr. 37 vom 13. September 1963, S. 6—20; die hier zitierte Stelle: S. 18.

⁸⁰⁾ Veröffentlicht in englischer Sprache unter dem Titel: A Proposal Concerning the General Line of the International Communist Movement — The Letter of the Central Committee of the Communist Party of China in Reply to the Letter of the Central Committee of the Communist Party of the Soviet Union of March 30, 1963, in: Peking Review, Nr. 25 vom 21. Juni 1963.

durch schwere Angriffe und Vorwürfe gegen die KPdSU bestätigt. Darin heißt es u. a. wörtlich:

„Vom April bis Mai 1962 provozierten die Führer der KPdSU ... einige tausend chinesische Bürger, die mit Unterstützung der sowjetischen Regierung und ihrer in Sinkiang akkreditierten offiziellen Repräsentanten im Ili-Distrikt eine subversive Tätigkeit großen Stils entfaltet hatten, zur Flucht in die Sowjetunion⁸²⁾. Ungeachtet zahlreicher Proteste und Appelle der chinesischen Regierung hat es die sowjetische Regierung ... abgelehnt, diese Bürger zu repatriieren. Diese Angelegenheit ist noch immer nicht bereinigt worden. Dies ist ein ungeheures Vorkommnis, für das es in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern keinen Präzedenzfall gibt.“

Trotz drastischer Maßnahmen konnte die chinesische Regierung auch in den folgenden Jahren die unruhigen Verhältnisse in Sinkiang nicht unter Kontrolle bringen. Das einflußreiche türkische Organ „Yeni Istanbul“ berichtete noch Anfang 1966 über die Entwicklung in Sinkiang⁸³⁾:

„Kürzlich wurden zusätzlich 60 000 chinesische Soldaten an die sowjetisch-chinesische Grenze in Ostturkestan verlegt. Diese Maßnahme zeigt, daß die chinesische Verwaltung in Ostturkestan hinsichtlich der Drosselung der Fluchtbewegung der Kasachen und der Uiguren in die Sowjetunion noch immer nicht erfolgreich gewesen ist ... Aber es ist nicht nur das Flüchtlingsproblem, das die Führer in Peking stört. Tatsache ist, daß seit einigen Jahren bewaffnete Zusammenstöße zwischen Kasachen, Uiguren und anderen türkischen Völkern auf der einen Seite und chinesischen Besatzungstruppen auf der anderen unvermindert hier andauern. Die Partisanen-Bewegung ostturkestanischer Patrioten beunruhigt weiterhin nicht etwa nur das bergige Tarbagatai-Gebiet, sondern auch das Ili-Tal und die Gebiete um Kaschgar und Aq Su (Wen Su). Nach den meist sehr zurückhaltenden Schätzungen haben noch kürzlich etwa 40 000 gut bewaff-

⁸¹⁾ Veröffentlicht unter dem Titel: Pis'mo Central'nogo Komiteta KPSS Central'nomu Komitetu Komunističeskoj Partii Kitaja (Brief des Zentralkomitees der KPdSU an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas), in: Pravda vom 3. April 1963.

⁸²⁾ Die Italienische Tageszeitung Il Messaggero vom 6. Juli 1963 berichtet über insgesamt 60 000 Kasachen und Uiguren, die in der Sowjetunion um politisches Asyl baten.

⁸³⁾ Yeni Istanbul vom 9. Januar 1966 (zitiert nach Süleyman Tekiner, a. a. O., S. 12 f.).

nete uigurische und kasachische Partisanen auf dem Territorium Ost-Turkestans operiert. Sie überfielen und zerstörten chinesische Garnisonen, sprengten Brücken und Bahnlinien, ließen Truppentransportzüge entgleisen usw. Die chinesische Truppenführung ist gezwungen, hier allein zum Schutz der Verkehrsverbindungen ungefähr 100 000 Soldaten einzusetzen."

Zur Unterstützung dieses Kampfes wurde in Istanbul ein „Nationales Zentrum für die Befreiung Ostturkestans“ gegründet, das verschiedentlich an die Weltöffentlichkeit appelliert hat, die Rechte der Völker Ostturkestans zu unterstützen und sie vor der völligen Liquidation durch die Chinesen zu schützen. In diesem Zusammenhang berichtet eine andere türkische Zeitung, die „Yeni Gazeta“, im Februar 1966 über ein Interview, das der Vorsitzende des „Nationalen Zentrums für die Befreiung Ostturkestans“, Isa Yusuf Alptekin, einer Gruppe von amerikanischen Journalisten gab⁸⁴). Dabei erklärte er, seine Organisation beabsichtige, den „Fall der illegalen Okkupation Ostturkestans“ durch die Chinesen den Vereinten Nationen zur Überprüfung zu übergeben. Alptekin beschuldigte die Regierung in Peking des Verstoßes gegen die Menschlichkeit, namentlich aber der Völkerausrottung, der Vertreibung der Völker Ostturkestans aus religiösen, rassistischen und nationalen Gründen. Er verurteilte die Chinesen ferner, weil sie Ostturkestan als Versuchsgelände für die Erprobung ihrer Atomwaffen benutzen.

In Berichten, die Alptekin von in der Sowjetunion lebenden türkischen Flüchtlingen aus Sinkiang erhalten haben will⁸⁵), wird davon gesprochen, daß die türkischen Partisanen vor allem von Basen auf dem Territorium der Sowjetunion aus in Sinkiang operieren. Darin wird auch festgestellt, daß ein früherer Generalmajor der chinesischen Volksbefreiungsarmee, der Uigure Zunun Taipov, von Alma Ata aus eine in Sinkiang operierende starke Armee kommandiert. Taipov hatte 1944 an der Revolte gegen die Chinesen als Regimentskommandeur teilgenommen und war 1963 in die Sowjetunion geflohen, nachdem ein von

ihm organisierter Aufstand mißlungen war. Die „Izvestija“ veröffentlichte im September 1964 einen ausführlichen Brief von ihm, in dem es u. a. heißt⁸⁶): „Es ist ein bedrückender Gedanke, daß jenseits der Staatsgrenze Tausende meiner Brüder — Uiguren und Kasachen, Kirgisen und Mongolen — einer unglaublichen Verfolgung und Unterdrückung unterworfen sind ... Ich habe selbst festgestellt, wie die Chinesen immer despotischer den nationalen Minderheiten gegenüber auftreten. Peking verbirgt seine Absicht kaum noch, Sinkiang zu sinisieren und von seinem Nachbarn, der Sowjetunion, durch eine feste Mauer abzuschließen.“

In dem zitierten Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird die Existenz geheimer Ausbildungsstätten bestätigt, in denen Flüchtlinge aus Sinkiang nicht nur in der Partisanenkriegführung, sondern auch in Verwaltungsfragen ausgebildet werden. Außerdem wird darin betont, daß die in diesen Lagern ausgebildeten hohen Partisanenfunktionäre laufend nach Sinkiang eingeschleust werden. Die Zahl der seit 1962 in die Sowjetunion geflohenen Türken wird im übrigen — unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß früher der Flüchtlingsstrom umgekehrt geflossen sei — mit ungefähr 300 000 angegeben.

3. Kulturrevolution und Religionsverfolgung

Die Berichte über das unmittelbare Interesse der Sowjetunion an der neuesten Entwicklung in Sinkiang und über die moralische oder sogar materielle Unterstützung des Widerstandes der Bevölkerung gegen die chinesische Staatsgewalt durch sie werden auch durch die sowjetische Presse, die seit 1963 mit zunehmender Intensität über die Vorgänge in Sinkiang berichtet, bestätigt — wenn zwar nicht in allen erwähnten Einzelheiten, so doch in der Grundtendenz. Überwiegend stammt das Material auch für diese Berichte von Flüchtlingen aus Sinkiang. Noch vor wenigen Jahren wäre das Erscheinen solcher gegen das chinesische Vorgehen in Sinkiang gerichteter Darstellungen in sowjetischen Publikationsorganen völlig unvorstellbar gewesen.

Die Beispiele, die hier zitiert werden, stammen nicht nur oder in erster Linie aus der zentralasiatischen Presse der Sowjetunion, sondern sie sind vor allem in zentralen Organen veröffentlicht worden. Im September 1963

⁸⁶) Zunun Taipov, Po tu storonu granicy. Pis'mo byvšego generalmajora narodno-osvoboditel'noj armii Kitaja, in: Izvestija vom 13. September 1964, S. 4.

⁸⁴) Yeni Gazete vom 20. Februar 1966 (zitiert nach Süleyman Tekiner, a. a. O., S. 13).

⁸⁵) S. dazu: Neue Zürcher Zeitung vom 3. Februar 1967 unter der Überschrift: Die Türkvölker zwischen China und Rußland. Alptekin wird in diesem Bericht als „Regierungschef von Ostturkestan, bis dort 1949 die chinesischen Kommunisten die Macht übernahmen“, bezeichnet. Es wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich „seine Informationen bisher immer als korrekt erwiesen“ hätten.

berichtete z. B. der kasachische Schriftsteller Buchar Tyškanbaev in der „Literaturnaja gazeta“ unter der Überschrift „Unverborgener Chauvinismus“ ausführlich über die Erfahrungen in einem sogenannten „Umerziehungslager“⁸⁷⁾, in das die überwiegende Masse der ostturkestanischen Intellektuellen geschickt wurde, nachdem sie von den Chinesen zur Selbstkritik gezwungen worden waren.

a) „Assimilierung“
der muslimischen Nationalitäten

Wie aus einem Anfang 1967 gleichfalls in der „Literaturnaja gazeta“ erschienenen Artikel⁸⁸⁾ zu schließen ist, wurde die Kampagne gegen die muslimische Bevölkerung auch in den folgenden Jahren laufend gesteigert. Mit der Kulturrevolution⁸⁹⁾ hat sie ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Der Verfasser dieses Artikels, Anuar Alimžanov, beschränkt sich nicht darauf, den „imperialistischen Chauvinismus der Führer der Volksrepublik China“ zurückzuweisen, den er in den territorialen Ansprüchen erkennt. Er stellt ihm unmißverständlich, wenn auch nur indirekt, die historische Verbundenheit Ostturkestans mit Rußland entgegen.

Alimžanov gibt Augenzeugenberichte wieder, die besonders das Vorgehen der sogenannten „Hungweipingler“⁹⁰⁾ in Urumtschi beschreiben

⁸⁷⁾ Eto — neprikrytyj šovinizm. Rasskazyvaet pokinuvšy Kitaj pisatel' Buchara Tyškanbaev, in: Literaturnaja gazeta vom 26. September 1963.

⁸⁸⁾ Anur Alimžanov, Tragičeskaja istorija odnogo lozunga (Die tragische Geschichte einer Losung), in: Literaturnaja gazeta, vom 25. Januar 1967, S. 14.

⁸⁹⁾ Zur Kulturrevolution s. u. a. die Analysen und Dokumente in: Ost-Probleme, 18. Jahrg. 1966, S. 546—576; 19. Jahrg. 1967, S. 98—128; 20. Jahrg. 1968, S. 314—336; ferner K. Mehnert, Maos zweite Revolution, Stuttgart 1967; G. Blumer, Die chinesische Kulturrevolution 1965/67, Frankfurt/M. 1968; J. Glaubitz, Chinas Weg in die Krise, Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 20/67 vom 17. 5. 1967; D. Heinzig, Neues zur Vorgeschichte der Kulturrevolution in China, in: Außenpolitik, Heft 4/1968; ders., Die Krise der kommunistischen Partei Chinas, in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 27, Hamburg 1969; C. Neuhauser, The Chinese Communist Party in the 1960s: Prelude to the Cultural Revolution, in: The China Quarterly, Nr. 32/1967; ders., The impact of the cultural revolution on the Chinese Communist Party machine, in: Asian Survey, June 1968.

⁹⁰⁾ „Hungweiping“ = Rote Garde. Dieser chinesische Terminus zur Bezeichnung der Roten Garde wird durchweg auch in der sowjetischen Presse verwendet — wahrscheinlich, um jede Assoziation mit der „Roten Garde“ der sowjetischen Frühzeit („Krasnaja Gvardija“) von vornherein zu vermeiden.

und in denen die Solidarität der Sowjets mit der von den Chinesen verfolgten Bevölkerung Sinkiangs betont wird.

Alle von Alimžanov zitierten Flüchtlingsberichte beklagen eindringlich die „zwangsweise Assimilierung“ der Bevölkerung Ostturkestans.

b) Die Sowjetunion als Anwalt
der Religionsfreiheit in Sinkiang

Die Härte und Entschiedenheit, mit der die Differenzen zwischen den beiden Ländern seit Beginn der Kulturrevolution geführt werden, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die sowjetischen Publikationsorgane der Bekämpfung des Islams durch China einen ungewöhnlich breiten Raum widmen. In dem bereits mehrfach zitierten Artikel von Alimžanov wird nachdrücklich herausgestellt, daß der Kampf gegen den Islam ein wesentlicher Bestandteil der Kulturrevolution in Sinkiang ist: „Am 14. und 15. Dezember 1966 kamen 300 ‚Hungweipingler‘ aus Peking nach Urumtschi ... Sie begannen, alle Moscheen abzureißen und führten deren Geistliche, die sie mit Farbe bemalt hatten, durch die Straßen.“⁹¹⁾

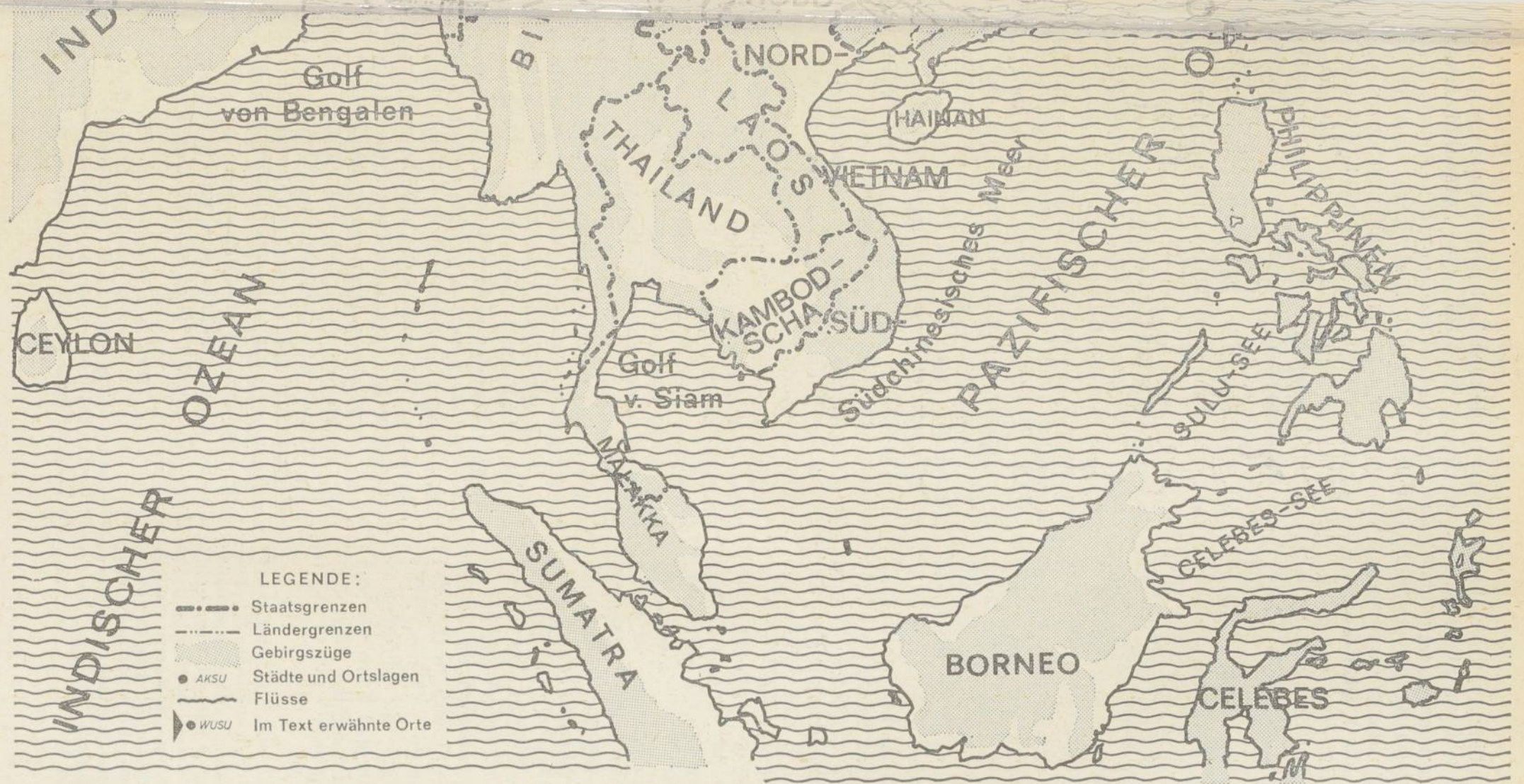
Nach einem anderen ausführlichen Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS bestätigte auch der frühere Chefredakteur der türkischsprachigen Zeitschrift „Die Befreiungsarmee Sinkiang“, Šakir Gubarbakiev, daß sich die Maßnahmen der Kommunistischen Partei Chinas in Sinkiang in erster Linie gegen die Muslime richten: „In Kuldscha“, stellt er nach seiner Flucht in die Sowjetunion fest⁹²⁾, „gab es einst mehr als 150 Moscheen. Jetzt gibt es nur noch drei, eine uigurische, eine dunganische und eine usbekische.“ Ein uigurischer Dichter, dessen Name in demselben TASS-Bericht mit Abdulchai Ruzi angegeben wird, verbreitet sich ausführlich darüber, daß in ganz Sinkiang entgegen den Wünschen der muslimischen Bevölkerung die arabische Schrift — ungeachtet der phonetischen Besonderheiten der Sprache — durch eine neue lateinische zurückgedrängt wurde. Die Schulkinder würden vom Studium ihrer eigenen Geschichte abgehalten, zur Unterrichtssprache sei ausschließlich das Chinesische erhoben worden.

Den Berichten dieser Art in der sowjetischen Presse könnten viele andere hinzugefügt wer-

⁹¹⁾ So wörtlich in dem von Alimžanov abgedruckten Augenzeugenbericht der geflohenen „ehemaligen chinesischen Bürger“ S. M. und J. Daurakbaev und O. Magomedov (vgl. Anm. 88).

⁹²⁾ TASS-Bericht vom 10. Februar 1967.





Karte 1 (zum Beitrag von E. E. Koch):
 China und das sowjetisch-chinesische Grenzgebiet von Zentralasien bis zum Japanischen Meer

den; es sind hier nur einige repräsentative Stimmen wiedergegeben worden. Sie vermitteln Fakten, die deutlich erkennen lassen, daß durch den Kampf gegen den Islam der von der Kommunistischen Partei Chinas erhobenen Forderung: „Zerstört die alte Welt und errichtet eine neue“, die der „Kulturrevolution“ zugrunde gelegt wurde⁹³⁾, in Sinkiang in besonderem Maße Rechnung getragen werden sollte. Das Ziel der Kulturrevolution war die Abschaffung der sogenannten „Vier Alten“: der alten Sitten, der alten Gebräuche, der alten Ideen, der alten Kultur. Daraus erklärt sich wohl auch, daß sich die „Kulturrevolution“ in China von Anfang an in erster Linie gegen die religiösen Erscheinungen — und deshalb in Sinkiang gegen den Islam — richten mußte.

Die Forcierung der Berichterstattung führender sowjetischer Zeitungen seit der ersten Hälfte des Jahres 1966 zielt offensichtlich auch auf die Beeinflussung der Haltung der islamischen Länder des Nahen und Mittleren Ostens zum chinesisch-sowjetischen Streit. Die Wirkung war in der Tat bemerkenswert, denn seit 1966 nahm in ihnen die Berichterstattung über die Ausschreitungen der Roten Garden gegen die Muslime Chinas schlagartig zu. Direkt oder indirekt beziehen sich nahezu alle diese Berichte oder Meldungen auf Vorgänge, die auch in der sowjetischen Presse behandelt wurden. So berichtet z. B. die indische Zeitung „Patrika“ im Oktober 1966 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die „sowjetische Presse“⁹⁴⁾, daß der Islam in China zu einem besonderen Angriffsziel der Roten Garden geworden sei: „... er wird der Verbreitung eines Aberglaubens, der Opposition gegen das Gedankengut Maos und der Verbreitung revisionistischer Ideen beschuldigt. Die Unterdrückung der Anhänger des Islams war jedoch schon lange vor dem Erscheinen der Roten Garden ein schändlicher Charakterzug des kommunistischen Regimes Chinas. Die schreckliche Unterdrückung der Muslime in Sinkiang, die dazu führte, daß Tausende von ihnen Zuflucht im Ausland suchten, darf nicht so bald vergessen werden.“

⁹³⁾ So z. B. Jen Min Jih Pao vom 15. Januar 1967 (zitiert nach dem von Hsinhua in englischer Sprache verbreiteten Text vom gleichen Tage). Darin heißt es u. a. wörtlich: „Die jungen Roten Garden sind mutig. Sie fürchten weder Himmel noch Erde, ganz zu schweigen den Imperialismus, den Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder! Die jungen Roten Garden werden die gesamte alte Welt in Stücke schlagen! Sie werden auf den Trümmern der alten Welt eine neue Welt errichten!“

⁹⁴⁾ Patrika vom 17. Oktober 1966.

Etwa zur gleichen Zeit berichtet die „Hindustan Times“⁹⁵⁾, daß eine „revolutionäre Kampfgruppe zur Beseitigung des Islams“ aufgestellt worden sei. Diese habe ein Zehn-Punkte-Programm zur „Beseitigung des islamischen Aberglaubens“ verkündet, das u. a. die Schließung aller Moscheen, die „Umschulung“ aller religiösen Führer in Arbeitslagern, die Abschaffung des Fastens und der öffentlichen Gebete, das Verbot von Koran-Lesungen, die Abschaffung der Beschneidung und der Zuerkennung von Namen aus dem Koran vorsehe.

In marokkanischen Zeitungen wurde im Dezember 1966 ein auf photographierten Wandzeitungen veröffentlichtes Ultimatum an die chinesischen Muslime wiedergegeben, in dem es wörtlich heißt⁹⁶⁾: „Von jetzt an wird es nicht mehr erlaubt sein, daß ihr euch hinter eurer religiösen Maske versteckt — wir werden euch vernichten. Es wird euch nicht mehr erlaubt sein, eure Zeit mit Gebeten zu vergeuden, weil all euer Gemurmel in Arabisch antichinesisch ist. Auch wird es verboten sein, euren sogenannten Koran zu lesen.“

Die „Ceylon Daily News“ berichtet⁹⁷⁾, daß in Peking Rotgardisten Moscheen gestürmt und die Geistlichen mißhandelt hätten.

Die Berichterstattung in der sowjetischen Presse hat zweifellos in den nichtkommunistischen Ländern die Beschäftigung mit den Vorgängen in Sinkiang wesentlich gefördert, wenn nicht sogar überhaupt erst ermöglicht. Sie hat aber andererseits bisher nicht bewirkt, daß dadurch etwa auch die sowjetische Religionspolitik im zentralasiatischen Raum einer neuen und positiveren Beurteilung unterzogen wurde. Die Intensität der sowjetischen Berichterstattung und das nahezu uneingeschränkte Eintreten für die ihres Glaubens wegen von den Chinesen verfolgte islamische Bevölkerung Sinkiangs legt die Schlußfolgerung nahe, daß auch diese Absicht mit der Pressekampagne gegen die chinesische Islam-Politik verbunden war. In einem im Oktober 1966 erschienenen Artikel der „Times of India“⁹⁸⁾ z. B. wird daran erinnert, daß die islamfeindlichen Bestrebungen nicht von China ausgegangen seien, wenngleich sie sich dort auch besonders gewalttätig ausgewirkt hätten: Sie seien vielmehr eine unvermeidbare Folge der absolut religionsfeindlichen marxi-

⁹⁵⁾ Hindustan Times vom 30. September 1966.

⁹⁶⁾ So z. B. in: Le Petit Marocain vom 16. Dezember 1966 und in: L'Opinion vom 17. Dezember 1966.

⁹⁷⁾ Ceylon Daily News vom 19. September 1966.

⁹⁸⁾ Times of India vom 21. Oktober 1966.

stisch-leninistischen Doktrin. Nur aus Gründen der politischen Strategie im Nahen und Mittleren Osten habe man Bemühungen zurückgestellt, die seit der Oktober-Revolution in Rußland auf die Vernichtung des Islams abzielen. Die Muslime der ganzen Welt müßten deshalb auch erkennen, daß der kommunistische Radikalismus weiterhin uneingeschränkt eine ständige Gefahr für den Islam bedeute.

Auch die marokkanische Zeitung „Eshaab“ weist anhand der Vorgänge in China auf die unüberbrückbare Kluft zwischen Islam und Kommunismus ganz allgemein hin⁹⁹⁾: Wenn sich die Verfolgung in China vor allem gegen die Muslime richtet, so wird in diesem Artikel festgestellt, dann deshalb, weil der Islam das größte Hindernis für die Ausbreitung des kommunistischen Einflußbereiches in der Welt sei. Er sei in der Lage, alle diejenigen Probleme zu lösen, um die sich der Kommunismus schon seit Jahrzehnten erfolglos bemühe. Und er könne dies tun, ohne die geistigen Bedürfnisse des Menschen zu zerstören. Der Kommunismus vermöge allenfalls, den Menschen Rezepte für ihr materielles Streben anzubieten, er zerstöre aber den menschlichen Geist.

6. Die chinesische Polemik gegen „die Wiedergeburt der Religion“ in der Sowjetunion

Nicht weniger Aufmerksamkeit verdient die Art und Weise, wie sich die chinesische Regierung und Parteiführung gegen die sowjetischen Vorwürfe zur Wehr setzen: In einer scharfen Stellungnahme zu den in der marokkanischen Presse erschienenen Augenzeugenberichten über den Kampf der Roten Garden gegen Muslime und muslimische Heiligtümer erklärte die Botschaft der Volksrepublik China in Rabat¹⁰⁰⁾, diese seien von A bis Z erlogen. Besondere Sorgen haben der chinesischen Regierung offenbar die Rückwirkungen der Presseberichterstattung auf die chinesisch-pakistanischen Beziehungen bereitet. In einem Interview mit dem Generaldirektor der amtlichen pakistanischen Nachrichtenagentur „Associated Press of Pakistan“, Hamid Galal, erklärte der chinesische Außenminister Chen Yi¹⁰¹⁾, daß in China nach wie vor völlige Religionsfreiheit herrsche. Für eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung wegen der Behandlung muslimischer Geistlicher und anderer religiöser Führer durch die Rote Garde

fehle jede Grundlage. Dabei handele es sich lediglich um Einzelaktionen gegen solche Muslime, Imams und andere Kulddiener, die unter dem Deckmantel der Religion „Verbrechen begangen und für die Imperialisten Spionage betrieben hätten“.

Um der Behauptung mehr Nachdruck zu verleihen, in China herrsche auch heute noch völlige Religionsfreiheit, werden darüber hinaus auch immer wieder Berichte veröffentlicht, die besonders in den islamischen Ländern den Eindruck erwecken sollen, daß sich in China das religiöse Leben der muslimischen Bevölkerung auch heute völlig unbehindert entfalten könne.

Auch hierzu nur einige Beispiele: Am 1. April 1966 meldete die chinesische Nachrichtenagentur „New China News Agency“¹⁰²⁾, daß die Muslime in Sinkiang „ein fröhliches Fest“ gefeiert hätten. Zahlreiche Gottesdienste wären in den Moscheen abgehalten worden. Am 2. April strahlte Radio Peking einen ausführlichen Bericht über die Feierlichkeiten zum Idal-Adha-Fest aus. Die chinesischen Muslime hätten dieses Fest durch einen großen Empfang gefeiert, den die „China Islamic Association“¹⁰³⁾ veranstaltete. An diesem Empfang, auf dem „eine fröhliche und freundschaftliche Atmosphäre“ geherrscht habe, seien viele Gläubige beteiligt gewesen, unter ihnen Diplomaten, Experten, welche China beim Wiederaufbau des Landes helfen, und zahlreiche Besucher islamischen Glaubens aus den asiatischen und afrikanischen Ländern; er sei mit einer gemeinsamen Koran-Lesung eingeleitet worden. In seiner Begrüßungsansprache habe der Vize-Präsident der gastgebenden Gesellschaft über das „glückliche Leben der chinesischen Muslime gesprochen, die sich aller politischen Rechte, vollkommener Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens und hinsichtlich ihrer Teilnahme am sozialistischen Aufbau ihres Landes erfreuen“. Am 12. April 1966 berichtete schließlich „New China News Agency“, daß eine Freundschafts-Delegation der chinesischen Muslime Peking verlassen habe, um eine Reihe von afrikanischen und asiatischen Ländern zu besuchen.

¹⁰²⁾ Die folgenden Beispiele werden nach dem hektographierten: Communism and Religion, May/June 1966, zitiert.

¹⁰³⁾ Nach einer Meldung der tschechoslowakischen Agentur Četeka vom 10. April 1967 soll die Organisation im Januar desselben Jahres als „konterrevolutionär“ zerschlagen worden sein. Ihre „Führer“ wurden nach derselben Quelle von der Polizei verhaftet.

⁹⁹⁾ Eshaab vom 23. Januar 1967.

¹⁰⁰⁾ Veröffentlicht von New China News Agency am 26. Dezember 1966.

¹⁰¹⁾ Pakistan Times vom 2. Oktober 1966.

Daß solche Versuche eine Neutralisierung der negativen Berichterstattung über die chinesische Islampolitik in den islamischen Ländern Asiens und Afrikas bewirkt haben, muß aus vielerlei Gründen bezweifelt werden. Sie bleiben nicht zuletzt deshalb unglaubwürdig, weil die chinesische Staats- und Parteiführung gleichzeitig ihre kompromißlose Religionsfeindschaft durch eine lautstarke Kritik an der angeblichen „Wiedergeburt der Religion in der Sowjetunion“ im Sinne der orthodoxen marxistisch-leninistischen Religionskritik demonstriert. Sie wird ohne jede Rücksicht auf die Wirkung in den Ländern Asiens und Afrikas geübt. Dabei ist unerheblich, daß sich diese Kritik vor allem gegen die heutige Auseinandersetzung in der Sowjetunion mit dem Christentum richtet. Auch dazu mögen hier nur zwei besonders aufschlußreiche und beispielhafte Artikel der „Jen Min Jih Pao“ aus den Jahren 1967 und 1969 zitiert werden.

In einem Kommentar vom 5. Mai 1967 wird unter der Überschrift „Die Renegaten höhern mit Opium“ zur angeblichen Verwendung biblischer Geschichten in sowjetischen Kinderbüchern Stellung genommen¹⁰⁴). „Das besondere Interesse der sowjetischen Revisionisten an der Bibel erscheint nicht verwunderlich. Die Herrschaft der sowjetischen Revisionistenclique beruht — wie die aller Reaktionäre — auf der Versklavung und Ausbeutung des Volkes. Der revisionistische Kurs, den sie befolgt, ist ein gegen die Revolution und auf ihre Vernichtung, auf die Wiederherstellung des Kapitalismus gerichteter Kurs. Infolgedessen ist sie an den Einsatz der Ideologie der Ausbeuterklassen — einschließlich der Religion — als deren Instrument gebunden. Sie bedarf der Religion zur Einlullung und Blendung des Volkes, um ihre ‚Throne‘ zu halten und ihre konterrevolutionäre Aktivität zu erleichtern. . . . Im Zuge der Selbstrechtfertigung erklärten die sowjetischen Revisionisten, daß die Geschichten ‚keinerlei religiöse Orientierung enthalten werden‘¹⁰⁵). Tatsächlich handelt es sich jedoch um vergiftete, mit Zucker überzogene Pillen. Ihre offensichtliche Absicht mit der Kompilation des Buches ist es, ihre Theorie

¹⁰⁴) Hier zitiert nach der von Hsinhua am gleichen Tage in englischer Sprache unter dem Titel: ‚People's Daily‘ on soviet publication of stories from bible for children verbreiteten Fassung (News from Hsinhua News Agency, 9. Mai 1967, S. 5).

¹⁰⁵) Diese Argumentation nimmt deutlich Bezug auf die sowjetischen Bemühungen, die islamische Dichtung Zentralasiens ihres religiösen Charakters zu entkleiden. Vgl. hierzu das eingangs erwähnte Buch (Anm. 1) des Verfassers.

des Revisionismus und ihre Philosophie des Verrats publik zu machen.“

In einem in derselben Zeitung etwa zwei Jahre später unter der Überschrift „Wiedergeburt der Religion in der Sowjetunion“ erschienenen Artikel¹⁰⁶) wird diese Kritik auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt und insofern vertieft, als jetzt die gegenwärtige Religionsdiskussion in der Sowjetunion ganz allgemein angegriffen wird. Und es ist nicht zu übersehen, daß damit diejenigen Probleme angesprochen werden, die auch den sowjetischen Religionsinterpreten heute so erhebliche Schwierigkeiten bereiten:

„Es verhält sich tatsächlich so, daß mit der Duldung und Ermutigung durch die sowjetische revisionistische Renegatenclique die reaktionären religiösen Geistesströmungen in der Sowjetunion immer weiter um sich greifen. . . . Diese Renegaten gehen in ihrer Schamlosigkeit so weit, nach positiven Faktoren zu suchen, die der Religion und dem Sozialismus gemeinsam wären, um das außer Rand und Band geratene religiöse Leben in Schutz zu nehmen. Die sowjetrevisionistische Zeitschrift *Za Rubežom* hat eine Anzahl langatmiger Artikel veröffentlicht, in denen die unsinnige Behauptung aufgestellt wird, daß in den religiösen Lehren ‚eine Anzahl Gebote enthalten ist, die mit dem Sinngehalt der sozialistischen Revolution übereinstimmen‘. Die Verfasser haben sich sogar verstiegen, Marx' berühmte Definition, ‚die Religion ist Opium für das Volk‘ als falsch anzugreifen. . . . Die Häuptlinge der sowjetischen revisionistischen Renegatenclique scheuen nicht davor zurück, sich persönlich für die Popularisierung dieses ‚Opiums‘ und ‚Fusels‘ einzusetzen: hohe sowjetische offizielle Persönlichkeiten begeben sich einer nach dem anderen in den Vatikan, um dem Papst ihre Aufwartungen zu machen. . . .“

4. Das Religionsproblem und der sowjetisch-chinesische Konflikt

Der polemischen Auseinandersetzung zwischen den beiden kommunistischen Ländern über das Problem der Religionsfreiheit oder das heutige Verhältnis zwischen marxistisch-leninistischer Ideologie und Religion soll im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter nachgegangen werden. Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich aber sehr deutlich, daß im sowjetisch-chinesischen Konflikt das Religionsproblem eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

¹⁰⁶) Jen Min Jih Pao vom 9. Februar 1969.

Die sowjetische Sinkiang-Politik hat ihre Grundlage seit etwa 1928 in vertraglich geregelten wirtschaftlichen Bindungen gehabt, die in erster Linie der Sowjetunion Vorteile verschafften und deshalb dem von ihr theoretisch und propagandistisch verfochtenen Grundsatz des „gegenseitigen Nutzens und beiderseitigen Vorteils“ in gar keiner Weise entsprechen. Seit Beendigung dieser wirtschaftlichen „Zusammenarbeit“ zwischen beiden Ländern in Sinkiang 1955 hat die Sowjetunion keine Möglichkeit mehr, auf diesem Wege politischen Einfluß auf die Entwicklung des chinesischen Teils von Zentralasien zu nehmen. Sie sieht sich — im Gegenteil sogar — Gebietsforderungen der Volksrepublik China ausgesetzt, die große Teile von Turkestan umfassen. In nichts äußert sich sinnfälliger, wie sehr die chinesische Abschließungspolitik auch zu einer Verschiebung der Positionen und Maßstäbe in der Konfrontation beider Länder in Zentralasien geführt hat.

Heute muß sich die sowjetische Zentralasienpolitik darauf beschränken, ideell als Anwalt der Rechte der nationalen Minderheiten Sinkiangs innerhalb der Volksrepublik China aufzutreten. Darin spiegelt sich die historische Erfahrung wider, daß für das Verhältnis beider Länder in Zentralasien das weitgehend durch den Islam geprägte Selbstbewußtsein der Bevölkerung Sinkiangs immer ein entscheidendes Kriterium gewesen ist. In der heutigen Konfrontation der Sowjetunion und Chinas wiederholt sich im Grunde also das Macht-„spiel“ mit ständig wechselnden Fronten oder Koalitionen, welches die Entwicklung dieses Raumes seit dem 18. Jahrhundert immer geprägt hat.

Insofern überrascht es auch nicht, wenn sich die Sowjetunion ungeachtet ihrer unveränderten orthodoxen Einstellung zur Religionsproblematik im allgemeinen und zum Islam im besonderen heute wiederum die weitgehende Prägung des Nationalbewußtseins der zentralasiatischen Bevölkerung durch den Islam zunutze macht. Mit der scharfen und anhaltenden Auseinandersetzung zwischen den beiden kommunistischen Ländern über das chinesische Vorgehen gegen den Islam in Sinkiang beantwortet sich zugleich auch die Frage von selbst, wie weit nämlich — über alle hier angestellten theoretischen Erörterungen hinaus — der Islam in Zentralasien noch immer ein politisch relevantes Phänomen ist. Dies scheint schon angesichts der Tatsache unzweifelhaft, daß die Sowjetunion in zunehmendem Maße

China den Vorwurf der kategorischen Bekämpfung des Islams macht und daß China sich nicht nur mit allen Mitteln gegen diesen Vorwurf zur Wehr setzt, sondern darüber hinaus sogar den Eindruck hervorzurufen sucht, sie lasse den muslimischen Staatsbürgern jede nur denkbare Unterstützung bei der Wahrung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und Praktizierung ihrer religiösen Pflichten zuteil werden.

Versuche, das Religionsproblem mit radikalen Mitteln zu lösen, hat es auch in der Sowjetunion immer wieder seit 1918 gegeben. Sie haben jedoch nie zu der — fraglos erstrebten — „Endlösung“ geführt, sondern eher das Gegenteil bewirkt: Für die Sowjetführung ist die Existenz des Islams in der Sowjetunion und die mit ihm unlösbar verbundene nationale Frage in Zentralasien heute noch immer eine Realität, der sie nahezu genauso hilflos gegenübersteht wie vor 50 Jahren. Aus der Not dieser Erkenntnis versucht sie nun eine Tugend für ihre letztlich von außen- und machtpolitischen Zielsetzungen geleitete Polemik gegen die chinesische Religions- und Nationalitätenpolitik in Sinkiang zu machen, wenn sie „die chauvinistische und nationalistische Politik der gegenwärtigen Führer der Volksrepublik China ... zur Zwangsassimilierung kleiner Völker“ in Sinkiang als mit der marxistisch-leninistischen Doktrin unvereinbar erklärt. „Die Verschmelzung von Nationen“, so heißt es hierzu in einem in „Kommunist“ veröffentlichten Artikel, in dem Leserfragen zur Nationalitätenpolitik in der Volksrepublik China beantwortet werden¹⁰⁷⁾, „ist aus marxistisch-leninistischer Sicht ein langwieriger und vielschichtiger Prozeß. Er kann sich nur auf der Grundlage einer allumfassenden Entwicklung von Völkern und Nationen und auf der höchsten Stufe des Kommunismus vollziehen.“

Daß mit dieser grundsätzlichen Feststellung auch die bisherige Erfolglosigkeit der sowjetischen Religions- und Nationalitätenpolitik in Zentralasien eingestanden und dadurch indirekt die chinesische Polemik gegen die heutige Religionsdiskussion in der Sowjetunion gestützt wird, verleiht diesem Kapitel der Auseinandersetzung zwischen den beiden kommunistischen Großmächten einen unerwarteten Akzent.

¹⁰⁷⁾ T. Rachimov, Velikoderžavnaja politika Mao Czeduna i ego gruppy v nacional'nom voprose, in: Kommunist, Nr. 7/1967, S. 114—118.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt

Zur Vorgeschichte der Konfrontation im ostsibirischen Raum und in Zentralasien

Vorbemerkung

Unmittelbar vor der sowjetisch-chinesischen Konferenz in Peking im Herbst 1969 hatten auf dem Amur erneut Zusammenstöße zwischen Grenztruppen und Grenzbewohnern beider Seiten stattgefunden. Ebenso kam es an den Grenzen Sinkiangs und Kasachstans und am Pamir abermals zu Schießereien. Die Regierungen der UdSSR und der VR China enthielten sich dazu der vorher bei derartigen Gelegenheiten üblich gewordenen martialischen Drohungen; sie hüllten sich im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Schweigen. Sowjetische Diplomaten erklärten nach Presseberichten im November 1969 in Bonn und anderen europäischen Hauptstädten — sinngemäß — fast gleichlautend zur Lage: „Wir verhandeln in Peking; es geht um die Erörterung von Vorschlägen zur Lösung der Grenzprobleme. Es geht uns dabei nicht zuletzt auch um die Wiederherstellung der freundschaftlichen Bande und die volle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, ferner um den Austausch von Wirtschaftsgütern und die Zusammenarbeit, wie es früher üblich war. Die Regierung der VR China wünscht zweifellos ebenfalls keine Verschärfung der Situation. Sollten unsere Bemühungen aber fehlschlagen, wäre die Lage an den Grenzen in Fernost, in Ost-Sibirien und im Grenzland der zentralasiatischen Sowjetrepubliken wahrscheinlich ernster denn je zuvor. Aber die UdSSR will ihr Äußerstes tun, um zur Beilegung der Streitigkeiten beizutragen.“

Einige Andeutungen sowjetischer Diplomaten dem Autor gegenüber bestätigten die pessimistische Prognose für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen: „Falls China darauf beharrt, daß alle Territorien des Festlandes östlich des Baikalsees eigentlich chinesisch und nur durch angeblich ungleiche Verträge russisch

geworden seien, wie es Mao Tse-tung bereits zum Ausdruck brachte, wenn China also unter dieser Argumentation Landforderungen geltend machen sollte, werden Verhandlungen zur Demarkation der Grenze zwecklos sein. Die Sowjetunion wird niemals einen Fußbreit Bodens ihres Territoriums preisgeben. Es wäre von den Chinesen töricht, das Rad der Geschichte zurückbewegen zu wollen. Sibirien und Zentralasien, soweit es sich um Sowjetrepubliken handelt, sind in einem historischen Entwicklungsprozeß russisch geworden, aber niemals durch Landraub, wie die Chinesen behaupten. Betrachten Sie die Geschichte Tibets, dann wissen Sie, wer in Asien Landraub begangen und auf diese Weise insgesamt schließlich ein imperialistisches Reich, das größte der Erde, gebildet hat. Sinkiang und die Innere Mongolei gehören ebenso wie ganz Südchina zu den eroberten Gebieten. China hat daher eine 5000jährige Erfahrung Schwächeren ungleiche Verträge aufzuerlegen.“

Sieht man von dem polemischen Ton in den Äußerungen der sowjetischen Diplomaten — die ungenannt bleiben wollten — ab, so kann nicht bestritten werden, daß sich auch die kommunistischen Chinesen „ungleicher Verträge“ bedienten. Im Falle Tibets ist das ganz eindeutig.

Unter den westlichen wie den zum Ostblock gehörenden Beobachtern der mutmaßlichen Einstellung der Führer im Kreml herrscht — und das stimmt mit dem Vorstehenden überein — die Ansicht vor, daß ein offenkundiger Fehlschlag der Verhandlungen in Peking Grenzkriege oder auch einen größeren sowjetisch-chinesischen Krieg nach sich ziehen würde. Vom Ausgang der Gespräche hängt also Entscheidendes ab — nicht nur für die unmittelbar beteiligten beiden Mächte.

Die Konfrontation in Ost-Sibirien und in Fernost

Im folgenden wird vor allem über die jahrhundertalte Vorgeschichte der Konfrontation der beiden Großmächte in Asien berichtet, aus der Überzeugung heraus, daß erst die Kenntnis dieser Dimension die Bildung eines begründeteren eigenen Urteils über die aktuelle Situation erlaubt — und über die Hypothesen, die auf den gegenwärtigen Grenzverhandlungen lasten.

Der Vertrag von Nertschinsk und der Kampf um seine Annullierung

Am 24. Tage des 7. Monats im 28. Jahr des Kaisers Kiang-H'si aus der Ch'ing-Dynastie, dem Geschlecht der Mandschu, am 6. September 1689, war in Nertschinsk nahe der Schilka von russischen und chinesischen Gesandten ein Vertragswerk unterzeichnet worden¹⁾. (Vgl. hierzu und zum folgenden Karte 1 auf S. 32/33 und Karte 2 auf S. 49.) Die Chinesen hatten zuvor 15 000 Mann östlich der Schilka, eine vielfache Übermacht gegenüber der Kosaken-Eskorte des russischen Gesandten Golowin, versammelt, und gleich zu Beginn der Verhandlungen ließ der chinesische Prinz Songgotu die militärische Stärke des Himmelssohnes Kiang-H'si durchblicken. Im Gefolge Songgotus befanden sich übrigens zwei Jesuiten-Padres, die Geographen und „Grenz-fachleute“ Gerbillon und Péreyra. Sie hatten für Kiang-H'si ein kartographisches Werk ausgearbeitet, so daß dieser wohl der erste chinesische Kaiser war, der eine annähernd richtige Vorstellung von den Grenzen Chinas hatte. Die Chinesen wollten „reinen Tisch machen“. Aus den Protokollen über die Vorgänge geht hervor, was die Chinesen — wohl bis heute — letztlich von Sibirien beanspruchen: „das ganze Land östlich des Baikalsees“. Die Chinesen drängten, Zar Peter möge anerkennen, daß diese Gebiete chinesischer Besitz seien; der Baikalsee sollte zur Grenzscheide werden. Da Rußland damit ganz Ost-Sibirien aufgegeben hätte, mußte Golowin ablehnen. Erst nach langen Verhandlungen erklärte Songgotu, er bestehe nicht mehr auf der Baikalsee-Grenze, aber dann müßte die Schilka von ihrer Mündung bis Nertschinsk die Trennungslinie bilden.

¹⁾ Vgl. G. F. Müller, Geschichte über die Länder am Amur gelegen, Reiseberichte, Instruktionen usw. in den „Akten“ und „Ergänzungen“, 1757; ferner P. A. Slowtzow, Historische Übersicht Sibiriens, 1886; S. 58 ff.

Golowin willigte gemäß den ihm vom Zaren erteilten Weisungen jedoch nur in die Abtretung des Gebietes am Amur bis zur Festung Albasin ein, einer Grenzsiedlung in Daurien östlich des Jablonoi-Gebirges, etwa in der Mitte „des ganzen Lands östlich des Baikalsees“ gelegen. Das war Prinz Songgotu zu wenig. Die Jesuiten vermittelten: Die Grenze sollte an der Gorbitza verlaufen, einem Nebenfluß der Schilka. Damit wiederum durfte sich der Gesandte des Zaren nicht einverstanden erklären, so daß der Abbruch der Verhandlungen unvermeidbar schien. In der folgenden Nacht setzten dann die 15 000 chinesischen Soldaten über die Schilka. Die Umingelung Nertschinsk veranlaßte Golowin zum Nachgeben. Einige Tage später wurde der Vertrag unterzeichnet. (170 Jahre später beriefen sich die Russen den Chinesen gegenüber auf diese militärische Demonstration, als sie den Vertrag von Nertschinsk als erpresserisches Diktat bezeichneten und ihn für nichtig erklärten.) Der Grenzverlauf blieb jedoch zu großen Teilen ungenau oder völlig verschwommen. Eine genauere Fixierung der Grenze wurde — im Westen — lediglich bis zum Fluß Gorbitza und weiter am Argun entlang vorgenommen. Irgendwo in der Mongolei verlief sie sich. Im Osten sollte sie vom Stanowoi-Gebirgskamm gebildet werden. Alle Flüsse „aus der mittäglichen Seiten“ des Gebirges sollten zu China gehören. Im äußersten Osten blieb sie wieder unbestimmt. Die Russen wußten nur wenig, die Chinesen aber gar nichts vom Land am Ochotskischen Meer.

Aber eines stand fest: Der Amur sollte auf beiden Ufern zum chinesischen Reich gehören. Der Verlust des Stromes wurde in Moskau zunächst keineswegs bedauert. Der Amur lag ja „so weit weg“.

1969, im Zeichen der Konfrontation, wurde von sowjetischer Seite behauptet, der Vertrag von Nertschinsk sei ein Diktat und daher nichtig gewesen. Die Verträge von Aigun (1858) und Peking (1860) seien de facto an die Stelle des Nertschinsker Diktats getreten (zwei Abkommen, die die Chinesen nun ihrerseits als Diktat, als „ungleiche Verträge“ bezeichnen).

Tatsache ist, daß die Regierung des Zaren 1728 ohne jeden Zwang den Nertschinsker Vertrag ausdrücklich bestätigte, um den russischen China-Handel — der strengen Absperzung des Reichs der Mitte zum Trotz — endlich

regeln zu können. Ein Kaufmann deutscher Abstammung, Lorenz Lange, von Beruf „Karawanendirektor“, hatte etwa 40 Jahre nach dem Abschluß des Nertschinsker Vertrages — es war 1728 — einen Staatsvertrag zur Regelung des Karawanenhandels mit China vorbereitet. Der Handel sollte allerdings ausschließlich über den Grenzort Kjachta, südöstlich des Baikalsees, und über die Seidenstraße durch die Mongolei abgewickelt werden. Die chinesische Regierung verlangte im Kjachta-Abkommen die Bestätigung des Vertrages von Nertschinsk. Lange setzte sich durch, während die Chinesen als Gegenleistung die „ewige“ Dauer des Kjachta-Vertrages bekräftigten.

Als aber bald danach die Uiguren in der Dsungarei einen Aufstand zur Abspaltung der Nordwest-Provinz vom Reich begannen und das chinesische Heer mit der Niederschlagung der Revolte beschäftigt war, verlangte Lorenz Lange in der veränderten Situation — als erster in einer langen Reihe von russischen Politikern und Militärs —, daß „der Nertschinsker Vertrag unter allen Umständen revidiert“ werde. Er hatte jedoch keinen Erfolg damit. (Im übrigen wurde auch der Kjachta-Vertrag bald wirkungslos.)

Wiederum einige Jahre später, 1740, reiste der deutschstämmige „Reichshistoriograph“ G. F. Müller im Auftrage der Zarin Anna Iwanowna in das Amur-Grenzgebiet. Er sollte erkunden, ob es möglich wäre, von Sibirien einigermaßen sicher nach Kamtschatka zu gelangen. Wenige Jahre zuvor (1716) hatte die Tragödie der Kamtschadalen begonnen. Kosaken rotteten innerhalb von zwei Jahrzehnten die Urbevölkerung nahezu aus.

Kamtschatka sollte als ferner Stützpunkt russischer Macht „unverbrüchlich“ bei der Krone des Zaren bleiben, ebenso wie die entlegene Taimyr-Halbinsel. Aus Müllers Bericht wurde deutlich, daß der Amur doch nicht „so weit weg“ und keineswegs für Rußland ohne besonderen Wert war. Denn der einzige annehmbare Weg nach Kamtschatka, so Müller, führe über den Amur und durch das freie Meer. In einer „Denkschrift über den Amur“ für die Zarin schilderte er (1741) „den leicht befahrbaren, klippenlosen Strom von ansehnlicher Tiefe, die es ermöglichte, daß ihn auch Seeschiffe befahren können“²⁾. Erneut warf er die Grenzfrage mit China auf: „Der Nertschinsker Vertrag war erzwungen und

wider das allgemeine Völkerrecht, Rußland ist von China in Nertschinsk hintergangen und vorteilhaft worden. Die Zeit ist gekommen: China muß das Rußland angetane Unrecht vorgestellt werden.“ Rußland könne von China sogar Reparationszahlungen verlangen³⁾.

Die höchsten Stellen in Moskau wurden nachdenklich. Einerseits war der Amur ausdrücklich an China abgetreten, andererseits war ohne Frage die Unterzeichnung des Vertrages von Nertschinsk unter der Androhung von Waffengewalt erzwungen worden.

Lorenz Lange, nunmehr „Vize-Gouverneur von Sibirien“, unterstützte Müllers Denkschrift mit einem eigenen Aide-mémoire, dessen Hauptthese war, daß der Vertrag von Nertschinsk zu annullieren sei. Mit dem Amur verband sich ständig mehr der Gedanke an „die Unverletzbarkeit des russischen Territoriums Kamtschatka“. 1753, unter der Regierung der Zarin Elisabeth, wurde in Nertschinsk mit der Ausrüstung einer Expedition begonnen; sie sollte „über die Schilka und den Amur nach Kamtschatka auch Japan und die amerikanische Küste“ erreichen. Ssemjonow, ein Mitarbeiter Peters des Großen, war zum Leiter der Expedition ernannt worden. Bereits 1722 hatte er dem Zaren das Konzept dieser „Erkundungsfahrt nach neuen Ländern“ vorgetragen: Der Amur würde ein wichtiges Glied für den Zusammenhalt des russischen Weltreiches bilden. Ssemjonow kam indessen mit den Vorbereitungen der Expedition nicht voran. Er ließ lediglich das Fahrwasser der Schilka untersuchen. Ein weiterer deutschstämmiger „Sibirier“ trat inzwischen auf den Plan, Wilhelm Jakobi⁴⁾, der Kommandant der sibirischen Festung Selenginsk. Er riet in seinem Bericht der Zarin (Katharina), sie möge soviel Militär wie möglich zwischen Nertschinsk und Selenginsk zusammenziehen. Dann erst sollte China zu Verhandlungen aufgefordert werden; falls die Chinesen ablehnten, sei ohne weiteres das linke Ufer des Amur zu besetzen.

Katharina zögerte noch; sie forderte schließlich Müller zur Eingabe einer neuen Denkschrift auf (1763). Mehr als ein Jahrhundert, bis 1882, blieb diese Analyse übrigens in den Geheimarchiven verborgen. Müller begründete „das Recht Rußlands auf den Amur und die Mehr-

³⁾ Vgl. J. Semjonow, Sibirien, Berlin 1958, S. 288.

⁴⁾ Vgl. P. Schumacher, Der Vertrag von Aigun. Zur Geschichte der Erwerbung des Amur, Russkij Archiv, 1878, III.

²⁾ G. F. Müller, a. a. O.

zahl des mongolischen Volkes". Der Krieg sei unvermeidlich: „China muß beizeiten und endgültig in seine Grenzen verwiesen werden“. Von Müller stammt auch der Plan einer Grenzziehung, der, von wenigen Einzelheiten abgesehen, genau der sowjetisch-chinesischen Grenze entspricht, die Peking heute unter allen Umständen zu korrigieren wünscht. Müllers Grenzplan nahm auch schon die Okkupation und Besitzergreifung von Tannu-Tuwa vorweg, das — im äußersten Nordwesten der Mongolischen Volksrepublik dicht vor Sinking gelegen — 1944 als Autonomes Gebiet Tuwa der Sowjetunion eingegliedert wurde. Weiter empfahl Müller die Besetzung der gesamten Mongolei. Sein strategisches Konzept lief auf die Annexion Nordost-China hinaus. Katharina wagte jedoch den Krieg nicht. Eben- sowenig fanden sich die ihr nachfolgenden Zaren dazu bereit.

Die russische Haltung in diesen Jahren dokumentierte der Sekretarius der Zarin Katharina, Chaprowitzky. Er schrieb am 13. April 1788 in sein Tagebuch: „Vor dem türkischen Krieg hätten wir vielleicht doch die chinesischen Angelegenheiten in Angriff nehmen sollen. Sechs Regimenter standen dazu bereit, und wir würden uns nicht in einen allgemeinen Krieg verwickelt haben.“

Chaprowitzky fügte später einen Nachsatz an: „Rußland wird jedenfalls auf den Amur nicht verzichten können.“ Diese Ansicht entwickelte der Admiral der russischen „Ost-Flotte“, Gawril Ssarytschew (1793) weiter: „Hätte Rußland den Amur, wäre es Herr des östlichen Ozeans. Rußland könnte den Handel auf den dortigen Meeren mit weit größerem Vorteil als irgendeine andere europäische Macht führen.“⁵⁾

Den Gedanken an den Amur drängte allerdings zeitweise ein anderes russisches Abenteuer etwas in den Hintergrund⁶⁾. Zar Paul setzte am 8. Juli 1799 seinen Namen und sein Siegel unter die Konzession der „im Allerhöchsten Schutz stehenden Russisch-Amerikanischen Kompanie“.

Die Gesellschaft erhielt die Zusicherung des Beistandes „unserer (der kaiserlichen) Land- und Seestreitkräfte“, das Recht auf Jagd und Fischfang und auf Ausbeutung der anderen Naturschätze an der amerikanischen Küste vom 55. Grad nördlicher Breite bis zur Beringstraße, ferner „neue Entdeckungen auch südlich

⁵⁾ J. Semjonow, Sibirien, a. a. O., S. 290 ff.

⁶⁾ V. Farrar, The Background of the Purchase of Alaska, Wash. Hist. Quart., B 13, 1922; B. P. Thomas, Russo-American Relations 1815—67, 1930.

des 55. Breitengrades zu machen und die von ihr entdeckten Gebiete in Besitz zu nehmen....“

Die russische Erschließung Alaskas begann. Sibirien hatte zwar nicht den Amur, den Grenzfluß, jedoch eine Subkolonie erhalten, ein Land ungeheuer reich an Pelztieren, aber sonst, wie es schien, ohne Wert. Das Intermezzo dauerte ungefähr 70 Jahre. Am 18. Oktober 1867 wurde Alaska in Sitka auf der Baranow-Insel durch den Kapitän Alexej Petschurrow nach Niederholen der Fahne des russischen Gouverneurs dem amerikanischen Kommissar, General L. H. Rousseau, übergeben. Bestimmend für diesen Schritt der Russen war auch der Umstand, daß der russische Generalstab keine Möglichkeit sah, Alaska im Ernstfall zu verteidigen.

Auch während des Zwischenspiels in Alaska ruhte jedoch nicht der Kampf um den Amur und die Revision des Vertrages von Nertschinsk. 1801 faßte der Gouverneur und Militärbefehlshaber von Ost-Sibirien, General von Strandmann, in einem Aide-mémoire für den Zaren Alexander I. seine Vorstellungen so zusammen: „Wir müssen mit den Chinesen in Verhandlungen über die Grenzrevision und die Amur-Schiffahrt eintreten. Sollten sie nicht darin einwilligen, dann müßte Gewalt gebraucht werden.“

Strandmanns Vorschläge hatten zur Folge, daß Zar Alexander eine Delegation, geführt vom Grafen Juri Golowkin, nach Peking entsandte. Mandarine des Kaisers von China hielten sie jedoch im mongolischen Urga fest. Die Formalitäten nahmen kein Ende, so daß Golowkin schließlich umkehrte. Die Russen hatten nicht allein über den Amur unterhandeln sollen, sondern auch über die russisch-chinesische Handelsschiffahrt. Es sollte eine Schiffslinie von Kronstadt nach Tientsin und Schanghai eingerichtet werden.

Graf Juri Golowkin traf 1812 mit Goethe zusammen. In Goethes Tagebuch sind die Ansichten Golowkins und seines Begleiters aus dem Außenministerium des Zaren, des deutschstämmigen Wiegel, zusammengefaßt: „Rußland müßte — ohne China zu fragen — an der Mündung des Amur einen der größten Kriegs- und Handelshäfen seiner Besitzungen im Fernen Osten anlegen. Es sollte sich nicht mit diesen jämmerlichen Häfen Petropawlowsk (Kamtschatka) und Ochotsk (Ochotskisches Meer) aufhalten. Der Hafen an der Amurmündung wäre hundertmal nützlicher als die törichten russischen Besitzungen in Amerika.

Es gibt in Irkutsk, Nertschinsk und Transbaikalien kaum einen Menschen, der nicht über Daurien redet. Es sei das verlorene Paradies.“⁷⁾ Etwas später (1824) schrieb Graf N. S. Mordwinow von der Russisch-Amerikanischen Kompanie an den Außenminister des Zaren, Graf Nesselrode:

„Wir hätten den Amur niemals China überlassen dürfen, aber wir verachteten die Wildnis der abgetretenen, fernen Gegenden. Heute trauern wir, daß der einzige ins freie Meer führende Strom Ost-Sibiriens nicht in den russischen Grenzen liegt. Wir betrauern einen ungeheueren Verlust. Kann er wiedergutmacht werden?“⁸⁾

Der historische Verlauf der Wiedergewinnung des Amur durch Rußland ist abenteuerlich.

Juri Wassiljew, Zwangsarbeiter in Ost-Sibirien, floh 1815 aus einem Sträflingslager im Norden⁹⁾. Er verbarg sich in der Taiga, aber tungusische Nomaden stöberten ihn auf. Ein kostbarer Fang; denn der Gouverneur hatte ein Kopfgeld (drei Rubel) auf jeden entsprungenen und wieder gefangenen Zwangsarbeiter ausgesetzt. Wassiljew kam ins Lager zurück, floh abermals, wurde wieder gefaßt und nach Nertschinsk gebracht. Der Deportierte gab nicht auf; er floh ein drittes Mal und hatte mehr Glück. In der fremden Wildnis stieß er auf einen großen Strom: den Amur. Auf einem kleinen Boot fuhr er den Fluß hinab, fiel allerdings den Mandschu in die Hände, die ihn zur chinesischen Festung Aigun brachten. Wassiljew entkam auch den Chinesen. Er ließ sich mit einem Boot den Amur weiter hinab der Mündung zu treiben, in den Liman, das zum Teil flache Meer zwischen dem Strom-Delta und der Insel Sachalin. Noch einmal nahmen ihn Tungusen gefangen, und wieder lieferten sie ihn den Russen aus.

Aus dem Bericht Wassiljews über seine Flucht erfuhren die Behörden in Petersburg, daß die Amurmündung entdeckt worden war (1828). Nach Wassiljews Angaben konnte der Amur auch von größeren Handelsschiffen befahren werden. Außerdem stand nach seinen Schilderungen fest, daß die Chinesen das Amur-Gebiet weder befestigt noch besiedelt noch eigentlich in Besitz genommen hatten; den Unterlauf des Stromes kannten sie offenbar nicht einmal.

Auch Generalgouverneur Murawjew las den Bericht Wassiljews. Berichte über Mißstände,

die ein Senator, Graf Tolstoi, in der sibirischen Administration aufgedeckt hatte — Korruption, Vetternwirtschaft, Gesetzlosigkeit, Bürokratismus und in den Goldminen Fälle unglaublicher persönlicher Bereicherung von Beamten —, hatten den Zaren Nikolaus I. veranlaßt, den jungen Murawjew an die russische Ostgrenze zu entsenden (1847). Der neue Generalgouverneur sollte in einem der entferntesten Winkel des russischen Reichs Ordnung schaffen.

Außerdem hatte Murawjew, gestützt auf den Bericht Wassiljews, den Zaren überzeugt, daß der Amur unter allen Umständen wieder russisch werden müßte. Es gelte eigentlich nur, herrenloses Land mit wahrscheinlich unerhört reichen Bodenschätzen förmlich in Besitz zu nehmen. Das — auch durch die Folgen der Opiumeinfuhren Englands — innerlich geschwächte China würde militärisch nichts dagegen unternehmen. Es hätte fast 200 Jahre lang kein Interesse mehr für die Territorien am Pazifik bis zum Amur und darüber hinaus gezeigt.

Kurz bevor Murawjew Generalgouverneur von Ostsibirien wurde, hatte ein deutscher Einwanderer, A. v. Middendorf¹⁰⁾, im Verlauf einer Expedition (1845) zur Erforschung der Halbinsel Taimyr und des Gebietes der Jakuten die chinesisch-russische Grenze im Nordosten auf dem Rückweg in das russische Transbaikalgebiet mehr zufällig inspiziert. Middendorf war an die Küste des Ochotskischen Meers gelangt, in die späteren „Maritimen Provinzen“. Er stellte fest, daß die Chinesen nicht einmal Grenzzeichen aufgestellt hatten, wie es der Vertrag von Nertschinsk vorsah. Es waren zwar Steinpyramiden mit Beschriftungen zur Kennzeichnung des Grenzverlaufs errichtet worden. Sie standen aber viel weiter südlich an den Nebenflüssen des Amur. Der Nertschinsker Vertrag hatte einen nördlicheren Verlauf festgelegt.

Offenbar waren die Chinesen an der Grenze und dem Grenzland wenig interessiert. Sie hatten sogar das linke Ufer des Amur einem kleinen Volk überlassen, den Giljaken. Diese Fischer, Jäger und Ackerbauer mongolischer Herkunft waren vom Gebiet im Delta des Amur nach Süden gezogen. Middendorf stellte in seinem Bericht fest, daß südlich des Flusses

⁷⁾ Semjonow, a. a. O., S. 291.

⁸⁾ Chaprowitzky, Amur-Saga, Russkij Archiv, 1901.

⁹⁾ Ebenda.

¹⁰⁾ Vgl. A. Th. v. Middendorf, Reise in den äußersten Norden und Osten Sibiriens, 4 Bde, 1847/1875, zitiert in: Semjonow, Sibirien, S. 96, 231, 283 f., 293, 296.

Tugur und dem letzten russischen Grenzposten bis zur Mündung des Amur sich ein wildes Niemandsland ausbreite. Die Chinesen hätten nirgendwo die Oberhoheit.

Später schlug Middendorf Murawjew eine Informationsfahrt von der Mündung des Amurstroms aufwärts vor. Insbesondere sollte die Tiefe des Flusses möglichst genau gemessen werden. Nur wenn die Seeschiffahrt vom östlichen Meer her auf dem Amur fortgesetzt werden könnte, bekäme der Besitz des Stromes für die Russen ein solches Gewicht, daß man den Vertrag von Nertschinsk annullieren sollte.

Am Hof von Petersburg hatte sich inzwischen eine nicht unbedeutende „Anti-Amur-Clique“ gebildet; außerdem gaben die angespannten Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei zu denken: Rußland könne keinen „Anderthalbkrieg“ führen, nicht zugleich mit den Türken im großen Krieg stehen und gegen die Chinesen einen kleinen Krieg unternehmen.

So ging denn die Inbesitznahme des Amurgebietes zum Teil gegen den Willen und ohne Kenntnis des Petersburger Außenministeriums vor sich. Der Bericht Wassiljews war (1832) in einem Unternehmen des Obersten Ladyschenskij auf ausgedehnten Bootsfahrten nachgeprüft worden. Der Oberst hatte darauf eine Art Generalstabsplan zur militärischen Besetzung des gesamten Amurgebietes ausgearbeitet. Die Soldaten könnten aus den Deportierten und den Zwangsarbeitern in den „Kabinettsbergwerken“ — es waren vorwiegend Goldgruben der Romanows — rekrutiert werden.

1848 hatte auch der Kapitänleutnant G. P. Newelskoi¹¹⁾, ein Freund Murawjews, auf eigene Faust den Amur von der Mündung aus befahren. Er stellte außerdem fest, daß Sachalin entgegen der verbreiteten Annahme keine Halbinsel, vielmehr eine Insel war; er habe dort die russische Flagge gehißt. Sachalin, einer der Brückenpfeiler auf dem Weg nach Japan und China, sollte sich mit seinen reichen Vorkommen an Steinkohle und Erdöl bald zur fernöstlichen Randzone des russischen Imperiums entwickeln.

Die Erforschung des Amur durch Newelskoi stand ebenso im Gegensatz zu den Anweisungen des Außenministeriums in Moskau wie auch seine weiteren Unternehmungen. 1850 segelte er mit der „Baikal“ zum Liman an der Amurmündung. Nesselrode sollte nicht mehr ungeschehen machen können, was er,

¹¹⁾ G. P. Newelskoi, *Ruhmvolle Taten*, 1947.

Newelskoi, auszuführen gedachte. Am nördlichen Ufer des Limans befand sich eine zum Ankern geeignete windgeschützte Bucht. Newelskoi entschloß sich, an ihrem Ufer die erste Befestigung zur Kontrolle der Amurmündung anzulegen; sie wurde zugleich ein Winterlager (Petrowskoje). 25 Kilometer stromaufwärts hißte er abermals die russische Fahne und legte eine zweite Festung an, Nikolajewsk. Murawjew und Newelskoi trafen im Hafen Ajan am Ochotskischen Meer zusammen. Der Generalgouverneur sah sich seinem Ziel näher: Auf jeden Fall war nunmehr der Nertschinsker Vertrag nur noch ein Stück Papier. Der Amur war mit seiner Mündung russisch. Es mußte nunmehr den Chinesen noch beigebracht werden, daß auch der übrige Stromlauf zu Rußland gehörte.

Graf Nesselrode, der das eigenmächtige Handeln Newelkoi nicht gutheißen konnte, berichtete dem Zaren, daß, während das Außenministerium alles Erdenkliche zur endgültigen Regelung der russisch-chinesischen Grenze im Sinne des Nertschinsker Vertrages tue, Newelskoi auf chinesischem Territorium russische Grenzfestungen errichtet habe. Der Thronfolger Alexander (der spätere Zar Alexander II.), der bei der Audienz zugegen war, schwenkte auf die Seite Newelskoi über: Da der Kapitän Newelskoi an der Mündung des Amur die Fahne Rußlands gehißt habe, dürfe sie nicht wieder eingezogen werden. Der Zar stimmte seinem Sohn schließlich zu.

Inzwischen war der Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen. Die Großmächte England und Frankreich, so fürchtete man in Petersburg, würden in der kommenden Auseinandersetzung wahrscheinlich der Türkei zu Hilfe kommen, im Fernen Osten könnten sie auf der Kamtschatka-Halbinsel, auf Sachalin und im Amurgebiet landen. Unter diesen Umständen mußte schnell und entschlossen gehandelt werden.

Murawjew war (1853) zur Berichterstattung nach Petersburg befohlen worden. Er hatte zur Amurfrage ein Aide-mémoire entworfen, das er Zar Nikolaus vortrug: Rußland solle keineswegs auf Daurien und die Amur-Territorien bis zur Küste des Pazifik verzichten. Wohl aber werde es Alaska aufgeben und nach dem Beispiel der Amerikaner „den großen Bahnbau“ beginnen müssen. Wie die Vereinigten Staaten bald Alaska durch den Bahnbau an sich binden würden, so müsse Rußland eine transsibirische Bahn von Moskau zum Pazifik bauen. Murawjew fuhr fort, daß der Nert-

schinsker Vertrag hinfällig geworden sei. Möge die Grenzbestimmung auch in zahlreichen Fällen ungelöst bleiben und für künftige Konflikte vielleicht Anlaß bieten, es stehe jedenfalls fest, daß weder das linke Ufer des Amur in seinem Lauf entlang den Siedlungsgebieten der Mandschu noch an der Mündung auf beiden Ufern unter tatsächlicher chinesischer Hoheit stehe. Die Befürchtungen des Zaren, daß bei etwaigen militärischen Schwierigkeiten mit den Chinesen es an Streitkräften fehlen würde, zerstreute Murawjew mit dem Hinweis auf die große Zahl der Dekabristen und der anderen Verbannten: Er werde aus den Zwangsarbeitern eine Elite von Grenztruppen rekrutieren.

Im Verlauf der Verhandlungen in Petersburg verlor die „Anti-Amur-Clique“ an Einfluß und Glaubwürdigkeit. Es setzte sich die Überzeugung durch, daß China Rußland nach der offiziellen Besitzergreifung von Daurien und der Gebiete vom Amur bis zum östlichen Meer sehr wahrscheinlich nicht angreifen würde. Der Zar gab schließlich seine Einwilligung, daß Murawjew Truppen den Amur hinabtransportierte.

Der Generalgouverneur von Ost-Sibirien erhielt im Januar 1854 vom Zaren die Bestätigung: „Mit der Regierung von China sind unverzüglich Verhandlungen in Ost-Sibirien zur Neuregelung der Grenzen und damit zur Annullierung des Nertschinsker Vertrages aufzunehmen“¹²⁾. Der Zeitpunkt war günstig, um offen auf die „unerläßliche Revidur des Nertschinsker Vertrages“ zu pochen, da der beginnende Taiping-Aufstand (1851—1864) das Gefüge der Mandschu-Dynastie erschütterte und die chinesische Staatsmacht von völligem Verfall bedroht war.

Unterdessen hatte sich Newelskoi auf eigene Initiative eine kleine Truppe aus Giljaken geschaffen und die Gebiete des Kisi-Sees und der Bucht de Castries am tatarischen Golf gegenüber von Sachalin besetzt. Ein neuer Stützpunkt, der Imperatorhafen, war in der Tatarischen Meerenge entstanden, der spätere wichtigste Flottenstützpunkt der UdSSR im Fernen Osten, Sowjetskaja Gawan.

Newelskoi rechnete damit, daß Sachalin in eine künftige Konfrontation Rußlands und Chinas einbezogen werden könnte. Eine Bedrohung Kamtschatkas und der Tschuktschen-Halbinsel an der Bering-Straße war durch die

Flottenmächte Europas im russisch-türkischen Krieg mehr denn je gegeben. An allen gefährdeten Punkten, vom Nördlichen Eismeer südwärts zum Ochotskischen Meer weiter zur asiatischen Küste des Östlichen Meers (Pazifik), am Amur, an der Bureja, an der Seja und Schilka müßten Befestigungsanlagen entstehen. Das Land selbst würde den Soldaten eine ausreichende Versorgungsbasis liefern.

Im April 1854 machte sich Murawjew erneut nach Sibirien auf den Weg. Er hatte die Vollmachten des Zaren, China zu veranlassen, die neuen Grenzen anzuerkennen. Er durfte ferner aus den „Kabinettsbergwerken“, den Gruben des Zaren, die geeigneten Zwangsarbeiter zum Wehrdienst heranziehen. Der Generalgouverneur von Ost-Sibirien war davon überzeugt, daß er seine Armee nicht nur aus den Zwangsarbeitern würde bilden können, die froh waren, ihr Los mit dem besseren der Soldaten vertauschen zu dürfen, er rechnete auch damit, daß die wehrfähigen Deportierten sich ihm anschließen würden. Sein Kalkül ging auf: Er brachte es tatsächlich fertig, ein Heer von 27 000 Zwangsarbeitern und Deportierten aufzustellen.

Ende 1854 nahm die erste chinesisch-russische Konfrontation um den Amur ihren Anfang. Allerdings war China militärisch so schwach, daß es bei einer diplomatischen Auseinandersetzung blieb. Wie schon erwähnt, erlebte „das Reiche der blühenden Mitte“ der Ch'ing-Dynastie (Mandschu) Anfang der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen tiefgreifenden Umbruch. Das „Mandat des Himmels“ war wieder einmal brüchig geworden. Die Mandschu, die ihrerseits die Ming-Dynastie in der Mitte des 17. Jahrhunderts gestürzt hatten, sahen sich durch den von der Taiping-Sekte in Südchina entfesselten Aufstand ernstlich bedroht. Murawjew brauchte daher nicht zu befürchten, daß das geschwächte China ihn in einen Krieg verwickeln würde. Andererseits — es war die Zeit des Krimkrieges — mußte mit Aktionen der mit den Türken gegen Rußland verbündeten Mächte England und Frankreich gerechnet werden. Und es kam in der Tat zu einem bedrohlichen militärischen Zwischenspiel. Wie es Newelskoi vorausgesehen hatte, tauchten 1854 britische und französische Fregatten zur Eroberung Kamtschatkas, Sachalins und offenbar auch der Maritimen Territorien im Östlichen Meer auf. Murawjew hatte jedoch heimlich auf Newelskois Ersuchen eine Kriegsflotte (Fregatten und mit Kanonen bestückte Frachtschiffe) nach Petro-

¹²⁾ Barssukow, Graf Murawjew-Amurskij, 1891, zitiert in: Semjonow, Sibirien, S. 302 ff.

pawlowsk, dem besten Hafen Kamschatkas, entsandt und für den Aufbau von Geschützstellungen gesorgt. Im Imperatorhafen lagen die Fregatte „Pallada“, der Dampfer „Wostok“, zwei bewaffnete Frachter und zwei Fregatten der Russisch-Amerikanischen Kompanie. Auf der Reede vor Petropawlowsk formierte sich die feindliche Flotte. Während der ersten Beschießung, die einen ganzen Tag dauerte, konnte ein Landungsversuch abgeschlagen werden. Nach wenigen Tagen wiederholten die Alliierten die Offensive, die abermals zusammenbrach. Petropawlowsk wurde von insgesamt etwa 1000 Kosaken, einigen hundert Soldaten Murawjews und zu den Waffen gerufenen Bürgern verteidigt. Die Flotte der Briten und Franzosen verschwand so plötzlich, wie sie aufgetaucht war.

Murawjew hatte nun wieder Handlungsspielraum, den er nutzte, um eine zweite Amur-Expedition durchführen zu lassen (1855). Kundschafter berichteten ihm, auf der chinesischen Seite „im Wüstengebiet“ am Amur sei — entgegen den Erwartungen Murawjews — eine chinesische Streitmacht unter dem „Dsan-Sun“ (Oberbefehlshaber) Prinz I-Shan aufmarschiert. Bemerkenswert erscheint, daß, während Murawjew noch die chinesische Seite zu Verhandlungen über die Amur-Grenze aufforderte, in Petersburg die Bildung einer neuen Provinz Rußlands, des „Seegebiets“, nach der Konzeption Murawjews längst beschlossene Sache und auch bereits intensiv in die Wege geleitet worden war. Die Provinz bestand aus Kamtschatka, der Ochotskischen Küste und den Amur-Territorien. Sachalin bildete eine Kolonie für sich.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen hatte Murawjew eine „Gesellschaft zur Erschließung des Amur“ gegründet; sie sollte für die Schatulle des Zaren die Goldvorkommen erforschen und ausbeuten. Aus den Gefängnissen Rußlands ergoß sich eine weitere Flut von Zwangsarbeitern und Verbannten nach Ost-Sibirien. Aus neuen Ostrogs (befestigten Dörfern), die eilends aufgebaut worden waren, wuchsen neue Städte, so z. B. Blagoweschtschensk.

Die Verträge von Aigun, Tientsin und Peking

Murawjew hatte unterdessen eine neue Karte der russischen Ostgrenze und des kolonialen Besitzes anfertigen lassen. Sie nahm vorweg, was China bald darauf akzeptieren mußte¹³⁾.

Am 11. Mai 1858 kam es in Aigun auf dem linken Ufer des Amur unter beiderseitigem militärischem Aufwand — einer Farce, soweit es die Chinesen betraf — zu Verhandlungen. Murawjew wurde von einem Vertreter des Außenministeriums begleitet; Prinz I-Shan führte die chinesische Delegation.

In dem Vertrag von Aigun, dem Ergebnis dieser Gespräche, fiel das Wort „Grenzziehung“ offiziell nicht. Es war nur (im Artikel 1) davon die Rede, daß das linke Ufer des Amur vom Fluß Argun bis zur Mündung „Besitz“ des Russischen Reiches sei.

In den Verhandlungen vom Oktober 1969 könnte diese Formulierung wieder eine Rolle gespielt haben: Bedeutete die Umreißung des Besitzes im Staatsvertrag zugleich auch eine Fixierung der Staatsgrenze?

Artikel 2 des Vertragswerks bestätigte: „Das rechte Ufer des Amur bis zur Mündung des Ussuri ist Besitz des chinesischen Reichs.“

Artikel 3 lautete: „Das Land zwischen dem Ussuri und dem Meer soll bis zur Festsetzung der dortigen Grenze den gemeinsamen Besitz des Kaiserreichs Rußlands und des Kaiserreichs China bilden.“

Eine Art Schifffahrts- und Handelsabkommen schloß sich an: „Der Schiffsverkehr auf den Flüssen Amur, Sungari und Ussuri steht nur Rußland und China offen.“ Im Interesse der Freundschaft beider Staaten solle es gestattet sein, daß sie miteinander Handel treiben. Murawjew und I-Shan unterzeichneten die russischen, mandschurischen und mongolischen Niederschriften des Vertrags.

Den russischen Soldaten wurde Murawjews „Befehl an die Truppe und Marine im Fernen Osten“ verlesen: „Soldaten, der Amur ist ein Teil Rußlands geworden!“ Am Zusammenfluß von Ussuri und Amur gründete Murawjew wenige Tage später eine neue Grenzfestung: Chabarowsk. Zar Alexander II. dankte ihm durch besondere Ehrungen: Der Generalgouverneur erhielt den Rang eines Generals der Infanterie und den Titel „Graf Murawjew-Amurski“.

Während der Verhandlungen zwischen Murawjew und Prinz I-Shan hatte die russische Regierung einen weiteren Emissär, den Grafen

¹³⁾ Vgl. Imago Mundi in: Review of Early Cartography, 1897; P. Schumacher, Der Vertrag von Aigun. Zur Geschichte der Erwerbung des Amur, Russkij Archiv, 1878, III.

Putjatin, nach Tientsin, dem Peking vorgelagerten Hafen, entsandt. Putjatin schloß ein zweites Abkommen, ohne etwas von den Vorgängen in Aigun zu wissen. Im Juni 1858 brachte der Graf einen Staats- und Handelsvertrag zustande, in dem u. a. festgelegt wurde, daß über die Grenzfrage und die russischen Ansprüche auf die Amurterritorien in künftigen Verhandlungen entschieden werden solle. Mehr als die Frage, welcher Vertrag nun rechtens war, interessiert im Blick auf die heutige Situation das Problem, ob es sich 1858, wie die Chinesen behaupten, um „ungleiche Verträge“ gehandelt hat. Nach den verfügbaren Dokumenten scheint das nicht der Fall zu sein — trotz der durch Murawjew von vorneherein kartografisch festgelegten Grenzen. Gewiß war China im Zeichen der zusammenbrechenden Dynastie schwach. Rußland hatte diese Schwäche aber nicht wie andere Mächte bedenkenlos ausgenutzt; es hatte weder an der Okkupation von Teilen Chinas noch zwei Jahre später an der Besetzung und Plünderung Pekings durch Briten und Franzosen teilgenommen, es hatte nicht gewaltsam wie die westlichen Alliierten sein vermeintliches Recht in China, vor allem die Öffnung von Häfen und die dauernde Einrichtung einer diplomatischen Niederlassung durchgesetzt. Immerhin ist bemerkenswert, daß schon ein Jahr später (1859) der erste chinesische Protest gegen die Vertragswerke erfolgte. Ein russisches Emissär, General Ignatjew, erhielt in Peking vom Bogdo Khan (Kaiser) den Bescheid, Murawjew habe

den Prinzen I-Shan durch die skizzierte Landkarte getäuscht und dabei „zweifelsfreies chinesisches Territorium“ in die russischen Grenzen einbezogen. Der Amur sei „von Anfang bis zu Ende“ ein chinesischer Strom, sein Name von alters her Heilungkian (Schwarzer Drache).

Andererseits wurde die Gültigkeit der Verträge von Aigun und Tientsin im November 1860 in Peking durch den Bruder des Bogdo Khan, Kong Sin-Fan, durch Ratifizierung bestätigt¹⁴⁾. Kong Sin-Fan war Reichsverweser für den vor den britischen und französischen Alliierten geflohenen Kaiser. (Der russische Emissär Ignatjew hatte übrigens die Bombardierung Pekings durch die Alliierten mit einer diplomatischen Intervention verhindert.) Kong Sin-Fan erkannte jetzt die Grenze Rußlands auf den Murawjew'schen Karten unter Einbeziehung von bisher noch strittigen Gebieten an.

Murawjew hatte indessen das von Putjatin in Tientsin unterzeichnete Vertragswerk über die spätere Festsetzung der Grenzen auf seine Weise gedeutet. Er entsandte ein Militärkommando in die Urwälder am Ussuri und ließ es die neue Grenze abstecken. An der Mündung wurde ein zum Kriegshafen geeignetes Fischerdorf entdeckt, Hai-schen-wei. Murawjew nannte den Hafen Wladiwostok, „Beherrscherin des Ostens“.

Die „Saga vom Amur“ hatte damit ihr vorläufiges Ende gefunden.

Die Konfrontation in Sinkiang

Die ersten Mandschu-Herrscher festigten im 17. Jahrhundert zunächst die Kontrolle über Sinkiang; sie regelten besser als bisher die Einziehung der Tribute. Der Kaiser Kiang-H'si, Erbauer des Groß-China-Reichs und Eroberer, zerstörte die Oirot-Jungar Khanate. Es waren muslimische Herrschaftsgebiete der Turkvölker. Kiang-H'si verlegte die Grenzen Chinas 300 Meilen weiter westlich in das Gebiet der späteren Sowjetrepubliken Kasachstan und Kirgisistan.

¹⁴⁾ Vgl. den Bericht über die gesamten chinesisch-sowjetischen Grenzfragen im sowjetischen Journal „International Life“, Moskau 1964; ferner Jen Min Jih Pao vom 8. März 1963.

Sinkiang — von den ersten Mandschu-Herrschern bis Stalin

Sinkiang im fernen Nordwesten Chinas, 2000 Jahre lang eine fast vergessene Kolonie des Reichs der Mitte und seiner zahlreichen Dynastien, ein „Wüstenareal“, neuerdings, seit dem Beginn der atomaren Rüstung Chinas im Lopnor-Distrikt, das Testgebiet für rotchinesische Kernwaffen — diese Autonome Region der Volksrepublik China mit einer Fläche von 1 647 000 Quadratkilometer ist zweifellos eine der wundesten und gefährlichsten Stellen im langgezogenen sowjetisch-chinesischen Grenzverlauf¹⁵⁾. (Vgl. hierzu Karte 1 auf S. 32/33).

¹⁴⁾ Vgl. H. Langer, *The Diplomacy of Imperialism*, 1935.

1758 unterwarf sich auch Taschkent dem Mandschu. Der zentralasiatische Khan von Kokand verpflichtete sich zwei Jahre später zur Tributleistung an den Himmelssohn.

Die russische Kartographie bestätigte die chinesischen Eroberungen. Ein Kartenwerk von 1824 weist den Saissan-See, den Balchasch-See und den Issyk-kul-See innerhalb der chinesischen Grenzen auf. Dagegen zeigt eine sowjetische Landkarte von 1954 den Issyk-kul innerhalb der Kirgisischen SSR, den Saissan-See und den Balchasch-See innerhalb der Kasachischen SSR.

Nach Ansicht von Beobachtern der sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen in Peking (Konferenzbeginn 20. Oktober 1969) dürfte China diese alten Karten den Sowjets präsentiert und vor diesem Hintergrund von der UdSSR abermals verlangt haben, entsprechend den feierlichen Zusicherungen in der Regierungsepoche Lenins die China entrissenen Territorien zurückzugeben.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts (1853) hatte sich Rußland zur militärischen Eroberung Sinkiangs entschlossen. Russische Soldaten, vor allem Kosaken, drangen nach Südosten bis zum Balchasch-See vor und gründeten die Stadt Vernij, das spätere Alma Ata. Als sich 1864 die mohammedanischen Minderheiten in Sinkiang gegen das chinesische Joch auflehnten — der Aufstand dauerte 15 Jahre —, drangen russische Truppen tief in Sinkiang ein und nahmen Ili. Die militärisch veränderte Situation und der völkerrechtliche Schwebezustand machten Verhandlungen unumgänglich, die 1879 zum Grenzvertrag von Livadia führten. Rußland willigte in den Rückzug seiner Truppen von Ili ein; China mußte sich zur Abtretung des Tekes-Tales und der Pässe am Tien-Schan-Massiv verpflichten. Die Mandschu-Regierung verweigerte jedoch die Ratifizierung dieses Vertrages. Erst 1881 wurde in Petersburg der Friede besiegelt. Der „Ili-Vertrag“ teilte das Ili-Tal: Alle Pässe und das Tekes-Tal (der an kostbaren Mineralen reichere Teil der Ili-Region) kamen zu China; Rußland gewann das Gebiet westlich des Holkutz-Flusses, weil die Einwohner — nach russischer Lesart — wünschten, Bürger des Zarenreiches zu werden.

Knapp 90 Jahre später trug die „Ili-Tal-Frage“ wesentlich zur Verschärfung der chinesisch-sowjetischen Konfrontation entlang der sich über 7000 Kilometer hinziehenden Grenze bei.

Das Regime in Peking vertrat 1969 den Standpunkt, daß der Ili-Tal-Vertrag zu den russischen Diktaten, den „ungleichen Verträgen“ der Zaren gehöre. Die Grenze sei willkürlich mitten durch das Kasachen-Uiguren-Land gezogen worden.

Zweifellos befand sich dieses Gebiet in zurückliegenden Jahrhunderten unter chinesischer Jurisdiktion. Die chinesische Herrschaft hatte aber mehr und mehr nur noch nominellen Charakter, zumal China die „barbarischen Ländereien Zentralasiens“ ohnehin lediglich in Satrapien an sich gebunden hatte. Die früheren Herrscher, Emire und Khane, waren schließlich von den Kosaken und anderen Truppen der Zaren verdrängt worden, und die Kosaken-Hetmane zeigten sich als die eigentlichen Herren. Der chinesische Kaiser und seine Mandarine waren weit weg. Tatsächlich stand das Land der Kasachen und Uiguren unter russischer Kontrolle.

Lenins „Manifest an den Osten“ (1920) verkündete, daß die den Völkern Asiens von den Zaren geraubten Gebiete und insbesondere die China entrissenen Territorien den ursprünglichen Eigentümern zurückzugeben seien.

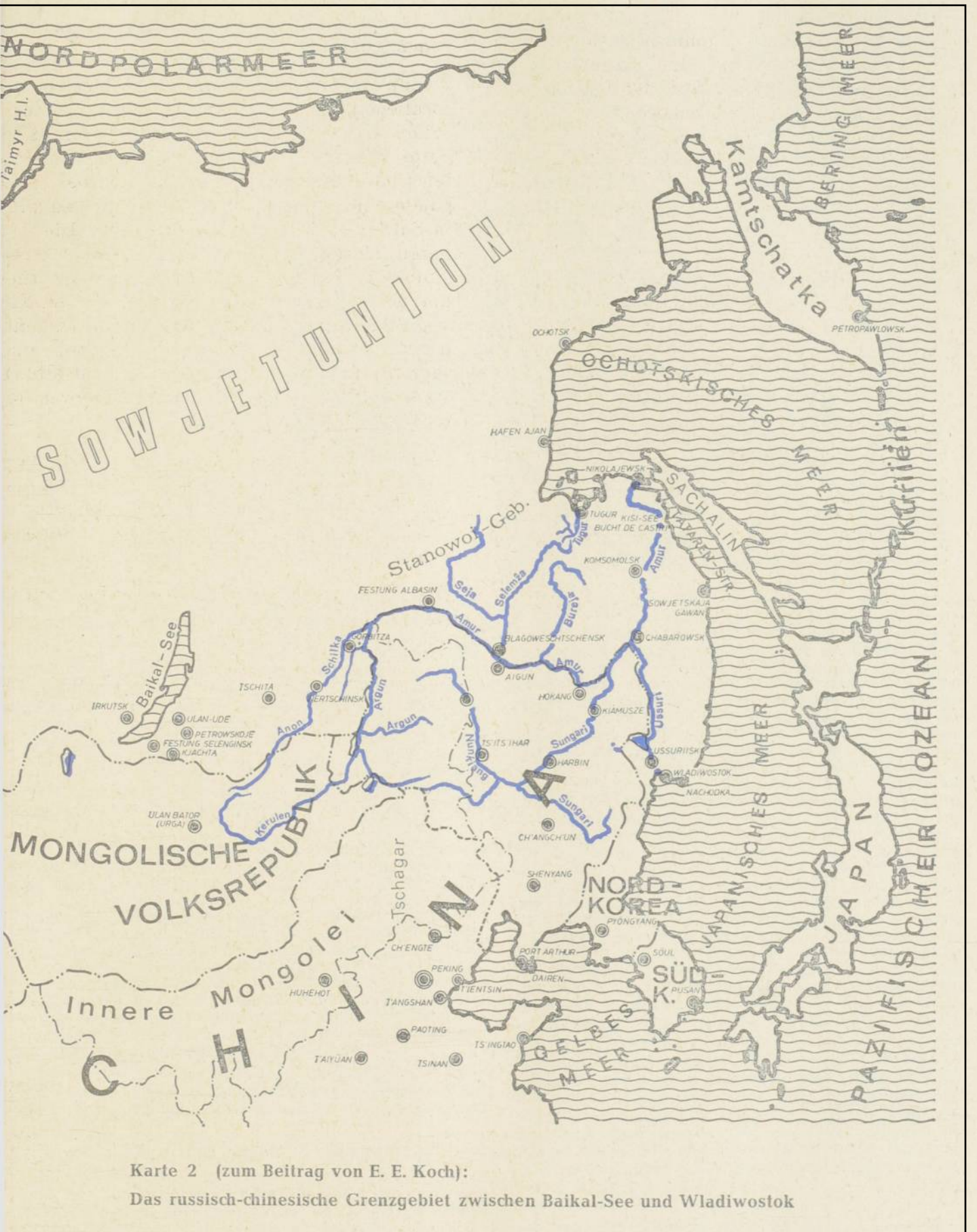
Das Manifest wird konkretisiert in zwei Erklärungen des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Leo Karakhan.

Sie spielen in den Grenzverhandlungen von Peking, seit Januar 1970, abermals eine Rolle. Karakhan verkündete in der Deklaration vom 25. Juli 1919:

„Die Räte-Regierung erklärt sämtliche geheimen Verträge für null und nichtig, die früher von Rußland mit Japan, China und den Ex-Alliierten (Frankreich und England) geschlossen worden waren. Diese Verträge dienten den Regierungen der Zaren und der Alliierten zur Versklavung der Völker des Ostens und insbesondere Chinas.“

1920, in der zweiten Deklaration, drückte sich Karakhan noch genauer aus:

„Die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepubliken erklärt sämtliche von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossenen Verträge für null und nichtig und widerruft die Gültigkeit aller Annektierungen chinesischen Territoriums sowie aller Konzessionen in China und gibt China, frei von Abgaben und für immer, alles zurück, was ihm durch die Zaren und die russische Bourgeoisie geraubt wurde.“



Karte 3:

Die ungleichen Verträge
und ihre territorialen
Konsequenzen
in chinesischer Sicht



1) Lehrbuch der modernen Geschichte Chinas, erschienen 1954 in Peking; 2) Historical and Commercial Atlas of China by A. Herrmann, Harvard University Press 1953; 3) den im „Archiv der Gegenwart“ fortlaufend veröffentlichten chinesischen und sowjetischen Darstellungen im Rahmen der gesamten Auseinandersetzung; 4) Bruno Skibbe: China, eine Landeskunde; Keyserische Verlagsbuchhandlung, Heidelberg 1959. — Die chinesische Karte zeigt (hier dicke blaue Linie) den Grenzverlauf des chinesischen Imperiums „Vor der imperialistischen Einkreisung Chinas 1840 bis 1919“; diese Grenze entspricht auch den Souveränitätsforderungen der Ersten Republik China.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß eine am 15. Mai 1950 in Moskau erschienene Wandkarte Chinas sowohl das auf der Skizze mit B bezeichnete Territorium (Aksai-Chin-Plateau) wie auch das damals noch zu Tibet gehörende Osttibet wie auch das von der VR China beanspruchte Territorium südlich der sogenannten MacMahon-Linie in der North-East Frontier Agency Indiens bereits als chinesische Territorien zeigt: das Aksai-Chin-Plateau als Teil Sinkiangs, Osttibet (Tschamdo) als Sikan, die Gebiete südlich der MacMahon-Linie östlich von Bhutan bis zur Südverlängerung der Grenze zwischen Tibet und Tschamdo als Teil Tibets, östlich dieser Südverlagerung als Teil Sikans.

Die in der folgenden Erläuterung der Ziffern und Buchstaben der Karte in Anführungszeichen gegebenen Erklärungen entstammen der genannten chinesischen Karte von 1954.

- (A) Ili-Tal: Im Vertrag von St. Petersburg 1831 an China zurückgegeben.
- (B) Von China beanspruchtes Gebiet des kaschmirischen Ladakh (Aksai-Chin-Plateau), um das China mit Indien Krieg führte.
- (C) Kaschmir (1. Pakistanisch-Kaschmir, 2. Indisch-Kaschmir); endgültige Regelung der Zugehörigkeit beider Gebiete zu einem der beiden Staaten oder Separierung nach dem gegenwärtigen Verwaltungsstand steht noch aus.

I. Afghanistan, II. Pakistan (1. West-, 2. Ost-Pakistan).

- (1) Der „Große Nordwesten“ wurde von der „Pest Asiens, dem russischen Imperialismus“ 1864 okkupiert und im Vertrag von St. Petersburg 1881 bestätigt; das Gebiet gehört heute zu den Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan.
- (2) Gehörte ebenfalls zum Mandschu-Imperium, wird aber schon nicht mehr als Erbmasse dieses Reiches angesehen.
- (3) Das Pamir-Plateau wurde „1896 heimlich zwischen England und Rußland geteilt“.
- (4) Nepal „fiel 1898 an England, nachdem es ihm die Unabhängigkeit versprochen hatte“.
- (5) Sikkim „wurde 1889 von den Engländern okkupiert“.
- (6) Bhutan „fiel den Engländern 1865 anheim“.
- (7) Assam „wurde 1876 von Burma unbefugt den Engländern abgetreten“; um die Nordostecke (östlich von Bhutan) führten China und Indien Krieg.
- (8) Burma „wurde 1866 Teil des britischen Reiches“.
- (9) Die Andaman-Inseln „fielen gleichfalls an die Briten“.
- (10) Malaya „wurde 1895 von England okkupiert“.
- (11) Thailand „gelangte unter anglo-französische Kontrolle und wurde 1904 ‚unabhängig‘ erklärt“.
- (12) (1. Laos, 2. Nord- und 3. Süd-Vietnam, 4. Kambodscha) Annam „wurde 1895 durch die Franzosen gestohlen“.
- (13) Taiwan (Formosa) und die Penghu-Inseln (Pescadores) „wurden Japan 1895 im Vertrag von Shimonoseki überantwortet“.
- (14) Die Sulu-Inseln „wurden von den Briten okkupiert“.
- (15) Die Ryu-Kyu-Inseln „wurden 1910 von Japan annektiert“.
- (16) (1. Nord-, 2. Süd-Korea) „vor 1895 chinesisches Dominion, 1885“ (durch den Vertrag von Shimonoseki) „unter Japan ‚unabhängig‘, 1910 durch Japan annektiert“.
- (17) (18) „Der Große Nordosten fiel durch Verträge von 1858 in Aigun“ (westlich des Amur-Unterlaufes) „an die Russen. Er gehört zum Landraub in Ostsibirien“.
- (19) Die Kurilen „wurden zwischen Japan und Rußland aufgeteilt“.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Siegler & Co KG, Verlag für Zeitarhive, Bonn — Wien — Zürich, entnommen aus „Politische, militärische, wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Pakte der Welt“, zusammengestellt von Dr. Heinrich von Siegler und Hanswilhelm Haefs.

Das Manifest Lenins und die Erklärungen Karkhans wurden aber nach Stalins Machtergreifung im Kreml bald anders interpretiert: Die meisten dieser Völker hätten sich bereits zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bekannt, und die im Lauf des siebzehnten Jahrhunderts im Auftrage des Mandschu-Kaisers Kiang-H'si angefertigten Landkarten Chinas und vor allem die Demarkationslinien gegenüber Rußland seien „Phantasiegebilde“. Das gleiche gelte für Chinas Ansprüche auf das Land östlich des Amur, zwischen dem Strom und dem Pazifik, das nie „chinesische Provinz“ gewesen sei. Dieses Territorium, die Maritimen Provinzen, hätten niemals unter chinesischer Jurisdiktion oder Administration gestanden. Russische Pioniere und Bauern hätten das herrenlose Land in Besitz genommen.

Stalin erkannte frühzeitig die Gefahr, die östlich des Baikalsees dem sowjetischen Imperium drohte. Er ordnete die Zwangsbesiedlung Sibiriens an. Junge Bauern mußten sich nach Ableistung ihres Wehrdienstes verpflichten, die Einöden der Taiga zwischen Jenissej und Amur zu besiedeln. Die Strafgefangenen der Zuchthäuser und Konzentrationslager konnten durch das Dekret Stalins in Ost-Sibirien ihre Freiheit wiedererlangen.

Ähnlich, wenn auch nicht mit gleicher Dringlichkeit, sollte die Besiedlung der zentralasiatischen Sowjetrepubliken, bisher zumeist von Viehzüchter-Nomaden oder Bergstämmen bewohnt, vorangetrieben werden.

Jenseits der Grenzgebirge lag die von den eigentlichen Chinesen, den Han, nicht besiedelte, den Karten nach aber chinesische Provinz Sinkiang¹⁶⁾. Sie hatte viele Jahrhunderte nach einem eigenen Staatswesen gestrebt, hatte ihre eigene Jurisdiktion und zeigte offen ihre Feindschaft gegen die „Han-Leute“, die überheblichen Chinesen aus der Herrenrasse, die zumeist als Händler ins Land kamen.

Stalin ließ erkennen, daß er die Gründung eines autonomen Staates Sinkiang begrüßen würde. Zugleich mit seinem Bemühen, Sibirien und Zentralasien durch russische Siedler aufzufüllen, leitete er zum erstenmal in der Geschichte Asiens wirksame und kontinuierliche Entwicklungshilfe in den Nordosten — die Gebiete östlich des Baikalsees — und in die zentralasiatischen Sowjetrepubliken; auch das, wie es schien, mehr oder weniger herrenlose Sin-

kiang wurde einbezogen. Dagegen war in Peking auch zur Zeit der Herrschaft Tschiang Kai-scheks der „Ferne Nordwesten“ fast vergessen. Schon bald nach der Eingliederung der Territorien und Völkerschaften Russisch-Zentralasiens in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entwickelte Moskau eine Aufbauplan zur Industrialisierung dieser entlegenen, oft wüstengleichen Länder. Man konnte sich dabei auf eine solide Rohstoffbasis, auf große Fundstellen von Kohle, Eisen und strategisch wichtigen Metallen stützen. Der Entwicklungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Die neuen, sich immer mehr entfaltenden Industriegebiete um Karaganda und Pawlodar, bei Alma Ata und Dshambul sowie in der Kirgisischen SSR sind Beweise für das, was die Sowjetunion hier technisch-ökonomisch leistet.

Moskau hatte zunächst Geologen, Bergbauexperten und Fachleute für Brunnenbau und Bewässerungsanlagen nach Zentralasien und Sinkiang gesandt und ferner zu den Khans der Nomadenstämme — Turkvölkerschaften, Tadschiken — erfahrene Viehzüchter und Veterinäre.

In Sinkiang bei Karamai lockten ungewöhnlich reiche Ölfelder, in den Gebirgen und Wüsten hatte man seltene, strategisch wertvolle Minerale, Diamanten, Gold, Platin und Silber gefunden. Auch „Pechblende“, unter den Wissenschaftlern damals schon Uran genannt, wurde festgestellt. Für die Gewinnung von Radium lagen die Fundstätten allerdings bei weitem zu „verkehrsfern“.

In den dreißiger Jahren hatten Chinas Kommunisten von Sinkiang aus versucht, ihre eigene, von den Weisungen der Komintern unabhängige Revolution auszubreiten. Mao Tse-ming, der Bruder Mao Tse-tungs, war nach Sinkiang gekommen, um hier einen kommunistischen Brückenkopf zu errichten und eine eigene Volksrepublik, den separatistischen Staat Sinkiang zu gründen¹⁷⁾. Stalin vereitelte die Pläne Mao Tse-mings. Die Uiguren vertrieben den chinesischen Eindringling und seine Funktionäre. Mao Tse-ming ist nach dem Großen Marsch umgekommen.

Damals hat es also bereits eine von den Kommunisten herbeigeführte sowjetisch-chinesische Konfrontation gegeben. Sie bestand fort, solange Tschiang Kai-schek auf dem Festland kämpfte. Es kann angenommen werden, daß Stalin kurz nach dem Zweiten Weltkrieg dem

¹⁶⁾ Vgl. Die Geschichte Sinkiangs, in: E. E. Koch, Rotchina ist anders, Freiburg 1964.

¹⁷⁾ Zum Separatismus in Sinkiang siehe auch E. E. Koch, a. a. O.

Generalissimus der Kuomintang-Armeen umfassende Hilfe, auch gegen die Streitkräfte Mao Tse-tungs, angeboten hat. Eine sowjetische Note vom 21. Januar 1946 schlug der chinesischen Nationalregierung u. a. auch die gemeinsame Verwaltung der Mandschurei vor. Von verschiedenen China-Experten wird die Ansicht vertreten, Tschiang Kai-scheks Entscheidung gegen die Überlassung der Mandschurei an die UdSSR sei ein wesentlicher Grund dafür gewesen, daß Mao mit seiner Armee und Partei schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg in China die Macht ergreifen konnte. Stalin hätte bei einem Entgegenkommen Tschiangs diese Entwicklung bis zuletzt zu verhindern versucht¹⁸⁾. Die schon wenige Jahre nach Maos Machtergreifung sichtbar werdende sowjetisch-chinesische Spannung läßt sich aus diesem Ursprung jedenfalls zum Teil erklären¹⁹⁾. Ein anderer Umstand kommt hinzu, der vielleicht sogar primär für den Haß der kommunistischen Han-Leute auf „die neuen Zaren“ verantwortlich ist. Stalin ließ, ehe die Mandschurei 1949 unter die Hoheit der VR China gelangte, die von den Japanern in der Mandschurei aufgebaute Schwerindustrie demontieren. Die Volksrepublik China mußte der UdSSR quasi Reparationen für die Rückgabe der Mandschurei zahlen. Auch aus Sinkiang wollte Stalin, wenn es schon einstweilen in chinesischen Händen blieb, möglichst viel herausholen.

Am Vorabend der kommunistischen Machtübernahme in China schrieb ein hervorragender Kenner der Situation Asiens, Owen Lattimore, aus der Sinkiang-Hauptstadt Urumchi, damals nur eine Karawanserei an der Seidenstraße: „Infolge der sowjetischen Entwicklungshilfe ist Sinkiang im Grunde genommen eine Provinz der UdSSR.“

Ob nun Sinkiang wirklich zu China gehörte oder nicht, war noch im Zweiten Weltkrieg und auch in den ihn überdauernden chinesischen Wirren umstritten. Erst Mao Tse-tung machte es sofort nach seiner Machtergreifung im Herbst 1949 klar: Die Autonome Region Sinkiang ist ein Teil Chinas.

Sowjetisch-chinesische Abkommen nach der Machtergreifung Mao Tse-tungs

Mao Tse-tung folgte am 14. Februar 1950 einer sowjetischen Einladung, um im Kreml folgende Vertragswerke zu unterzeichnen²⁰⁾:

¹⁸⁾ S. auch Boris Meissner, Das Ostpaktsystem, Hamburg 1951.

¹⁹⁾ Vgl. A Background Special, The Sino-Soviet Conflict, London 1965.

den Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitige Hilfe;

das Abkommen über die Rückgabe der Tschang-tschun Eisenbahn sowie über Port Arthur und Dairen;

das Abkommen über die Gewährung eines Kredites an die Volksrepublik China.

Daran schlossen sich am 27. März 1950 nach zäh geführten Verhandlungen an:

der Vertrag über die Gründung der chinesisch-sowjetischen Aktiengesellschaft für Erdöl und Buntmetall in Sinkiang (Buntmetallgesellschaft Sinkiang) und

der Vertrag über die Gründung der sowjetisch-chinesischen Aktiengesellschaft für die Zivilluftfahrt.

Die Geltungsdauer des Sinkiang-Buntmetall- und Erdölvertrages lautete auf 30 Jahre. Aber nach kaum sechs Jahren der Durchführung, wobei sich die UdSSR den Hauptnutzen aus den Rohstoffvorkommen Sinkiangs verschaffte, wurde dieser Vertrag durch Peking fristlos gekündigt.

Trotz dieser provokatorischen Kündigung leistete die UdSSR zunächst die Entwicklungshilfe weiter. Moskau hatte vertragsgetreu die gemeinsame sowjetisch-chinesische Verwaltung der Tschang-tschun-Eisenbahn bis 1952 betrieben. Auch Port Arthur war China zurückgegeben worden. Wegen der Rückgabe Dairens fanden Verhandlungen statt²¹⁾.

Mit einer Teilzahlung auf den 1950 gewährten Kredit hatte die Sowjetunion dem Peking-Regime 300 Millionen US-Dollar „für die Bezahlung von Industrieausrüstungen und anderen Materialien“ zur Verfügung gestellt.

Moskau lieferte gemäß den im einzelnen getroffenen Abmachungen „Anlagen für Kraftwerke (insbesondere auch für Sinkiang), ferner Hütten- und Maschinenbauwerke, Einrichtungen für Kohle- und Erzbergwerke, für Eisenbahn- und sonstige Verkehrsanlagen, für Schienen und andere Materialien zum Wiederaufbau“ (der Mandschurei).

Gemäß dem Luftfahrtabkommen wurden die inneren chinesischen Fluglinien eingerichtet. Große chinesisch-sowjetische „Freundschaftslinien“ im Luftverkehr entstanden: Peking-Tschita, Peking-Irkutsk, Peking-Alma Ata.

²⁰⁾ Vgl. Bernhard Großmann, Die wirtschaftliche Entwicklung der VR China, Stuttgart 1960.

²¹⁾ Ebenda.

Ein weiterer Vertrag, das „Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit“, in dem ein „Erfahrungs- und Informationsaustausch und der Austausch von technischen Daten und Fachleuten“ vereinbart wurde, ist am 12. Oktober 1954 unterzeichnet worden. Damit begann die UdSSR, das System Mao Tse-tungs mit den Grundlagen der nuklearen Forschung bekanntzumachen.

Aufgrund dieser sowjetischen Hilfe war es der VR China möglich, ein oder gar zwei Jahrzehnte der nuklearen Forschung und des Experimentierens zu überspringen. Das erste atomare Forschungszentrum wurde durch sowjetische Fachleute in Urumchi errichtet; damit wurde Sinkiang zur „Kernforschungsregion“.

Der Aufbau der chinesischen Atomrüstung hätte ohne die sowjetische Hilfe in Sinkiang bei weitem nicht im gleichen Ausmaß betrieben werden können. Peking hatte es der UdSSR zu verdanken, daß allein bis Ende 1954 nach geologischen Forschungen im Altai, im Tianschan und im Pamir 15 Gruben zum Abbau strategischer Metalle einschließlich Uran errichtet wurden. Seitdem soll sich die Zahl derartiger Bergwerke verdreifacht haben.

Der „Erdölhorizont“ in Sinkiang, das große unterirdische Vorkommen von Wusu, war schon durch Stalins Entwicklungshilfe erschlossen worden. Sie wurde gewährt im Sinne sowjetischer Subversion, um nach der wirtschaftlichen Expansion der UdSSR im Nordwesten Chinas ein Protektorat wie die Mongolische Volksrepublik zu schaffen. Die Erdölgesellschaft Sinkiang, ein sowjetisch-chinesisches Gemeinschaftsunternehmen, baute die große Raffinerie von Tu-schan-tzu: In Wahrheit war aber die UdSSR der alleinige „Bauherr“.

Mit sowjetischer Hilfe war bereits Ende der dreißiger Jahre — allerdings nicht vergleichbar mit den Sinkiang-Vorkommen — das Erdölrevier Yümen in Kansu, damals das größte Chinas, abgebaut worden.

Mit der Entwicklungshilfe der UdSSR zur Erschließung dieses strategischen Rohstoffs in der VR China, so glaubte auch Chruschtschow, werde er China eng an Rußland binden können. Mit sowjetischer Unterstützung wurden drei weitere große Vorkommen nutzbar gemacht: im Tsaidam-Becken im Nordwesten (vor Tibet) im Karamai-Revier in der Dsungarei (Nord-Sinkiang) sowie in Zentral-Szechuan die Lagerstätten von Lung-nü-ssu und Nan-ch'ung.

Radio Peking dankte den sowjetischen Genossen am 18. Oktober 1956 für „wertvolle Hilfe im Niederbringen der Ölbrunnen durch die Lieferung modernsten Bohrgeräts wie der Turbinenbohranlagen“.

Nach chinesischer Darstellung verband sich mit der Arbeit sowjetischer Experten in Sinkiang und im übrigen Nordwest-China die politische Unterwanderung vor allem der Uiguren und Kasachen durch geschulte Agenten Moskaus. Zunächst wurde kein Anstoß daran genommen, daß diese Stämme diesseits und jenseits der chinesisch-sowjetischen Grenze mit ihren Herden die Weideplätze aufsuchten. Später behaupteten dann die chinesischen Behörden, Kasachen und Uiguren schmuggelten große Mengen von Waffen nach Sinkiang. In Peking regte sich infolge dieser Entwicklung wieder die Fraktion, die von vornherein die gemeinsame chinesisch-sowjetische Ausnutzung der Ressourcen abgelehnt hatte; für sie waren die Sowjets wie alle anderen Russen Imperialisten. Es würde gefährlich sein, sich mit ihnen einzulassen. Doch die Gegenstimmen im Pekinger Politbüro behielten das Übergewicht. Sie wiesen darauf hin, daß die Hilfe der Sowjetunion für die Industrialisierung Chinas unerläßlich sei. Dieses Argument ließ sich hören. Im Jahre 1953 hatte Moskau die Errichtung von 141 großen Industrieprojekten in China zugesagt. Stahlkombinate, Buntmetallwerke, Kohlengruben, Erdölraffinerien, Maschinenfabriken, Automobilwerke, Traktorenfabriken, Kraftwerke wurden in Angriff genommen und innerhalb der gesetzten Fristen beendet. Dazu kamen weitere 15 und dann abermals 55 Großprojekte im Werte von 2,5 Milliarden Rubel. Die Sowjetunion hatte deren Verwirklichung sogar noch zu einer Zeit zugesagt, als die Fortsetzung der Gemeinschaftsarbeit in der Sinkiang-Buntmetall-Gesellschaft bereits in Frage stand, nämlich am 7. April 1956²²⁾.

Noch ein weiteres Abkommen wurde getroffen. Die Sowjetunion verpflichtete sich am 7. Februar 1959, obwohl in Sinkiang und am Amur die Zahl der Grenzzwischenfälle zunahm, mit einem Aufwand von 5 Milliarden Yüan (1 Yüan = 0,406 US-Dollar) zum Aufbau von 78 Großbetrieben der Metallurgie, der

²²⁾ Vgl. Vsevolod Holubnychy, Soviet Economic Aid to China, Bulletin of the Institute for the Study of the UdSSR, Vol III, 1956; Die Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, in: Band I der Schriften des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1957.

Chemie, des Mineralölbereichs, des Bergbaus, der Maschinen- und Bauindustrie und der Energiewirtschaft.

Zweifellos wollte damals die sowjetische Führung unter Chruschtschow China noch einmal durch Entwicklungshilfe und Waffenlieferung an die Kommunistische Internationale Moskauer Prägung binden. Aber Chinas Konzeption von der Errichtung eines eigenen Imperiums stand den sowjetischen Absichten entgegen.

Das Absurde an dieser Situation war, daß die Sowjetunion mit ihrer Hilfe für den gigantischen Konkurrenten dessen nukleare Rüstung einschließlich der Rüstung mit den Trägerwaffen wesentlich, wahrscheinlich um Jahrzehnte vorangetrieben hat.

Die USA „lieferten“ perfekte Kern- und Raketophysiker chinesischer Abstammung, die in den USA zu Kapazitäten aufgestiegen waren, so den Nuklear-Physiker Chao Chung-yao und den Raketenphysiker Tsien Hsue-shen, den „Vater der chinesischen Fernraketen“.

Die VR China ist im Urteil maßgebender militärischer Experten gegenwärtig bereits zur Zerstörung der wichtigsten Produktionsanlagen der UdSSR in den Industriegebieten Zentralasiens am Balchasch-See (Karaganda, Semipalatinsk, Alma Ata, Dsambul) in der Lage; sie kann ebenso Sibirien verheerend treffen, von den Maritimen Provinzen (am Pazifik) ganz abgesehen.

Vor diesem Hintergrund wirkt auch die Tatsache unverständlich, daß die Sowjetunion (aufgrund des Vertrags vom 12. Oktober 1954) die strategisch wichtige Eisenbahn Lanchou-Urumchi-Alma Ata mit chinesischen Zwangsarbeitern (vorwiegend aus den Konzentrationslagern der Inneren Mongolei und der Dsungarei) für die VR China gebaut hat. Die Chinesen, deren gesamtes Streckennetz nur ungefähr 40 000 Kilometer umfaßt, hätten diese Bahn nicht in annähernd so kurzer Zeit fertigstellen können.

Die Minderheiten in Sinkiang

Die Zahl der Nichtchinesen in China beträgt ungefähr 50 Millionen. Ihre Zahl für Nordwest-China genauer anzugeben, ist deshalb schwierig, weil die rotchinesische Statistik (im „Volkshandbuch“) undurchsichtig ist. Nach Schätzungen beträgt die Zahl der in Nordwest-China (einschließlich der Provinzen Tsching-

hai, Kansu und Schensi lebenden Nichtchinesen etwa 30 Millionen.

Moskau ging zu einer besonderen Art der Unterwanderung der Turkvölker und Mongolen über. Zunächst wurden die Nomaden mit Transistorradiogeräten versorgt. In den Grenzdörfern erhielten alle Sippen der Klans auch größere Radiogeräte. Der Sender „Freies Sinkiang“ im Gebiet der Uiguren von Kasachstan rief in regelmäßigen täglichen Sendungen auf uigurisch, usbekisch und mongolisch zum „Befreiungskampf gegen die imperialistischen Usurpatoren“ auf.

Soweit es sich zurückverfolgen läßt, begannen diese Sendungen bereits 1957. Chinesische Proteste sollen in Moskau damit beantwortet worden sein, daß es sich um „unaufspürbare Partisanen-Sender“ handle. Es sei im übrigen keineswegs erwiesen, daß der Standort der Station auf sowjetischem Territorium liege.

Aus diesen Disputen entwickelten sich, wie leicht vorauszusehen war, abermals Streitigkeiten über den Grenzverlauf. Er war trotz des Ili-Vertrags (1881) nicht markiert worden. Da und dort standen zwar Grenzsteine, aber es gab keine exakte Grenzziehung. In der Festlegung des Grenzverlaufs wichen chinesische und sowjetische Landkarten erheblich voneinander ab. Seit 1957 wurden in Peking gedruckte Landkarten mit dem Titel „Der Nordwesten Chinas“ verteilt. Danach gehörte das gesamte Ili-Becken, also die Kasachische SSR, zur Volksrepublik China.

Die Chinesen waren nach und nach dazu übergegangen, die Minoritäten in ganz Nordwest-China zum Kommunismus zu zwingen. Die Viehzüchter-Uiguren und Usbeken sollten sich in Kollektiven zusammenschließen und möglichst sogar Kommunen bilden. Kommunistische Funktionäre verhöhnten die strenggläubigen Muslims, sie seien „abergläubische Speichellecker des Propheten-Götzen“. Bewaffnete Trupps der Uiguren liquidierten daraufhin einige der Funktionäre aus Urumchi. Lokale Aufstände loderten täglich auf. Von chinesischen Funktionären — und vor allem den Steuereintreibern — bedrängte Uiguren-Nomaden zogen mit ihren Herden nach Kasachstan, in die „herrliche UdSSR“, wie es in den Propaganda-Sendungen der Sowjetunion hieß.

Peking ordnete eine stärkere chinesische Besiedlung des Grenzbereichs an. Uigurische Partisanen schossen nachts die befestigten Handdörfer in Brand und vergifteten ihre Brunnen. Es wurde für die Chinesen äußerst gefährlich,

unter den Usbeken, Uiguren und Mongolen zu leben. Uiguren und Usbeken aus Sinkiang schilderten in Alma Ata die Zwischenfälle²³⁾. Der Autor befand sich zu dieser Zeit im Karakorum, an der Grenze von Sinkiang. Uigurische Klans flüchteten mit ihren Schafen ins Gebirge. Männer und Frauen waren bis an die Zähne bewaffnet. Die pakistanischen Grenzwachposten kamen in Verlegenheit. Das Flüchtlingsproblem sollte zu keiner Belastung der pakistanisch-chinesischen Beziehungen führen. Die uigurischen Glaubensbrüder verlangten Asyl, das schließlich gewährt wurde. Allerdings hieß es offiziell, „chinesische Nomadenpersonen“ seien an der Grenze zurückgewiesen worden. Das traf sogar zu, war aber praktisch belanglos, da die nicht einmal markierte Grenze an jeder beliebigen anderen Stelle des wildzerklüfteten Massivs unbemerkt überschritten werden konnte.

Diese Uiguren bestätigten Berichte von Massenübertritten ihrer Volkszugehörigen in die

Sowjetunion. Eine regelrechte Völkerwanderung habe nach Kasachstan stattgefunden, 60 000 oder noch weit mehr Uiguren seien hinübergezogen²⁴⁾.

Allmählich sickerte es durch, daß auch der Stellvertretende Militärkommandeur von Sinkiang, der Uigure General Zunun Taipow, mit seinen Uiguren-Regimentern zu den Sowjets desertiert war. Ein Hirte schilderte, wie die „Han-People“ (Han-Leute), zumeist junge Burschen, neuerdings mit roten Fahnen, „ins Land der Gräser“, ins Weideland der Nomaden, einfielen und alles Vieh zu Staatseigentum erklären wollten. Die Folge seien regelrechte Schlachten zwischen Uiguren und Roten Gardes gewesen. Starke, bewaffnete Uiguren-Trupps würden in Sinkiang eindringen und die Han-Siedlungen zerstören, Brücken und Knotenpunkte der Sinkiang-Eisenbahn sprengen. Die Trupps würden sich dann wieder zurückziehen, ehe die Chinesen zuschlagen könnten.

Zur militärischen Lage

Im Sinne der Strategie bilden die sowjetischen Republiken in Zentralasien und Ost-Sibirien trotz der gewaltigen Ausdehnung des Raumes eine Einheit. Die Grenzziehung ermöglicht einen Zangengriff der UdSSR gegen die chinesischen Nordwest-Provinzen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion das Protektorat über die mongolische Volksrepublik, also das Zentral-Sibirien vorgelagerte Aufmarschgebiet der Sowjetunion, innehat, vervollständigt das Bild der halboffenen Zange²⁵⁾.

Sollte es je zu einem großen Krieg zwischen der UdSSR und der VR China kommen, wären wahrscheinlich auch die Territorien der Nordgrenzen Indiens und — wegen des natürlichen

Zusammenhangs mit dem sowjetischen Pamir — auch Teile Pakistans das Aufmarschgebiet sowjetischer Armeen. Nordwest-China wäre dann völlig im sowjetischen Bogengriff.

Unmittelbar an der sowjetischen Ostfront dürften gegenwärtig etwa 50 kriegsstarke Divisionen entlang dem Grenzverlauf von der Südspitze Tuwas bis zum Pamir aufmarschiert sein. In Ostsibirien ist die Zahl der sowjetischen Streitkräfte mit Sicherheit gleich hoch. Im Hinterland Sowjetisch-Zentralasiens und Ostsibiriens stehen nach Ansicht der militärischen Aufklärung Japans und der USA allein östlich des Urals weitere 50 Angriffs-Divisionen. Die Fronttruppe könnte also im Airlift jederzeit „hinreichend“ verstärkt werden. Aus Westrußland seien „ausgedehnte Truppenbewegungen“ jederzeit mit der Transsibirischen Bahn möglich. Ende 1969 waren zumindest zehn kriegsstarke sowjetische Divisionen in der Mongolischen Volksrepublik zusammengezogen, darunter zwei Panzerdivisionen. Am Rande des Mongolischen Altai, in der Äußeren Mongolei, wurden unabhängig von den sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen in Peking die Flugplätze für Fern-

²³⁾ Vgl. V. M. Khrostow im sowjetischen Journal „International Life“, Nr. 10, 1964.

²⁴⁾ Vgl. einen Bericht in der chinesischen „Roten Fahne“ vom 4. Februar 1964; ferner ein Rundschreiben des Zentralkomitees der KPCh vom 29. Februar 1964 über die sowjetische Subversion in Sinkiang.

²⁵⁾ Vgl. zur militärischen Lage die Berichte in der „Kazachstanskaya Prawda“ von 1964 bis 1969 und insbesondere den Aufruf an die Bevölkerung der Grenzgebiete vom 12. Januar 1964, ferner „Times“ vom 12. Dezember 1968 und die Berichte des Institute of Strategic Studies, London 1968/1969.

bomber der UdSSR ausgebaut, und die Äußere Mongolei, die Mongolische Volksrepublik, ist ein verlässlicher Partner der Sowjetunion. Nach den Zwischenfällen (vom 8. Juli) auf der Goldinskij/Pacha Insel stellte UNEN, die maßgebende Zeitung der VR Mongolei, fest, das mongolische Volk werde unter allen Umständen die UdSSR gegen die böswillige chinesische Politik der fortdauernden Provokationen unterstützen: „Die Maoisten sind darauf aus, alles zur Verschlechterung der Lage an der Grenze und der chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu tun. Dieses Verhalten geht nicht mehr nur die Sowjetunion und die VR China an; es berührt die ganze kommunistische Bewegung.“

UNEN wandte sich weiter gegen die „bewaffneten chinesischen Provokationen in Sinkiang und bei Semipalatinsk“. Mit den Streitkräften der UdSSR und „der anderen kommunistischen Mächte“ verteidigt auch die Armee der Mongolischen Volksrepublik auf ihrem Frontabschnitt „die Freiheit und den Frieden Asiens“.

Verkannt oder wenig beachtet wurden bisher die sowjetischen „Seeoperationen“. In Wladiwostok und Nachodka, an der Südspitze der Maritimen Provinzen, dürften 150 sowjetische Unterseeboote versammelt sein, in verschiedenen Häfen der Kamtschatka-Halbinsel wenigstens 100 U-Boote. Einige der neuesten sowjetischen atomgetriebenen, dem Polaris-Typ verwandten Unterwasser-Raketenträger sind gleichfalls an der äußerst verwundbaren Ostküste Chinas zusammengezogen.

Das seestrategische Konzept der UdSSR in der Konfrontation mit der VR China sieht offenbar keine Landeunternehmen vor, jedoch kombinierte Raketenangriffe und Blockademaßnahmen.

Die Völker Zentralasiens, Kasachen, Usbeken, Kirgisen, unterhalten an der sowjetischen Ostgrenze eigene militärische Einheiten unter dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte. Überdies haben die Uiguren eine eigene Guerilla-Armee aufgestellt. Sie soll (Ende 1969) 200 000 Mann zählen; kleine Trupps werden auch für Sabotageaktionen ausgebildet.

Die Aufstellung solcher Guerillatruppen könnte auf die Möglichkeit hinweisen, daß die UdSSR gegen die VR China notfalls einen unerklärten, offiziell nicht bestehenden Krieg zu führen gewillt ist.

Wie sieht es auf der chinesischen Seite aus? Eine Zeitung der Roten Garden, „Hung Wei Ping Pao“, hatte im Juli 1968 eine für die ge-

spannte Entwicklung bezeichnende Meldung veröffentlicht: „Verteidigungsminister Lin Piao hat am 4. und 9. April die Kommandeure der 63. und 69. Armee und zugleich die Kommandeure des Militärbezirks Peking empfangen. Lin Piao erläuterte ihnen den Aufbau der Verteidigung in den Wüsten-Arealen: in Sinkiang, in der Inneren Mongolei, Kansu, Tsing-hai, Schen-si und Ning-hsia Hui.“ Anderthalb Jahre später, Ende 1969, war das Verteidigungswerk fertiggestellt. Es verteilt sich über 600 000 Quadratkilometer.

Eine durchgehende Anlage von Bunkern und Raketenbasen reicht in einer Länge von 1700 Kilometer von Silinhot (Tschachar, östliche Innere Mongolei) bis zur Patanlinchi-Wüste im Westen. Bunker und Raketenbasen setzen sich als Teil der Befestigungsbauten, die mehrere Millionen Milizsoldaten errichteten, im Tarim-Becken und der Dsungarei fort.

Lin Piao gab den Militärkommandeuren Nordchinas die Bildung des Militärgebiets Innere Mongolei bekannt. Das Oberkommando führt der Befehlshaber der Militärregion Peking, Liu Hsien-chuan, ein enger Vertrauter Lin Piaos. Damit wurde klar, daß der Inneren Mongolei und den mit ihr in der Verteidigung koordinierten anderen Gebiete Nordchinas die Aufgabe des Schutzes von Peking im Falle eines sowjetischen Versuchs des Durchstoßes auf die Hauptstadt übertragen worden war. Sendungen von Radio Peking (August 1969) warnten die Sowjets vor „weiteren Herausforderungen des chinesischen Volkes“. Die „sowjetischen Kolonial-Sozialisten“ sollten sich vor allem davor hüten, den Krieg gegen das chinesische Volk in die Innere Mongolei zu tragen.

Die Nachrichtenagentur „Neues China“ berichtete am 6. Juli 1969:

„Durch eine Reihe ungleicher Verträge und Übereinkommen, die durch die sowjetische revisionistische Renegaten-Clique der Mongolei aufgezwungen wurden, gelang es der imperialistischen UdSSR, eine große Zahl ihrer Truppen in der Mongolischen Volksrepublik festzusetzen. Die sowjetischen Revisionisten haben weiter nach Belieben ihre Experten und Berater zur unmittelbaren Kontrolle der Mongolischen Partei, der Regierung und Armee in die Mongolei entsandt. Die Kolonialherrschaft der Sowjetrevisionisten über die Mongolei ist, seit Breschnew zur Macht kam, im besonderen Maße verstärkt worden.“

Das Volk von China wird in der gleichen Erklärung gewarnt:

Die Sowjetunion wolle China in die Zange nehmen. Der Sowjetisch-Mongolische Freundschaftsvertrag (1966), von Breschnew unterzeichnet, biete die Grundlage für die Vorbereitung des Angriffs auf das chinesische Volk. Seit dem Vertragsabschluß seien die sowjetischen Truppen an allen strategisch wichtigen Punkten der Mongolei ständig verstärkt und entlang der gesamten mongolisch-chinesischen Grenze seien Basen für weittragende Raketen aufgebaut worden. Die Kriegsvorbereitungen würden unbegrenzt weitergehen. Ständige Manöver der Satellitenarmeen aus den Warschauer-Pakt-Staaten und der mongolischen Satellitenstreitmacht wiesen auf den Ernst der Lage hin. Die nahezu täglichen, zumeist von beiden Seiten verschwiegenen Grenzzwischenfälle südöstlich der großen Mauer, vor Heilungkiang (Mandschurei), griffen auf die gesamte Region der Gobi über.

Westliche Diplomaten in Ulan Bator halten die starken Truppenkonzentrationen auf beiden Seiten der Grenze zwischen der Äußeren und der Inneren Mongolei für nahezu ebenso gefährlich wie die Situation im Grenzgebiet Sinkiangs und Kasachstans. Sie verweisen auf die „angesammelte, ungeheure Feuerkraft der Sowjets“. In der Inneren Mongolei seien dagegen „mindestens 500 000 Mann der Miliz und 20 Divisionen der regulären rotchinesischen Armee auf alle Fälle bereitgestellt, und zwar

Der Propagandakrieg

Eine diplomatische Vertretung in Peking, die Botschaft einer „nicht-verpflichteten“ (neutralen) Nation, hat in einer Dokumentation die lange Reihe der Grenzzwischenfälle vor Sinkiang und am Amur zusammengestellt und deren — auch propagandistische — Eskalation aufgewiesen. In Anlehnung an diese Dokumentation versuchen wir im folgenden zu zeigen, wie die Verschärfung der Lage ihren Reflex im Ton der Verlautbarungen auf beiden Seiten findet.

Mao Tse-tung äußerte am 10. Juli 1964 gegenüber den zu Besuch in Peking weilenden Mitgliedern einer Mission der Sozialistischen Partei Japans: „Die Führung der Sowjetunion hat erklärt, daß Sinkiang und die Mandschurei der Sowjetunion einverleibt werden müssen. Wenn es notwendig werden sollte, werden wir auch mit den Sowjets einen 25jährigen Krieg führen. Erst vor 100 Jahren ist das gesamte Gebiet östlich des Baikalsees russisches

ausnahmslos Elite-Divisionen Lin Piaos, zur Verteidigung Pekings“.

Die militärische Aufklärung der Republik China (Taiwan) gab — insbesondere für die UdSSR — wichtige Einzelheiten des Aufbaus der Verteidigungsanlagen Rotchinas in den Wüsten-Arealen bekannt. Die großen Volksgemeinden und Dörfer wurden untereinander mit Bunkerketten verbunden. In Sinkiang wie in der Inneren Mongolei haben Millionen Milizsoldaten in ununterbrochener Arbeit Fernstraßen gebaut, in der Inneren Mongolei allein 18 000 Kilometer.

Soweit es möglich war, sind die Minderheiten aus festen Dörfern entlang den Grenzen ins Innere der Regionen umgesiedelt worden. Militärpatrouillen versuchten die Vertreibung der Uiguren- und Usbeken- sowie der Kasachen-Nomaden aus den Grenzgebieten.

Alles in allem waren die VR China und die UdSSR nach den Zusammenstößen bei Yumin in Sinkiang im August 1969 dem Kriege näher, als es im allgemeinen zugegeben wird. Yumin, in dessen Nähe nach chinesischen Behauptungen die Sowjets ihre Vorhuten auf chinesisches Gebiet verlegt hatten, liegt nur 150 Meilen von den reichen Ölfeldern bei Karamai und Tu-schan-tzu entfernt, und nur 500 Meilen von Lopnor, dem atomaren Testgelände in der Takla-makan-Wüste.

Territorium geworden — mit Wladiwostok, Chabarowsk und der Kamtschatka. Wir haben dafür unsere Rechnung noch nicht aufgemacht.“

Die chinesischen Massenmedien erinnerten zur gleichen Zeit an die Erklärung des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Lev Karakhan, vom 25. Juli 1919. Radio Peking, „Jen Min Jih Pao“ und „Hsinhua“ holten dann auch die zweite Karakhan-Erklärung hervor.

Nach ersten Grenzverhandlungen zwischen beiden kommunistischen Regierungen Anfang 1964, die jedoch bald ergebnislos abgebrochen wurden, ging die Kampagne weiter.

Der Vierte Volkskongreß der Autonomen Ili-Region (Sinkiang) erhob durch den Vorsitzenden Irhali am 24. August 1964 die Anklage gegen die UdSSR, der sowjetische Propaganda-Apparat wecke in Sinkiang „Anti-Han-Gefühle“, um die Uiguren gegen die Chinesen zum

Aufbruch zu veranlassen. Das Organ der Volksbefreiungsarmee „Rote Fahne“ (laut „Hsinhua“ vom 20. November 1964) bezichtigte den gestürzten Chruschtschow: „Chruschtschow trieb die Grenzstreitigkeiten zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China auf die Spitze. Vor allem führte er in Sinkiang eine das gesamte Land umfassende Subversion zum Abfall von China durch.“ Tschou En-lai sagte vor dem Nationalen Volkskongreß 1964/65: „Eine verräterische konterrevolutionäre bewaffnete Rebellion hat in Ining (Sinkiang) stattgefunden. Sie wurde von reaktionären lokalen Nationalisten durchgeführt und von einer auswärtigen Macht unterstützt.“ Tschou stellte die Niederwerfung der Revolte fest. Der Außenminister der Volksrepublik China, Chen Yi, erklärte skandinavischen Journalisten im Mai 1966, daß sowjetische Truppen von 1960 bis 1966 insgesamt 5000 Grenzzwischenfälle in der Sinkiang-Region verursacht hatten. „Dabei nahmen die sowjetischen Streitkräfte willkürliche Grenzkorrekturen vor.“

Über die Zahl der Zwischenfälle im Nordosten wurde zu jener Zeit nichts bekannt. Indes gingen den späteren schweren Zwischenfällen von 1969 an Amur und Ussuri gegenseitige Provokationen durch Patrouillenschiffe und die bewußte Verletzung der Grenze in der Mitte der Ströme voraus.

Die Chinesen verschärften 1966 die Lage durch die Anordnung, daß jedes Schiff auf chinesischen Gewässern die chinesische neben der eigenen nationalen Flagge führen muß. „Der fremdländische Kapitän hat auf Verlangen eine vollständige Liste des gesamten Inventars des Schiffes, der Ladung, der Passagiere und Mannschaft vorzuweisen und sie in jedem Fall den chinesischen Behörden nach dem Anlaufen eines Hafens abzuliefern. Alle Waffen, Signale, Radargeräte und andere Geräte zur Nachrichtenübermittlung sind zu versiegeln. Sie dürfen in chinesischen Gewässern nicht benutzt werden. Niemand an Bord darf photographieren, zeichnen, skizzieren, fischen, jagen oder irgend etwas über Bord werfen.“

Die UdSSR reagierte entsprechend. Nach den Besuchen von Breschnew Ende Mai 1966 in Wladiwostok und in den Maritimen Provinzen sowie von Podgorny in Chabarowsk und den Ansprachen dieser sowjetischen Führer an „die tapferen Soldaten der Fernostarmee“ begann der verstärkte Aufmarsch; der Ton der Auseinandersetzung verschärfte sich zunehmend, bis hin zu den Ereignissen von Anfang und Mitte 1969, den Grenzgefechten am

Ussuri im März und der Konfrontation im Grenzgebiet von Sinkiang Anfang 1969.

Leitartikel der „Jen Min Jih Pao“ („Tägliche Volkszeitung“, Peking), veröffentlicht am 4. März 1969, und der „Prawda“ vom 17. März 1969 rührten nun nicht nur mehr die Propagandatrommel.

„Jen Min Jih Pao“ warnt: „Dieser ernste Grenzzwischenfall (auf der im Chinesischen ‚Chenpao‘, im Russischen ‚Damanski‘ genannten Insel des Ussuri vom 2. März 1969) war von langer Hand vorbereitet und von der revisionistischen sowjetischen Renegatenclique bewußt inszeniert worden ... Selbst nach dem chinesisch-russischen Vertrag von Peking, einem ungleichen Vertrag, der dem chinesischen Volk 1860 vom zaristischen russischen Imperialismus aufgezwungen worden war, gehört die Insel Chenpao zu China. Sie hat immer unter chinesischer Jurisdiktion gestanden ... Die wiederholten (sowjetischen) Einfälle in chinesisches Territorium geschehen auf den Befehl einer Handvoll ausgesprochener Sozialimperialisten, der neuen Zaren ... Sie haben große Territorien in Osteuropa zu ihrem Einflußgebiet erklärt, um ein neues Kolonialimperium zaristischen Typs zu errichten. In Asien wollen sie es genauso halten ... Sie haben nicht nur die Mongolische Volksrepublik zu ihrer Kolonie gemacht, ... sie versuchen auch, chinesisches Territorium zu besetzen ... Sie strecken ihre Hände nach Gebieten aus, die die Zaren nicht besaßen, sie sind noch gieriger als die Zaren ... Wir werden nicht zuerst angreifen, ... aber ganz gleich, in welcher Stärke sie kommen, wir werden sie auslöschen, gründlich, voll und ganz ...“

Die „Prawda“ etwas später: „Die frechen bewaffneten Provokationen Chinas an der sowjetischen Grenze haben und werden künftig die gebührende Antwort erhalten ... Aber man muß zwischen der chauvinistischen Mao-Clique und dem chinesischen Volk unterscheiden ... Die Mao-Clique setzt die Interessen des chinesischen Volkes, seine sozialistischen Errungenschaften, die Freundschaft der Sowjetunion und Chinas aufs Spiel ... Die verräterische .. Mao-Clique wird unausbleiblich zugrundegehen.“

Radio Peking dagegen am 18. März 1969: „... Die Kommandierenden und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee bauen in der Inneren Mongolei einen unzerstörbaren Wall ... Sie bereiten sich auf den Kriegsfall vor ... Im nördlichen Grenzgebiet werden der sowjetre-

visionistischen Renegatenclique furchtbare Schläge versetzt werden . . . Die Soldaten der Volksbefreiungsarmee sind an den langen Grenzen aufmarschiert . . . Sie treffen alle erforderlichen Vorbereitungen zum Kampf . . ."

Der „Prawda“-Artikel machte deutlich: Es geht der UdSSR um den Sturz Mao Tse-tungs und seiner „Clique“. Das sowjetische Ziel wäre nach dem Abgang Maos und der auf ihn eingeschworenen Führungsgruppe die Wiederherstellung der Freundschaft zwischen den beiden größten kommunistischen Mächten; das würde zugleich das Ende der Bedrohung Sibiriens, des sowjetischen Fernen Ostens und der zentralasiatischen Sowjetrepubliken durch China bedeuten.

Unterdessen bleibt es ungewiß, ob am Tien An Men, der Konferenzstätte am Platz des himmlischen Friedens in Peking, eine Lösung gefunden wird, die das Schlimmste verhütet.

Die Verhandlungen in Peking standen jedenfalls von Anbeginn unter hartem militärischem Druck. Über die letzte Entwicklung fehlen zwar zuverlässige Daten. Insbesondere läßt

sich nichts Generelles über die Ballung schwerer und schwerster Waffen in den sowjetischen Grenzgebieten sagen, wahrscheinlich ist hier aber die stärkste Feuerkraft seit dem Ende des 2. Weltkrieges konzentriert.

Die in der Dokumentation der neutralen Botschaft in Peking zusammengetragenen Tatsachen und zahlreiche andere Berichte und Informationen rechtfertigen Zweifel daran, ob es im gegenwärtigen Stadium der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zu erfolgreichen, d. h. endgültigen Grenzverhandlungen kommen kann. Immer wieder haben es die Sowjets seit Bestehen der Volksrepublik China abgelehnt, die Existenz „ungleicher“ und damit im Grunde ungültiger Verträge bezüglich der Grenzümgebungen zuzugeben, und von dieser Position können sie bei den Verhandlungen in Peking schwerlich abrücken.

Einstweilen, so sehen Beobachter in Ulan Bator, Chabarowsk und Peking die nächste Phase der sowjetisch-chinesischen Gespräche, dürfte man sich auf ein „Einfrieren des bisher auf beiden Seiten vollzogenen militärischen Aufmarsches“ einigen.